Nr. 89.

16. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonntag, den 16. April 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Ein Lehrer für Posadowsky.

Dr. Emil Steinbach, der ehemalige Finanzminister im östreichischen Kabinett Taaffe, gegenwärtig Senatspräsident an dem unserem Reichsgerichte entsprechenden obersten Gerichtshofe in Wien, hat vor kurzem eine kleine aber inhaltreiche Schrift: „Die Moral als Schranke des Rechtserwerbs und der Rechtsausübung"*) publiziert, die weder von den Scharfmachern, noch von den Scharfzumachenden gelesen werden dürfte, die aber für sie, wenn sie Belehrung empfangen könnten, wert des Studiums wäre. Die Stellen, die wir hier wiedergeben wollen, enthalten für unsere Leser nichts wesentlich Neues. Bald nachdem wir das geheime Rundschreiben des Grafen Posadowsky veröffentlichen konnten, haben wir, wenn auch mit anderen Worten, das gleiche gesagt wie die östreichische Excellenz. Bei unserer Bureaukratie wirkt aber weit mehr die Person, ihre Stellung und ihr Ansehen als das rein Sachliche. Deshalb mag vor allem die folgende Stelle durch unsere Vermittelung denen bekannt werden, die davon Nutzen zu ziehen Anlaß hätten:

„.....Es kann nicht daran gezweifelt werden und jeder Blick auf das, was um uns her vorgeht, ist geeignet, es zu bestätigen, daß wir in einer Zeit sehr lebhafter Bethätigung des korporativen Princips uns befinden. Und dabei kann es uns nicht befremden, daß alle diese neu entstehenden oder an der Kräftigung ihres althergebrachten Bestandes wirkenden Genossenschaften, Vereine, Associationen und Gemeinschaften, gerade wie der staatliche Organismus selbst, zur Förderung ihres Zweckes und des Wohls ihrer Glieder einen sehr kräftigen Egoismus bethätigen und daß sie gerade wie der Staat geneigt sind, eine Handlungsweise ihrer Mitglieder, welche gegen diesen Gesamtegoismus nach ihrer Ansicht verstößt, als Verletzung der „guten Sitten" aufzufassen. Die Belege für diese Behauptung bieten sich in großer Zahl von selbst und zwar auf den verschiedensten Gebieten, und **das moralische Urteil der Mitglieder eines Arbeiterverbandes in betreff jener Genossen, welche ihre Arbeitskraft um niedrigeres Entgelt anbieten oder während eines Ausstandes sich zur Arbeit bereit finden lassen, unterscheidet sich in seinem Inhalte kaum irgendwie von dem Urteile der Mitglieder eines Fabrikantensyndikats in betreff eines Genossen, der durch erhöhte Lohnanbietungen anderen Syndikatsmitgliedern geschickte Beamte oder Arbeiter entzieht oder einen Kartellvertrag verletzt.** Ganz ebenso verwerfend urteilen Mitglieder einer bäuerlichen Gemeinde oder Genossenschaft über den Verletzer ihrer wirklichen oder vermeintlichen Interessen, also beispielsweise über denjenigen, der durch Grundverkauf an ein Nichtmitglied diesem die Ansiedelung oder den Geschäftsbetrieb am Orte ermöglicht. Die Standesvertretungen von Aerzten und Advokaten sind sehr geneigt, ein moralisch absprechendes Urteil über jene Genossen zu fällen, welche unter den gesetzlich bestehenden Tarifen oder den ortsüblichen Beträgen ihre Dienste zu leisten sich bereit erklärten. Auch die vollkommen organisierten Berufe fällen ein strenges moralisches Urteil über Mitglieder, welche durch ihre Handlungsweise die Standesinteressen namentlich in der Richtung verletzen, daß dadurch das Ansehen oder die Ehre des Standes bedroht erscheint. Und diese Beispiele ließen sich ins Ungemessene vermehren, man begegnet ihnen auf Schritt und Tritt. In der für unsere Zeit charakteristischen lebhaften Wirksamkeit des Associationsprincips in allen seinen verschiedenen Formen zeigen sich eben überall auch die Einflüsse des gesellschaftlichen Egoismus, für dessen Wesen es bezeichnend ist, daß die Bethätigung desselben seltens der Gemeinschaftsmitglieder als etwas moralisch Lobenswerthes, die Verletzung desselben als etwas moralisch Tadelnswerthes empfunden und hingestellt wird. Das Anstreben von Vorteilen für eine Gemeinschaft, deren Mitglied man ist, wird vom moralischen Standpunkte weit günstiger beurteilt, als das Anstreben lediglich individueller Vorteile und man kommt häufig in die Lage, zu beobachten, daß die Vertreter irgend einer Gemeinschaft, beispielsweise eines Produktionszweiges, in Verhandlungen über Zoll- oder Steuerfragen gar kein Bedenken tragen, öffentlich für die Gemeinschaft Begünstigungen in einer Ausdehnung in Anspruch zu nehmen, welche der einzelne für sich zu fordern nie wagen würde. Die moralische Beurteilung solchen Vorgehens wird um so günstiger, je umfassender und wichtiger die Gemeinschaft ist, für welche die Vorteile angestrebt werden und je mehr es ersichtlich ist, daß aus dem angestrebten Ziele für den Vertreter dieser Interessen selbst ein persönlicher Vorteil nicht resultieren könne ... Die einzelnen in der Gesellschaft lebenden Menschen gehören den mannigfaltigsten Organisationen an, der Familie, den verschiedensten Associationen und Verbänden, Parteien und Interessenvereinigungen, der Kirche und dem Staate. Alle diese Organisationen haben zur Voraussetzung und erzeugen wiederum gewisse Gesamtheitsgefühle, die in den betreffenden Institutionen und den sie beherrschenden Normen zum klaren Ausdrucke gelangen. ... So stehen die einzelnen Menschen, namentlich in unserer Zeit lebhafter Entwickelung des Associationsbestrebens, in den mannigfachsten, einander sogar vielfach kreuzenden Organisationen und den dadurch bedingten Treueverhältnissen, welche der Bethätigung des individuellen Egoismus die mannigfachsten Schranken setzen, die rücksichtslose Aeußerung desselben häufig als unerlaubt, ja sogar als strafbar erklären und nach allen Richtungen bestrebt sind, ihre Existenz und die Wohlfahrt ihrer Mitglieder gegen den Egoismus einzelner derselben zu schützen und die letzteren in der rücksichtslosen Anwendung der tauglichen Mittel zur Erreichung des individuell egoistischen Zieles zu behindern". (S. 72—76.)

Auch gegen die heute längst veraltete Theorie, welche den Schutz des einzelnen Arbeitswilligen höher stellt, als die Gemeinschaft seiner Berufskollegen, finden sich treffliche Argumente in der citierten Schrift, die desto bedeutungsvoller sind, weil sie sich nicht an den einzelnen Fall klammern, sondern das Problem in seiner Allgemeinheit in scharfen Zügen feststellen.

Es heißt da (S. 95): „... So viel ist gewiß, daß wir den Menschen in seiner Geschichte stets nur in Vereinigungen, in gesellschaftlichen Zuständen auftreten sehen und daß der früher hervorgehobene Gegensatz in der Beurteilung des Handelns zur Erreichung individueller oder gesellschaftlicher Zwecke überall und seit jeher zu beobachten ist. Dabei macht es auch keinen Unterschied, ob die betreffende gesellschaftliche Organisation ihre Entstehung einem feststellbaren Creations-(Schöpfungs-)Akte, etwa einer Vereinbarung, einem Vertrage der Mitglieder verdankt, oder ob eine solche Feststellung nicht möglich ist. Der erwähnte Gegensatz wird kein principiell anderer, ob es sich um einen alten Staat mit nicht feststellbarer Entstehungs-Thatsache oder um eine moderne außereuropäische, in der That auf einem Vertrage beruhende Republik, ob es sich um eine uralte Standesorganisation oder um einen modernen Gewerkverein, ob es sich um eine vor Jahrhunderten entstandene Montangewerkschaft oder um eine Aktiengesellschaft neuesten Datums handelt." ... „Unsere Jurisprudenz und Nationalökonomie, wie sie von den als klassisch geltenden Schulen behandelt werden, scheinen den ihnen gemachten Vorwurf einer allzu atomistischen Anschauungsweise in der That zu verdienen. Denn in beiden Disciplinen wird der Ausgangspunkt von dem einzelnen Menschen als Rechts- beziehungsweise als Wirtschaftssubjekt genommen und hierauf aus den egoistischen Trieben desselben das ganze wissenschaftliche System konstruiert. Die Beschränkung, ja teilweise Ueberwindung der egoistischen durch die socialen Triebe und die dadurch bedingten Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse innerhalb der socialen Gebilde werden häufig gar nicht, fast regelmäßig aber in zu geringem Maße in den Kreis der Betrachtung gezogen. Daraus ergiebt sich ganz natürlicherweise eine vielfach einseitige Darstellung. So haben die Verschiedenheiten in den rechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander, je nachdem dieselben als selbständige Rechtssubjekte oder als Mitglieder einer und derselben gesellschaftlichen Organisation einander gegenüberstehen, in der Jurisprudenz eine verhältnismäßig noch sehr geringe Beachtung gefunden, obwohl in dieser Hinsicht aller Orten in der Rechtsentwicklung die interessantesten Erscheinungen sich zeigen." (S. 97).

Es wäre schade, wenn diese Ausführungen eines der hervorragendsten Juristen deutscher Zunge bei den nun bevorstehenden Verhandlungen über die Beschränkung der Koalitionsfreiheit unberücksichtigt bleiben würden. —

*) Wien 1898, Manzsche k. u. k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung. 107 S. kl. 8°.

Der Spree-Präfekt.

Der Plan, die Aufhebung der städtischen Selbstverwaltung herbeizuführen, ist nicht neu; er ist wiederholt aufgetaucht.

In England hat die Städtefreiheit den festen Damm gebildet, an dem alle Reaktionsversuche sich gebrochen haben, wie die Meereswogen an einem Granitdamm.

Die Ursache, daß Frankreich nicht die ruhig fortschreitende Entwicklung genommen hat, wie England, liegt wesentlich mit an dem Umstande, daß es dem französischen Bürgertum nicht gelungen ist, eine so freie Städte-Organisation zu schaffen, wie England sie hat. Erst die Revolution von 1789 gab den Städten in Frankreich die volle Selbstverwaltung, die zur höchsten Blüte in der Kommune von 1792 gelangte. Die Pariser Kommune, die im August 1792 errichtet ward, fand schnell Nachahmung im übrigen Frankreich. Allein bald ging es wieder rückwärts mit der Selbstverwaltung und Unabhängigkeit der Gemeinden. Das Kaiserreich machte die Selbstverwaltung zu einem Schatten in den Städten der Provinz, und hob sie ganz auf für Paris, das unter Polizei-Vormundschaft gestellt ward. So blieb es, mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1848, bis zum Jahre 1871, wo die Pariser Arbeiterschaft nach dem Krieg sich gegen die reaktionären Anschläge des Herrn Thiers erhob und, anknüpfend an das ruhmvolle Jahr 1792, die Kommune wieder aufrichtete. Diese konnte sich jedoch gegen die Uebermacht nicht lange behaupten, und nach der „blutigen Maiwoche" verfiel Paris wieder der Polizei-Vormundschaft und wurde unter einen Präfekten gestellt.

Die übrigen Städte Frankreichs haben jetzt aber fast unbeschränkte Selbstverwaltung. Alle städtischen Aemter werden durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht besetzt und die Regierung hat, trotz der scharfen Centralisation in Frankreich, nur noch wenig Handhaben der Einmischung. Paris dagegen ist unter Vormundschaft geblieben. Es giebt keinen Bürgermeister (Maire) von Paris — sondern nur Bürgermeister der zwanzig Arrondissements, in die Paris zerfällt. An der Spitze des Ganzen steht der Seine-Präfekt — ein Verwaltungs- oder Polizeibeamter, den die Regierung ernennt — ebenso wie sie auch die 20 Maires ernennt. Die Bürger haben bloß das Recht, den Gemeinderat zu wählen, der allerdings starke Machtbefugnisse hat, jedoch durch den Präfekten in allen Bewegungen gehemmt wird.

Die demokratischen Parteien arbeiten seit Jahrzehnten an der Beseitigung dieses Zustandes, der von Tag zu Tag unerträglicher wird.

Wenn man nun für Berlin die Einrichtung Frankreichs nachahmen will, so kann für diese gänzlich unmotivierte Beseitigung des bisherigen Zustandes nur die Annahme bestimmend sein, es würde gelingen, durch die Aufhebung oder wesentliche Beschränkung der Selbstverwaltung der Reichshauptstadt eine Veste der Reaktion zu gründen.

Berlin mag an manchen Orten nicht nur als Centrale des Reiches, als Residenz des Königs von Preußen, sondern auch als Herd der revolutionären Bewegung gelten. Man argwöhnt furchtbare Gefahren, die man in der Selbstverwaltung der größten und einflußreichsten Stadt lokalisiert glaubt. Durch eine polizeiliche Ringmauer wähnt man dann wohl die Freiheit einschränken zu können.

Es sei dahingestellt, wie weit sich die Pläne bereits zu fester Gestalt verdichtet haben, wie weit demgemäß der beabsichtigte Eingriff in die Selbstverwaltung gehen wird. Will man sich mit der Ersetzung des Oberbürgermeisters durch einen Spree-Präfekten begnügen? Oder ist es im Plane, den Magistrat durch ein Kollegium von Regierungsräten, vielleicht gar die Stadtverordneten-Versammlung durch eine Art Provinziallandtag zu ersetzen? Berlin in eine Provinz verwandeln, könnte in der That bedeuten, daß statt der Kommunalverwaltung die Provinz-, Bezirks- und Kreisorganisation gegeben wird, in der aller Segen von oben kommt. Die Kommune Berlin verwaltet sich, die Provinz Berlin würde regiert.

Die offiziöse Presse schweigt sich bisher über diese Pläne aus. Wie die reaktionären Blätter über das Projekt denken, das geht mit völliger Klarheit aus folgenden Bemerkungen des „Reichsboten" hervor:

> Neu ist der Gedanke nicht; denn es ist schon oft davon geredet worden, die über die Grenzen der bürgermeisterlichen Selbstverwaltung längst hinausgewachsene Reichshauptstadt, welche in Bezug auf die Zahl ihrer Einwohnerschaft dem Königreich Württemberg ziemlich gleichkommt, in eine Provinz zu verwandeln und einen Oberpräsidenten an ihre Spitze zu stellen. Wir sind **überzeugt, daß der Gedanke im Landtage vielen Anklang** finden wird. Nur gewisse freisinnige Kreise in Berlin, die den Ring ums rote Haus bilden und die Selbstverwaltung für sich in Beschlag genommen haben, werden dagegen sein. Aber gerade dieser Umstand wird von weiten Kreisen als ein Hauptgrund für die Umwandlung in eine Provinz angesehen werden. Die **große Mehrheit der Berliner Bürger hat von der sogenannten Selbstverwaltung nichts und wird ihre Interessen besser und objektiver gewahrt sehen,** wenn nicht ein von der Fortschrittsklique gewählter und dadurch unter ihrem Einfluß stehender Ober-Bürgermeister, sondern ein vom König ernannter **Oberpräsident** an der Spitze steht. Die Großstadt stellt durch ihre Eigenarten an die Verwaltung noch viel größere Aufgaben, als eine gewöhnliche Provinz oder ein Kleinstaat, und diese Aufgaben werden immer größer und bedeutender und zwar nicht bloß für die Stadt, sondern **auch für den ganzen Staat.** Am besten wird dies illustriert durch die Behauptung des „Vorwärts", „Berlin ist nicht bloß die Hauptstadt des Deutschen Reiches, sondern auch der Socialdemokratie." — Soweit die Selbstverwaltung zweckmäßig und kompetent ist, wird sie auch in dem Rahmen der Provinz Berlin so gut wie in jeder anderen Provinz ihren Platz finden. Aber die Centralverwaltung ist, das war längst unsere auch schon wiederholt von uns ausgesprochene Meinung, **über den Rahmen der Selbstverwaltung eines Bürgermeisters und einer Stadtverordneten-Versammlung hinausgewachsen.** Hier muß der Staat mit seinen größeren Mitteln und Personen eintreten."

Aus der Auslassung des „Reichsboten" geht nicht nur hervor, wie sehnlich man die polizeiliche „Verstaatlichung" wünscht, sondern auch über die Motive erhält man hinlängliche Klarheit: Der Spree-Präfekt und seine ihm untergeordneten Körperschaften sind als ein Mittel gegen die — Socialdemokratie geplant.

So hängt die „Oberbürgermeisterfrage" mit der allgemeinen Scharfmacherpolitik zusammen. Zuchthausvorlage und Spree-Präfekt entspringen der gleichen Stimmung. Der Schutz der Arbeitswilligen wird durch den Trutz der „Verwaltungswilligen" ergänzt. Ueberall sieht man in Polizei und Gericht, in Zwang und Hörigkeit das Allheilmittel wider die Schmerzen der bedrängten Reaktion. Dieser subalterne Geist herrscht in dem offiziellen Deutschland. Aber die Scharfmacherei ermattet schnell an den eigenen gewaltsamen Zuckungen. Der Aktionslust folgt die Ebbe der Verzagnis. So wird vielleicht auch dieser Plan in nichts verebben.

Aber behält man auch die Lust, und wird die Lust zur That — den Geist der Freiheit vermag auch ein Spree-Präfekt nicht auszutreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April.

Der Reichstag

hatte heute nur eine kurze Sitzung. Er beendigte die erste Lesung des dritten Postgesetzes, das in dieselbe Kommission verwiesen ward, wie die zwei anderen. Die Debatte, in der Singer unseren Standpunkt vertrat, bot sonst nichts be-

sonders Erwähnenswertes. Obgleich es erst 4 Uhr war, wollte man doch nicht mit der Beratung des Fleischschau-Gesetzes beginnen, weil dieses von den Agrariern zu einem Vorstoß benutzt werden wird, und folglich zu einer größeren Debatte Anlaß giebt.

Montag und Dienstag Fleischschau-Gesetz; Mittwoch Schwerinstag.

Abgeordnetenhaus.

Die erste Lesung der Kanalvorlage nahm auch heute noch die ganze Sitzung des Abgeordnetenhauses in Anspruch, und es ist bei der großen Reihe der Redner, die sich gemeldet haben, noch gar nicht abzusehen, wann die Ueberweisung der Vorlage an die Kommission erfolgen wird. Die Minister geben sich redliche Mühe, die Einwände der Gegner zu widerlegen; heute griffen der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein, der Eisenbahnminister Thielen und der Wasserbau-Direktor Kummer in die Debatte ein. Die beiden letztgenannten beschränkten sich auf technische Einzelheiten, während der Landwirtschaftsminister sich auf dem Gebiete der hohen Politik bewegte und die Agrarier mit dem Hinweis auf die neuen Handelsverträge für die Vorlage günstig zu stimmen suchte. Er redete seinen Schützlingen ein, falls der Kanal abgelehnt werde, könnten sich die Großindustriellen des Westens gekränkt fühlen und nun aus Rache dafür nicht im Sinne der Agrarier bei dem Abschluß der neuen Handelsverträge thätig sein. Allzu schmeichelhaft ist das für die Großindustriellen ja gerade nicht, aber es ist nicht ganz unzutreffend. Ob das Argument die Agrarier umstimmen wird, bleibt abzuwarten.

Aus dem Hause sprachen für die Vorlage die Abgg. Schwarze (C.) und v. d. Borght (natl.); letzterer hielt unzweifelhaft die beste Rede, die bisher für den Kanal gehalten ist. Gegen die Vorlage sprach der Centrumsagrarier Graf Strachwitz, der anregte, das Geld, das der Kanal kosten würde, lieber für neue Heer- und Marinezwecke zurückzulegen.

Montag: Fortsetzung.

Arons-Behme.

Die „Kreuz-Zeitung" schreibt in ihrer heutigen Morgennummer:

„Die schon bei dem Erlaß des Gesetzes vom 17. Juni 1898 in Aussicht genommene Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den der socialdemokratischen Partei angehörenden und für die socialdemokratischen Parteiziele vielfach auch in öffentlichen Versammlungen thätig gewordenen Privatdocenten Dr. Arons hatte sich durch die im § 5 des Gesetzes vorgeschriebene Anhörung der Fakultät, sowie durch mehrfache dadurch herbeigeführte Rückfragen bisher verzögert. Nachdem die Vorverhandlungen nunmehr zum Abschluß gekommen zu sein scheinen, dürfte das Disciplinarverfahren gegen Dr. Arons unter einstweiliger Suspension der Erlaubnis zum Halten von Vorlesungen an der Universität, wie wir hören, eröffnet sein oder doch unmittelbar bevorstehen. Erkennende Disciplinarbehörde ist in erster Instanz die hiesige philosophische Fakultät."

Die „Kreuz-Zeitung" hatte die ihr so erfreuliche Kunde früher erfahren als selbst der Betroffene. Die Freude des gottesfürchtigen Blattes war so lebhaft, daß es den von ihm sonst mit so viel Pathos vertretenen Grundsatz, Zeitungen sollen amtliche, nur durch Indiskretionen ihnen zugetragene Dinge nicht ausplaudern, in den Wind schlug. Oder meinte die „Kreuz-Zeitung", die lautere Quelle, die da unmittelbar dem kultusministeriellen Gehege entfließt, wasche die Unsauberkeit der Indiskretionen rein?

Doch dies ist Nebensache. Der langvorbereitete Schlag gegen die Lehrthätigkeit unseres Parteigenossen Arons an der Berliner Universität soll nun geführt werden. Es soll den Wünschen jener Kulturfeinde Rechnung getragen werden, welche die Wissenschaft vollends zur Sklavin der politischen Macht erniedrigen wollen. Es soll ein Mann aus dem Lehrkörper der Universität hinausgestoßen werden, dessen Lehrthätigkeit naturwissenschaftliche Probleme umfaßte und fern blieb jeglicher politischen Meinungsäußerung. Er soll nicht fürder physikalische Gesetze erfassen und lehren, weil er eine politische Gesinnung hegt, die denen nicht gefällt, welchen der Augenblick die Staatsmacht in die Hände gab.

Arons ist benachrichtigt worden, daß das Disciplinarverfahren gegen ihn eingeleitet worden ist. Die von ihm angesagten Vorlesungen sind nicht ans schwarze Brett der Universität angeschlagen worden. Diese Thatsache der vorläufigen Suspension zeigt, nach wie hohem Ziele der „Minister der Geistesfreiheit" strebt. Die mehrfachen „Rückfragen", welche nach der „Kreuz-Ztg." die Verzögerung des unkulturellen Kultusminister-Streiches verursacht haben sollen, haben die Person des zu Disciplinierenden nicht berührt, es wird Anklage erhoben, ohne daß man den Beschuldigten überhaupt gehört hat. Auch ist nicht bekannt, wie sich die philosophische Fakultät der Berliner Universität in ihrem Gutachten, das der Einleitung des Disciplinarverfahrens vorausgehen muß, ausgesprochen hat. Da die philosophische Fakultät auch als erste Instanz zu entscheiden hat, so wird sich bald zeigen, ob die Wissenschaftsmänner der ersten deutschen Universität reif sind für den Dienst, den ein wissenschaftsfeindlicher Regierungsabsolutismus von ihnen fordert.

Stadt für Land.

Man schreibt uns: Bei Besprechung der neuen Regelung der Telephongebühr ist im Reichstag von unserem Genossen Singer das Princip: das platte Land auf Kosten der großen Städte zu begünstigen, hart angegriffen worden. Ich halte dieses Princip für nicht in jedem Fall unzulässig und möchte einiges zu seiner Verteidigung anführen. Unser ganzes Verkehrswesen, vor allem die Post, ist finanziell eine Begünstigung des platten Landes auf Kosten der großen Städte; daß der Brief bei einem Porto von 10 Pfennig in eine fern vom Verkehr liegende Ortschaft gesandt werden kann, ist nur deshalb möglich, weil für den mit geringerem Arbeitsaufwand in der Stadt dasselbe oder ein im Verhältnis zur Arbeitsleistung hohes Porto erhoben wird. Trotzdem werden wir nicht wünschen, daß dieser Vorteil dem platten Lande entzogen wird.

Ebenso geschieht der Betrieb und die Anlage von Sekundär- und Tertiärbahnen zu Gunsten des platten Landes. Bei einer genauen Berechnung der Kosten würde sich herausstellen, daß ein erheblicher Teil von den Städten getragen wird. Aehnlich ist es mit der Einrichtung des Telephons. Soll es sich mehr einbürgern, dann müssen die Kosten für das platte Land möglichst gering bemessen sein, und wenn die Gebühren unter den üblichen Satz, der in den Städten gefordert wird, heruntergesetzt werden, so erblicke ich darin ein günstiges, anregendes Moment für die weitere Ausbreitung.

Warum sollen wir in den Städten, die wir so vielfache Verkehrserleichterungen haben, nur weil zahlreiche Menschen auf einem kleinen Komplex zusammenwohnen und die Kosten so auf viele Schultern verteilen, nicht von unserem Reichtum und unseren Bequemlichkeiten so mannigfacher Art den armen Dorfbewohnern eine Zubuße gewähren? Denn daß solche Einrichtungen auch der ärmeren Bevölkerung zu statten kommen, ist nicht zu bezweifeln, sie sind sogar von höherer Bedeutung für den Dorfbewohner als für die Stadtbewohner. Nehmen wir nur den Fall an, daß in einem zwei Meilen von der Stadt entlegenen Dorfe schnell ärztliche Hilfe gebraucht wird. Ist eine Telephonverbindung da, so ist ein Arzt schnell herbeigerufen. In der Stadt begegne ich auf alle hundert Schritt einer ärztlichen Firma und brauche kaum zum Telephon meine Zuflucht zu nehmen. Auch bei Ausbruch einer Feuersbrunst können die Löschzüge aus der Umgegend sofort nach dem bedrängten Ort dirigiert werden, und sie brauchen nicht nach dem bisher einzigen Signal, dem Feuerschein, ihren Kurs zu richten. Es ließe sich die Zahl solcher Fälle sehr vermehren, sie alle beweisen ein dringendes Bedürfnis derartiger Einrichtungen, aber auch eine geringere geschäftsmäßige Benützung dieser Einrichtung auf dem platten Lande. Werden die Kosten nicht sehr niedrig bemessen, dann entstehen für die Ausdehnung des Telephonverkehrs große Schwierigkeiten und warum sollen nicht zu Gunsten einer solchen gemeinnützigen und überaus zweckmäßigen Einrichtung die großen Geschäftsleute in den Städten einige Mark mehr anlegen können. Es mag sein, daß den Großgrundbesitzern diese Vergünstigung auch zu statten kommt; aber wenn das wesentlich auf Kosten der Großkrämer in der Stadt geschieht und offenbar im Allgemeininteresse liegt, dann vermag ich mich über die unabwendbare Begleiterscheinung nicht zu entrüsten, daß auch der Großgrundbesitzer eine Art Privileg erhält; mag man ihm nur die anderen Privilegien nehmen, die zum Schaden der Gesamtheit für sie gehäuft sind.

Das Zweckmäßigste wäre ja — darin pflichte ich dem Genossen Singer bei — die Gespräche einzeln — unter Zuhilfenahme eines Gesprächszählers — zu berechnen. Gerade dann aber wäre es Pflicht, ganz allgemein in jedes Haus, möglichst in jede Wohnung, auf dem Lande wie in der Stadt, eine Telephonverbindung zu leiten. Würde alsdann ein Einheitssatz für das Gespräch — in überall gleicher Höhe — erhoben, so müßte er doch so bemessen werden, daß der zweifellos unrentable ländliche Verkehr durch die Ueberschüsse der großen Verkehrszentren ausgeglichen und gedeckt wird. Auch dann könnte man argumentieren: Würde für die Städte allein — unabhängig von dem Lande — ein Einheitssatz aufgestellt, der nach den Anlage- und Unterhaltungskosten der Post berechnet ist, so könnte er erheblich niedriger sein, als wenn das Land mit seinem belastenden Verkehr einbezogen wird. Man würde dann zu einem sehr hohen ländlichen und einem sehr niedrigen städtischen Einheitssatz gelangen — und für diese Art „Gerechtigkeit" würde sich wohl die Socialdemokratie am allerwenigsten begeistern. Schließlich könnten nach jener Logik auch die Großhändler, die jeden Augenblick das Telephon benutzen, billigere Sätze verlangen als die Arbeiter, die nur in Ausnahmefällen diese Verkehrserleichterung benutzen, weil sich ja der Post die besondere Leitung für den Arbeiter wegen der geringen Inanspruchnahme nicht bezahlt machen. Es liegt einmal im Wesen des Verkehrs, daß die unrentablen Betriebe durch die rentablen ermöglicht werden müssen. In diesem Sinne geschieht jede Verkehrserweiterung für das platte Land in der That auf dem Rücken der Städte — und zwar **von Rechts wegen.**

Verkehrseinrichtungen müssen Allgemeingut werden — diese notwendige Aufgabe des Staates läßt sich aber niemals erfüllen, wenn man stets die genaue Rechnung von persönlicher Leistung und Gegenleistung aufstellt. Das wäre schlimmster Individualismus.

Das festeste Bollwerk gegen den Umsturz.

Im Herrenhause ist seitens der Herren v. Below-Saleske, Frhr. v. Manteuffel und Graf v. Mirbach ein Antrag eingebracht worden, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, eine Gesetzesvorlage einzubringen zur Abhilfe des Arbeitermangels im Gebiete der Landwirtschaft. Damit soll ein „weiteres festes Bollwerk gegen die Umsturzparteien" geschaffen werden. Dem Arbeitermangel soll durch erleichterte Erlangung von bäuerlichem und anderweitem Kleinbesitz, ähnlich der früheren Erbzinsleihe (Erbpacht) abgeholfen werden.

Es ist das alte Recept, durch Seßhaftmachung und Fesselung von Arbeitern an die Scholle „Eigentümer" zu schaffen, deren Besitz nicht ausreicht, sie zu ernähren, so daß sie gezwungen sind, auf den Gutshof frohnden zu gehen. In der Begründung heißt es, daß es anerkannt sei, daß ein lebenskräftiger Kleinbesitzerstand das festeste Bollwerk gegen die Umsturzparteien sei. Verschwiegen wird natürlich, daß die Großgrundbesitzer einen „lebenskräftigen" Besitzerstand ja gar nicht wollen und nicht brauchen können. Denn der lebenskräftige Kleinbauer giebt ihnen ja nicht den abhängigen Arbeiter.

Vorboten des Zuchthausgesetzes.

Wir haben kürzlich den Entwurf eines Gesetzes mitgeteilt, der den Vertragsbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter in Anhalt unter Strafe stellt. Der bekannte Reichstags-Abgeordnete für Anhalt, Herr Rösicke, hat sich über diesen Entwurf im „Anhaltischen Tageblatt" in sehr abfälliger Weise geäußert. Er nennt ihn eine Provokation der Arbeiter, der noch weit über die preußische Gesinde-Ordnung gehe:

„Der in Rede stehende Gesetzentwurf geht nun aber noch über diese preußischen Gesetze hinaus. Er will nicht nur das Verlassen, sondern auch den Nichtantritt der Arbeit mit Strafe belegen; er will dem Arbeitgeber nicht nur das Recht geben, die zwangsweise Zurückführung von Dienstboten, sondern aller landwirtschaftlichen Arbeiter zu verlangen; er will ferner in seinem § 3 jeden Arbeiter, der aus irgend welchem Grunde vor Ablauf des Arbeitsvertrages die Arbeit verläßt, mit Arbeitslosigkeit, also mit der Bedrohung seiner Existenz bestrafen; er will endlich den landwirtschaftlichen Arbeitern nicht nur das Recht der Koalition wie in Preußen vorenthalten, sondern auch jeden Versuch, bessere Arbeitsverhältnisse zu erlangen, mit Gefängnis bestrafen. Ja, nicht nur die Arbeiter selbst, sondern auch die „Anstifter", d. h. also, alle diejenigen sollen bestraft werden, welche durch Wort oder Schrift die Veranlassung zur Einstellung der Arbeit oder zur Verabredung einer solchen gegeben haben. Mit anderen Worten, wer in Zukunft die ländlichen Arbeitsverhältnisse in Anhalt zu tadeln wagt, eine Verbesserung der Wohnungen und eine angemessenere Behandlung für notwendig bezeichnet, wer für die Koalitionsfreiheit aller, also auch der ländlichen Arbeiter eintritt, wird ins Gefängnis gesteckt, sofern der Nachweis gelingt, daß diese Kritik zu irgend einer Arbeitseinstellung geführt oder beigetragen hat."

Herr Rösicke schließt mit der Bemerkung, daß auch diese Maßnahme nur eine Stärkung der socialdemokratischen Partei, eine Verbreiterung ihrer Lehren und ihres Einflusses auch auf dem platten Lande herbeiführen werde.

Damit dürfte Herr Rösicke allerdings recht haben. Auch die Dienstboten und die Arbeiter auf dem Lande werden mehr und mehr das auf ihnen lastende Unrecht und die Bedrückung empfinden.

Mittlerweile ist der Entwurf, wie wir dem „Anhalter Volksblatt" entnehmen, bereits Gesetz geworden. Nur zwei Abgeordnete stimmten dagegen. Und die Regierung wie die Herren „Volksvertreter" hatten die größte Eile, das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen. Zwischen der Anregung, dem Entwurf und der Annahme des so weittragenden Gesetzes liegt der verblüffend knappe Zeitraum von kaum einer Woche. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Annexionen. Der angebliche Gewährsmann des Braunschweiger Blattes für die Aeußerung des Kaisers über die Annexionspolitik, der Major a. D. und Kammerherr Götz von Olenhusen, erklärt jetzt, „daß Se. Majestät der Kaiser sich ihm gegenüber nie über die Annexion Hannovers ausgesprochen hat und daher die ihm (Herrn Götz v. Olenhusen) untergeschobene Aeußerung niemals von ihm gemacht ist". Im übrigen behalte er sich alle weiteren Schritte gegen die Verbreiter jener Nachricht vor.

Für uns ist an dem ganzen Vorgang nur interessant, zu sehen, mit welchem Eifer man überall bemüht ist, eine Aeußerung des Kaisers in Abrede zu stellen, die folgerichtig aus seiner Gesamtanschauung zu verstehen wäre. —

Zum Samoa-Radau. Die „Kreuz-Zeitung" bringt heute ein Stück der ungehaltenen Rede des Ex-Staatssekretärs Herbert Bismarck. Wir sehen daraus, daß er seinen Herrn Vater gegen den Vorwurf hat verteidigen wollen, bei Abberufung des Konsuls Knappe doppeltes Spiel getrieben zu haben. Der Beweis wäre schwerlich gelungen. Denn Herr Knappe hat seiner Zeit durch Veröffentlichung seiner Instruktionen festgestellt, daß die „schneidigen" Maßnahmen, um derentwillen er von Bismarck abberufen wurde, von diesem selbst veranlaßt worden waren. Es ist übrigens allerdings bedauerlich, daß gestern keine Gelegenheit war, den Samoahandel nach allen Richtungen zu beleuchten. Es wäre manches Erbauliche an den Tag gekommen. Zum Beispiel hätte dem deutschen Volk ins Gedächtnis gerufen werden können, daß Fürst Bismarck seinerseits durch Subventionierung der Südsee-Gesellschaft den verfrachten Unternehmungen des Hamburger Hauses Godefroy zu Hilfe kommen wollte — ein Skandal, der 1880 von Ludwig Bamberger aufgedeckt ward, worauf der Reichstag die Vorlage ablehnte.

Erwähnt sei noch, daß sowohl die englische als die amerikanische Presse schon vor der gestrigen Rede des Herrn von Bülow den ganzen Rummel sehr ruhig beurteilt hat und daß ein gemeinsames Vorgehen der drei Mächte bereits vor dem gestrigen Tage gesichert — der gestrige Lehr-Spektakel also ganz überflüssig war. —

Zur Bekämpfung der Schwindsucht. Amtlich wird geschrieben: Die Aufgabe des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit, welcher in der Pfingstwoche in Berlin stattfindet, ist vom Publikum durchaus richtig erkannt worden. Man glaubte anfänglich in manchen Kreisen, daß es sich bei dieser Veranstaltung um fachwissenschaftliche Beratungen handele, bei denen die Gelehrten der Medizin sich in das Studium der Tuberkulose vertiefen wollten. Dies ist bei dem Pfingstkongreß nicht beabsichtigt. Er soll sich vielmehr von fachwissenschaftlichen Tagungen der Aerzte ganz wesentlich dadurch unterscheiden, daß lediglich bereits erforschte und wissenschaftlich anerkannte Thatsachen, soweit sie für die Bekämpfung der großen Volksseuche praktischen Nutzen haben, in gemeinverständlicher Form von Autoritäten vorgetragen werden. Der Kongreß ist deshalb eher als ein socialhygienischer, socialpolitischer anzusehen, zumal es sich in erster Linie darum handeln wird, die Hilfsmittel der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung in ihrer Anwendung auf die Volksgesundheitspflege und Seuchenbekämpfung der weiteren Oeffentlichkeit vor Augen zu führen. Die Vorträge auf dem Kongreß werden entsprechend ihrem Zwecke, weite Kreise aufzuklären und mit feststehenden hygienischen Grundsätzen schnell bekannt zu machen, sehr kurz und gemeinverständlich gehalten sein.

Wir fügen der amtlichen Notiz, die übrigens auch eine überflüssige Reklame für die Wohlthätigkeit industrieller Arbeitgeber enthält, hinzu, daß der Kongreß auch Gelegenheit bieten dürfte, in der weiten Oeffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß die Schwindsucht eine in erster Linie social bedingte Krankheit ist, und daß das Hauptmittel, um der verheerenden Krankheit zu steuern, in der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Massen liegt. —

Chronik der Gewaltthätigkeiten.

Zwei Gutsverwalter, Ernst Schütze und Albert Borghaus aus Veltheim in Braunschweig, hatten sich vor dem Schöffengericht Riddagshausen wegen grober Mißhandlung des Hofmeisters Vaupel zu verantworten. Alle drei waren zusammen auf dem Rittergute des Herren Griessenhagen in Stellung. Vaupel, der sich sonst gut mit den Verwaltern gestanden hatte, eignete sich gelegentlich seines Aufenthalts auf der Verwalterstube einige Flicken an, die der Verwalter Borghaus zur Ausbesserung eines defekten Anzuges verwenden lassen wollte. Borghaus stellte den Hofmeister V. wegen des angeblichen Flickendiebstahls zur Rede, doch stellte dieser denselben in Abrede. Am Abend des 18. Januar wurde Vaupel durch Borghaus auf dessen Zimmer gerufen, wo B. verlangte, daß er einmal sein Vorhemd ausbinde und vorzeige. Als dies geschehen war, stellte der Verwalter fest, daß das auf dem Vorhemd befindliche Band von dem ihm abhanden gekommenen Zeuge hergestellt war und sagte dies dem Vaupel auf den Kopf zu. Er erzielte dadurch ein Geständnis von V., der ihn bat, ihn nicht anzuzeigen. Später ist dann der erste Verwalter Schütze hinzugekommen und nun hat sich ein Roheitsakt abgespielt, den der Mißhandelte, Hofmeister Vaupel, wie folgt schildert: „Herr Borghaus forderte mich auf, in Gegenwart des Herrn Sch. zu bekennen, daß ich zum Diebe geworden sei, was ich that. Hieraus kam Herr Sch. auf mich losgegangen, riß mich, nachdem er die Thür verriegelt hatte, zu Boden und versetzte mir mit einem fingerdicken eichenen Handstocke, den er schon bei seinem Eintreten ins Zimmer in der Hand gehalten hatte, so lange Schläge über Beine und Lenden, bis der Stock in lauter kleine Stücke zersprungen war. Dann nahm er einen zweiten gleichartigen Stock und setzte damit die Mißhandlung fort. Als auch dieser abgehauen war, sagte Sch.: „nun soll der dritte auch noch entzwei" und zu Herrn Borghaus gewendet, er möge an die Arbeit gehen, das übrige wolle er (Sch.) schon besorgen. Als Borghaus, der mich zuerst mit zur Erde gedrückt hatte, aus dem Zimmer hinausging, wollte ich ihm folgen. Sch. riß mich aber zurück und verriegelte abermals die Thür. Dann zog er sein Taschenmesser hervor, und als er dies geöffnet hatte, sagte er zu mir: V. jetzt müssen Sie sterben: Ich bekam dadurch eine große Angst und sagte: „Bedenken Sie doch meine Familie, ich habe Frau und vier unversorgte Kinder!" Sch. erwiderte: „das hilft Ihnen alles nichts, Sie müssen jetzt sterben!" Ich flüchtete von der einen Stubenecke in die andere, wurde aber wieder von Sch. angefaßt und nun mit der Faust ins Gesicht und an den Kopf geschlagen. Nun erschien auch Borghaus wieder im Zimmer und auch er beteiligte sich noch einmal an der Mißhandlung, indem er mir von rückwärts eine Ohrfeige gab. Dann wurde ich aus dem Zimmer hinausgeworfen, auf dem Flur aber wieder zu Boden geschlagen und mit Fußtritten traktiert, schließlich auch noch die Treppe hinuntergeworfen. Als ich unten ankam, war es mir nicht möglich, auf den Beinen zu stehen, ich mußte vielmehr auf allen Vieren nach meiner nicht sehr weit entfernten Wohnung hinkriechen. Ob Borghaus sich auf dem Flur auch noch an mir vergriffen hat, vermag ich nicht anzugeben. Ich war 5 Tage hindurch gänzlich arbeitsunfähig und hatte große Schmerzen zu ertragen, die sich in geringem Maße auch jetzt noch

manchmal geltend machen.“ Der Zeuge bekundet weiter, am Tage nach dem Vorfalle sei Schütze zu ihm gekommen und habe verlangt, daß er seine Arbeit verrichte. Nachdem er sich überzeugt, daß er (V.) nicht arbeiten könne, habe er um gut Wetter gebeten und sich erboten, alles zu bezahlen, was er verlange, wenn er den Vorfall nicht anzeigen wolle, und es sei auch ein Vertrag zu stande gekommen, wonach ihm von beiden Herren 140 M. gezahlt und die Arztkosten übernommen worden seien. Er habe deshalb auch keinen Strafantrag gestellt und anfänglich die Aussage verweigert. — Die Angeklagten, von denen Sch. sogleich aus seiner Stellung entlassen worden ist, erkennen die Darstellung V's im allgemeinen als richtig an, nur will Sch. die Drohung, V. zu töten, nicht ernst gemeint haben. Das Urteil lautet auf 4 Monate Gefängnis gegen Schütze und 1 Monat Gefängnis gegen Borghaus. Bemerkt mag noch werden, daß Paupel wegen des Flickendiebstahls freigesprochen worden ist. —

Eifrige Agitation für die Prügelstrafe haben die Breslauer Konservativen beschlossen. Im dortigen deutschkonservativen Verein hielt der Staatsanwaltschaftsrat Keil einen Vortrag über jugendliche Verbrecher und kam dabei auch auf die körperliche Züchtigung als Strafmittel zu sprechen. Der Staatsanwaltschaftsrat meint, gegen Erwachsene habe die Prügelstrafe eine Reihe von Nachteilen, aber in Bezug auf jugendliche Verbrecher stehe die Frage ganz anders. Man sage, die Prügelstrafe verrohe, sie ersticke das Ehrgefühl. Aber werde der Junge nicht sonst gezüchtigt, vom Vater, vom Meister, vom Lehrer? Solle derselbe Junge, wenn er sich gegen das Strafgesetz vergangen hat, plötzlich ein so empfindliches Ehrgefühl besitzen, daß eine Züchtigung von Staats wegen ihm unwiderbringlichen Schaden schafft? „Indessen, so vortrefflich das Mittel ist, wir werden mit ihm, fürs Erste wenigstens, auch nicht vorwärts kommen“. Unter vier Augen seien sehr viele, auch einflußreiche Leute für die körperliche Züchtigung der Jugendlichen, im übrigen aber wollen sie, aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, nichts davon wissen. In der Debatte traten sämtliche Redner, „und zwar stets unter dem Beifall der gesamten Versammlung“, für die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung für jugendliche Verbrecher ein. Eine in diesem Sinne angeregte Resolution wurde zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, auf die Kleinarbeit, auf die Agitation von Mund zu Mund komme es zunächst an.

Also die konservativen Menschenfreunde werden sich vorläufig im stillen für die Wonnen der Prügelstrafe begeistern und eine emsige Agitation von Mund zu Mund für die Wiedereinführung dieser mittelalterlichen Strafe betreiben. Wenn der Anwendung der Prügelstrafe aus dem Munde eines Staatsanwaltschaftsrates und sämtlicher übrigen jedenfalls hochachtbaren Mitglieder des konservativen Vereins ein Loblied gesungen wird — dann kann man sich nicht wundern, wenn minder gebildete Volkskreise solche Lehren gelegentlich in die That umsetzen und durch Exzesse und Gewaltakte die Welt mit Abscheu und Grauen erfüllen. —

Der Koblenzer Zweikampf wird noch weiter in eingehender Weise in der Presse besprochen. Verschiedentlich wird verlangt, daß der Fall im Reichstag zur Sprache gebracht werde. Die den Vorfall begleitenden Umstände verlangen allerdings eine Klärung. —

Zur „Sammlung“ für den Flottenverein erläßt dessen Vorsitzender Fürst zu Wied einen Aufruf „Samoa und die deutsche Flotte“, der nachdrücklich für die Regierung eintritt, aber die Notwendigkeit betont, eine starke Kriegsflotte zu schaffen. — Mögen die Wasserschwärmer immerhin sammeln so viel sie wollen, nur mögen sie dabei die übrige Bevölkerung aus dem Spiel lassen. —

Stuttgart, 14. April. Das Urteil im Prozeß gegen die Redacteure der „Schwäbischen Tagwacht“ und einige andere Zeitungen wegen ihrer Kritik des bekannten Falles Vögele wurde heute gefällt. Es wurden Geldstrafen von 40—150 M. verhängt. Thatsächlich hatten sich die betreffenden Blätter ein Verdienst erworben, indem sie die traurige Mißhandlungsgeschichte des Ulanen Vögele, der sich das Leben nahm, zur Sprache brachten; der mißhandelnde Unteroffizier wurde ja auch zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt. Trotzdem verfolgt man die Presse, verurteilt die Redacteure, weil ihnen eine irrtümliche Behauptung unterlaufen ist. —

„Groben Unfug“, begangen durch die Presse. Unser reichsländisches Partei-Organ, die Straßburger „Freie Presse“, hatte im Dezember v. J. dem Sigl'schen „Vaterland“ einen „Proletarier im Heere“ überschriebenen Artikel entnommen, der neben einer Schilderung der materiellen Notlage der Invaliden des deutsch-französischen Krieges der Oeffentlichkeit auch die Höhe des Profits unterbreitete, den die „führenden Geister“ bei jener Episode der Weltgeschichte gemacht haben. Bismarck war dabei als „Hauptarrangeur“, Moltke als „Nebenarrangeur“ des großen Krieges bezeichnet; beide waren im Hinblick auf die in so reichlichem Maße eingeheimsten Gratifikationen als „Empfänger von Trinkgeldern“ charakterisiert. Die Straßburger Staatsanwaltschaft quittierte über diese Wiedergabe der derb-bajuwarischen Siglschen Kriegserinnerungen mit einer Anklage wegen „groben Unfugs“ im Interesse der angeblich gefährdeten öffentlichen Ordnung. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am 9. März d. J. endete mit der glatten Freisprechung des Verantwortlichen der „Fr. Presse“, Genossen Lubnow, indem das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß der inkriminierte Ausdruck „Arrangeur“ des Krieges und „Empfänger von Trinkgeldern“ keine Beleidigung der beiden Männer, Bismarcks und Moltkes, sondern nur eine Charakterisierung ihrer Rollen im Kriege von 1870/71 enthielt. Es sei keine Frage, daß Bismarck thatsächlich zur Inflammierung des Krieges beigetragen habe, von dem er annehmen mußte, daß er unvermeidlich sei. Der nur für Socialisten bestimmte Artikel könne allerdings bei Andersgesinnten eine gewisse Beunruhigung und ein unangenehmes Gefühl hervorrufen, jedoch nicht in dem Maße, durch das die Voraussetzungen des groben Unfugs gegeben seien. Gegen dieses Urteil des Schöffengerichts legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der am Donnerstag stattgehabten erneuten Verhandlung vor der Strafkammer als Berufungsinstanz hob der öffentliche Ankläger u. a. hervor, daß sich auch im Auslande (!?) lebhaftes Befremden über die Ausführungen des inkriminierten Artikels, der die größten Männer der Nation in den Staub ziehe, habe äußern müssen. Er halte seinen in der ersten Instanz gestellten Antrag aufrecht, der auf eine Geldstrafe von 150 M. laute. Der Gerichtshof verkündete nach einer Berathung von nur zwei Minuten die Bestätigung des Urteils der ersten Instanz, also die abermalige Freisprechung des Angeklagten, und legte die Kosten beider Verhandlungen der Staatskasse zur Last. Der unter Anklage gestellte Artikel enthalte zwar „grobe Ungehörigkeiten“, die Kriterien des groben Unfugs seien aber trotzdem nicht gegeben. Zu diesen gehören nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichsgerichts, daß der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung verletzt sei. Diese Voraussetzung treffe nicht zu, und es habe deshalb, wie geschehen, erkannt werden müssen. —

Oestreich-Ungarn.

Karlsbad steht unter dem Zeichen des **Belagerungszustandes.** An dem Bauarbeiterstreik, von dem wir bereits Mitteilung gemacht haben, sind ca. 2000 Mann beteiligt, die sich aber vollkommen gesetzmäßig verhalten. Trotzdem hat die Regierung Veranlassung genommen, eine Menge Gendarmerie und Militär nach Karlsbad zu werfen; alle öffentlichen Aufzüge und Versammlungen, selbst die außerhalb der Stadt geplanten, werden verboten. Damit reizt man die Arbeiter natürlich nur noch mehr. Dieser Tage hat nun der Bezirkshauptmann Oestreich eine Kundgebung an den Mauern anschlagen lassen, in der gedroht wird, daß jede Ansammlung eventuell mit Gewalt verhindert werde. Die Behörden treten den Arbeitern in provokatorischer Weise entgegen und es hat, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meint, den Anschein, als wollte man den Streik gewaltsam unterdrücken. Am 13. früh wurden der Obmann der Bauarbeiter-Organisation, der Ortsvertrauensmann der Gewerkschaftskommission, und ein Mitglied des Streikkomitees verhaftet.

Der Abg. für Karlsbad Genosse Dr. Verkauf hat sich nach dem Streikgebiet begeben. —

Die Unruhen um Nachod. Aus Prag wird vom 15. April gemeldet: Der Statthalter betraute mit der Leitung der politisch-administrativen Aktion in den Streikangelegenheiten in den Gerichtsbezirken Eipel, Politz und Nachod sowie event. in den Nachbarbezirken den Bezirkshauptmann v. Trautenau, Herget, welcher bis auf weiteres in Nachod seinen Amtssitz nimmt. Der Bezirkshauptmann von Neustadt a. d. Mettau meldet, in Hronov und Nachod herrsche vollständige Ruhe, obwohl die mit den Arbeitern auf Intervention des Gewerbe-Inspektors gepflogenen Unterhandlungen erfolglos geblieben. Von dem requirierten Militär befinden sich drei Kompagnien in Nachod, eine in Hronov. Die Zahl der bisher Verhafteten beträgt 108. In Hronov streiken 1700 Arbeiter; in Rothkosteletz herrscht vollkommene Ruhe; die Arbeit wurde daselbst nicht eingestellt. In Budweis ruhen die Arbeiten auf den Bauten vollständig. —

Ausfuhrprämie und Kampfzoll. Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, liegt nunmehr die Antwort der englischen Regierung auf die Vorstellung der östreichisch-ungarischen Regierung, betreffend den in Indien eingeführten Retorsionszoll auf Prämienzucker vor, welche besagt, daß von der Erhebung eines Retorsionszolles sofort Abstand genommen wird, wenn Oestreich-Ungarn nachweist, daß der nach Indien exportierte Zucker keine Ausfuhrprämien genießt. —

Der Entwurf einer Gemeinde-Ordnung für Wien wurde von dem Wahlreform-Ausschuß des niederöstreichischen Landtags verworfen. Der Referent wurde ersucht, einen neuen Entwurf zu einem Gemeindestatut auszuarbeiten, in welchem das Princip der Interessenvertretung gewahrt bleibt und andererseits der Forderung nach einem allgemeinen Wahlrechte entgegengekommen wird; die Intelligenzvertretung soll aufrecht erhalten bleiben, Wahlumtriebe sollen strenge bestraft werden. —

Frankreich.

Die Enthüllungen in der Sonnabend-Ausgabe des „Figaro“ umfassen 24 Spalten; darunter befinden sich diejenigen Paléologues', Trarieux' und ein Brief des italienischen Botschafters Grafen Tornielli. Der Zeuge Grenier, ein Sohn des Generals, bei welchem Esterhazy Ordonnanz-Offizier war, lobte dessen Verhalten während jener Zeit. Ueber die Beziehungen Esterhazys zu Henry sagte Grenier, daß Esterhazy Henry als ihm feindlich gesinnt bezeichnete. Als Grenier Henry eines Tages begegnete, forderte er ihn auf, Esterhazy hilfreiche Hand zu bieten, und Henry erwiderte, so viel er könne, helfe er ihm gern. Grenier sagte noch, Esterhazy habe ihm oft geschrieben, er habe die Briefe aber nicht aufbewahrt.

Für den Generalstab geradezu vernichtend sind aber die Aussagen der Pförtnerin Madame Gérard. Die Pförtnerin hat in einem Notizbuch alle interessanten Mitteilungen aufgezeichnet, welche ihr Madame Pays, mit der sie sehr befreundet war, gemacht hat. Am 12. August 1898 erklärte Madame Pays, es gebe keine Gerechtigkeit, sonst würden Esterhazy und sie nicht mehr in Freiheit sein. Sie sagte dabei weiter: „Esterhazy hat das Blanche-Telegramm geschrieben, und ich habe das Speranza-Telegramm geschrieben. Cavaignac hatte Befehl gegeben, Esterhazy zu beschützen, damit sein Verwandter Paty de Clam nicht kompromittirt würde. Es hat keine verschleierte Dame existiert. Alle geheimen Schriftstücke sind von Paty de Clam Esterhazy überbracht worden.“ Ersterer meinte einmal zu Madame Pays: „Sie werden wissen, daß man sich eines Frauenzimmers leicht entledigen kann. Wenn jemand Enthüllungen über dasjenige, was Sie wissen, zu machen gedenkt, dann erinnern Sie sich dieses Ausspruches — dann wissen Sie, was Ihnen bevorsteht!“ — Madame Pays erklärte der Pförtnerin weiter, sie habe öfter Zusammenkünfte mit Boisdeffre in den Elysäischen Feldern gehabt, die um Mitternacht stattfanden; ferner: sie sei von dem General Mercier empfangen worden und habe auch häufig mit dem General Pellieux verkehrt. Die geheimen Schriftstücke, welche Esterhazy im Besitz hatte, wurden, so erklärte Madame Pays schließlich, in einer Damenmütze aufbewahrt, welche sich in einem Blumentopf auf der Redaktion der „Libre Parole“ befand. Madame Pays hat alle diese Schriftstücke nach London in Sicherheit gebracht.

Hauptmann Freystätter, einer der Richter im Dreyfus-Prozesse vom Jahre 1894, welcher an den Marineminister Lockroy ein Schreiben richtete, um seine Zweifel an der Gesetzlichkeit des Urteils auszusprechen, wurde von Lockroy mit Zustimmung des Kriegsministers Freycinet ermächtigt, sich direkt an den Kassationshof zu wenden, um ihm schriftlich oder mündlich die Thatsachen zur Kenntniß zu bringen, welche er zur Klarlegung des wahren Sachverhalts für nützlich erachte.

Eine Kundgebung von Dreyfus veröffentlicht der „Eclair“. Er bringt einen amtlichen Bericht des Kommandanten der Teufelsinsel Daniel. Dieser schreibt, er habe am 30. Oktober 1898 einen Brief von Dreyfus erhalten, in welchem dieser mit Selbstmord drohte, darauf sei eine strenge Ueberwachung desselben angeordnet worden. Am 16. November sei Dreyfus mitgeteilt worden, daß der Kassationshof eine Revision für zulässig erachte und ihn auffordere, seine Aussagen zu machen. Dreyfus habe erwidert, die Denkschrift über seine Aussagen werde sehr kurz sein. Dreyfus habe ferner erklärt, er habe während des Prozesses im Jahre 1894 Casimir Perier gebeten, die Oeffentlichkeit anzuordnen. Dieser habe es auch unter gewissen Bedingungen bewilligt, das Kriegsgericht aber trotzdem beschlossen, die Verhandlungen geheim zu halten.

Italien.

Ueber das Befinden des Papstes

werden die widerspruchsvollsten Nachrichten verbreitet. Der offiziöse Telegraph meldet im Gegensatz zu der von uns in der Sonnabend-Nummer gebrachten Depesche der „Frkf. Ztg.“ unterm 14. April: Prof. Mazzoni stattete heute in Begleitung des Dr. Lapponi dem Papste einen Besuch ab. Der Papst, der sich einer vorzüglichen Gesundheit erfreut, überreichte Mazzoni als Zeichen seiner Anerkennung sein Porträt mit eigenhändiger Unterschrift und ernannte ihn zum Kommandeur des Georgenordens. Gleichzeitig übergab er ihm ein von ihm selbst diktiertes Breve, in welchem er ihm für die ihm geleisteten Dienste seinen Dank ausspricht.

Spanien.

Ein karlistisches Organ, „Correo Espagnol“, welches Eigentum eines englischen Staatsangehörigen ist, wurde vom Madrider Präfekten verboten. —

Amerika.

Die amerikanischen Konsuln in Spanien haben, wie aus Washington berichtet wird, die Weisung erhalten, ihre Thätigkeit wieder aufzunehmen. —

Ueber politische Neubildungen wird uns aus New-York geschrieben: Am 22. März fand hier eine informelle Zusammenkunft von Socialdemokraten, Socialreformern und Silberdemokraten zu dem Zwecke statt, eine neue Partei ins Leben zu rufen. Unter den Hauptpersonen befanden sich: Eugene V. Debs, Rev. Dr. Rainsford von der St. Georges Episcopal-Kirche, Cornelius Baird von Philadelphia, Hermann Schulteis von Washington usw. Die nachstehenden Organisationen hatten Delegaten entsandt: „Social Democracy“, „The Brotherhood of Man“, „League for Political Progreß“, „American Federation of Labor“, „Knights of Labor“, „Socialist Labor Party“ und „Single Taxers“. Nachdem die Redner der verschiedenen Richtungen ihren Standpunkt dargelegt, wurde die Versammlung geschlossen. Zur Formation einer Partei kam es nicht. Präsident Keenen meinte, daß wahrscheinlich Ende Juli eine zweite Versammlung in Buffalo stattfinden würde, wo um dieselbe Zeit der Konvent der „National Social and Political Conference“ abgehalten wird. Dort werden Männer wie Gouverneur Pingree von Michigan, Dr. Lyman Abbott von Brooklyn Dr. Andrews, Eugene Debs, John Brisbane Walker, Gouverneur Altgeld und Samuel Gompers erwartet. —

Invalidenversicherungs-Kommission.

3. Sitzung vom 15. April. § 7a überweist der Seeberufsgenossenschaft die Invaliditäts- und Altersversicherung, verpflichtet sie aber dafür, die Witwen- und Waisenunterstützung im allgemeinen zu übernehmen, während sie jetzt nur bei Unfällen Renten an Witwen und Waisen gewährt. Molkenbuhr weist darauf hin, daß der von ihm beantragte Mindestsatz der Renten in das Gesetz aufgenommen werden müsse, da er der Berufsgenossenschaft, welche bisher so gegen die Interessen der Seeleute gehandelt habe, kein Vertrauen entgegenbringen könne. Demgegenüber erklärt Raab (Antisemit), daß er aus Seefahrtskreisen die entgegengesetzte Meinung gehört habe; die Seeleute seien ganz zufrieden mit ihr. Und wenn bei der Seeberufsgenossenschaft mitunter Mißgriffe vorkommen, so sei niemand unwilliger darüber als die leitenden Personen der Berufsgenossenschaft. Grade sie haben sich auch sehr indigniert geäußert, daß bei der letzten Festsetzung der Grundtagen für die Rentenberechnung die Berufsgenossenschaft nicht gehört worden sei. Dem Antrage Molkenbuhrs, die Rentenhöhe festzusetzen, werde er zustimmen (was er aber nachher nicht that, weil ihm Rösicke gut zugeredet hatte). Stadthagen: Die zu niedrige Festsetzung der Heuer durch den Reichskanzler sei mit einer so groben Verletzung der gesetzlichen Vorschriften erfolgt, daß er nicht zweifle, jeder Gerichtshof werde, wenn eine geschädigte Wittwe den Reichskanzler verklage, diesen haftbar machen. Graf Posadowsky erklärte darauf, daß er bereits angeordnet habe, die Festsetzung der bei Berechnung der Renten zu Grunde zu legenden Heuer nochmals und **eingehend nachzuprüfen.** (Die Beschwerden, die von unserer Seite vorgebracht und anfänglich vom Ministerialdirektor Woedtke als gänzlich unbegründet zurückgewiesen wurden, haben **also doch geholfen!** Denn bei einer sorgfältigen Prüfung muß die Regierung finden, **daß die Heuern zu niedrig festgesetzt worden sind.**) Die socialdemokratischen Anträge (siehe vorigen Bericht) werden gegen sechs Stimmen abgelehnt, der Antrag Rösicke, welcher den § 7a redaktionell ändert, wird gegen 4 Stimmen angenommen.

§ 8: **Freiwillige Versicherung.** Von Dr. Oertel (k.) wird wie zur ersten Lesung beantragt, daß auch sonstige (selbständige) Betriebsunternehmer und Gewerbetreibende versicherungspflichtig sind, sofern sie nachweisen können, daß ihr Einkommen nicht über 2000 M. beträgt und sie das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben. Staatssekretär Posadowsky erklärt, diese Bestimmung sei undurchführbar, solange nicht eine Reichseinkommensteuer bestehe, denn jetzt sei die Art der Veranlagung in den einzelnen Bundesstaaten ganz verschieden, auch in einigen noch gar keine Einkommensteuer eingeführt. Von Thiele (Soc.) wird angefragt, ob Redacteure und berufsmäßige Berichterstatter, die weniger als 2000 M. Gehalt oder Lohn haben, versicherungspflichtig sind, was der Staatssekretär Posadowsky bejaht. Auf eine Anfrage Wurms erklärt er, daß auch diejenigen Techniker versicherungspflichtig sind, welche studierten, jedoch weniger als 2000 M. Einkommen haben, nicht nur die nicht-studierten; wer als Techniker zu betrachten sei, müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Nach Annahme des Antrags Hofmann (natl.) wird der § 8 der Redaktionskommission überwiesen und kommt dann erst zur Abstimmung. § 9 behandelt die **Voraussetzungen für Zuerkennung einer Invalidenrente.** Bisher wurde vom Gesetz die „dauernde Erwerbsunfähigkeit“ verlangt. Die neue Regierungsvorlage besagte genauer, Invalidenrente solle erhalten, wer „im Sinne des § 4 Absatz 2 dauernd erwerbsunfähig ist“, also wer nicht mehr mindestens ein Drittel dessen verdienen kann, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art verdienen. In erster Lesung war das noch genauer ausgeführt worden durch den Zusatz, als Verdienst eines körperlich und geistig gesunden Lohnarbeiters derselben Art sei mindestens derjenige Lohnsatz in Berechnung zu ziehen, welcher bei Auswerfung einer Invalidenrente für den Betreffenden zu Grunde zu legen wäre. Und Invalidenrente dürfe, wenn die Invalidität durch einen Unfall herbeigeführt worden ist, nur insoweit gewährt werden, als keine Unfallrente zu leisten ist. Ein socialdemokratischer Antrag verlangt, Invaliden- und Unfallrente sollte zugleich gewährt werden können. Dieser Antrag wird von den Konservativen, von den Regierungsvertretern und vom freisinnigen Abg. Rösicke lebhaft bekämpft, von Hitze (C.) und Hofmann (natl.) befürwortet, aber nach längerer Debatte gegen die vier socialdemokratischen und zwei freisinnigen Stimmen abgelehnt. Auch Hitze und Hofmann stimmten dagegen. Der in erster Lesung beschlossene Zusatz, den Mindestsatz der bei der Rentenberechnung zu Grunde zu legenden Lohnhöhe betreffend, wurde gegen die vier socialdemokratischen und eine freisinnige Stimme gestrichen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. April.

Parlamentarisches.

Der „Berliner Aerzte-Vereinsbund“ hat dem Reichstage eine Petition überreicht, den Schlußbestimmungen der Invaliditäts-Novelle einen Paragraphen anzufügen des Inhalts: „Soweit in diesem Gesetz und dessen Ausführung ärztliche Gutachten über den körperlichen und geistigen Zustand eines Rentensuchers in Frage kommen, gelten nur die, welche von Aerzten, die in Deutschland approbiert sind, ausgestellt wurden.“

Partei-Nachrichten.

Das Verhalten der Leipziger Genossen zu den Parteibeschlüssen. Zu unserer Notiz in Nr. 86 schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Der „Vorwärts“ registriert den Beschluß der Leipziger Parteigenossen, sich nicht an den Landtags-Wahlen zu beteiligen und bemerkt — ausführlicheres in Aussicht stellend — vorläufig dazu:

Wir müssen aber schon heute unser lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die Leipziger Parteigenossenschaft sich durch ihren Beschluß in schwerer Weise gegen die elementaren Regeln der Parteisolidarität und damit gegen das Wohl der Partei vergangen hat.

Wir müssen dem „Vorwärts“ bemerken, daß er besser thäte, die Berliner, die sich doch bekanntlich auch nicht an den Landtagswahlen beteiligten und ihre Stellung nach den Landtagswahlen auch noch ausdrücklich aufrecht erhalten haben, Mores zu lehren. Daß die Leipziger Genossen von ihrem bisherigen Standpunkte nicht abgehen würden, hätte der „Vorwärts“ vorhersehen können.“

Der „Leipziger Volkszeitung“ passiert eine kleine Verwechslung. Es handelt sich in Sachsen gar nicht mehr um die Frage, ob Beteiligung an den Landtagswahlen oder nicht, sondern es handelt sich um die Frage: Befolgung von Parteibeschlüssen oder nicht. Die Berliner Genossen „Mores zu lehren“, hat niemand Veranlassung, gleichviel, ob er ihre Stellung zu den Landtagswahlen billigt oder nicht. In Stuttgart ist zur Frage der preußischen Landtagswahlen die Resolution 107 angenommen worden (Protokoll S. 69, 162), in welcher der ausschlaggebende Satz lautet:

„Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Beteiligung zu entscheiden.“

In Krimmitschau aber ist beschlossen worden, daß sich die Partei wie bisher an den Landtagswahlen beteiligt.

Maifeier. Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen weiter die Bäcker in Lübeck. — Die Gesamtverwaltung des Schedewitzer Konsumverein' beschloß in ihrer letzten Sitzung, daß am 1. Mai sämtliche Verkaufsgeschäfte geschlossen bleiben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Von der Anklage der Militärbeleidigung** wurde der Genosse Fendrich in Offenburg durch das dortige Schwurgericht freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften Berlins! Wir ersuchen nochmals alle diejenigen Gewerkschaften, die ihre Ankündigung der Maifeier in ein gemeinsames Inserat mit aufgenommen haben wollen, spätestens bis zum 20. April auf dem Gewerkschaftsbureau, Annenstraße 16, I, ihre Gewerkschaft, Lokal und Referenten angeben zu wollen. Die betreffenden Gewerkschaften oder Gruppen berufen die Versammlungen selbst ein, melden sie auch selbst polizeilich an.

Gleichzeitig ersuchen wir die Gewerkschaften Berlins, die von der Kommission herausgegebenen Listen für die **Krefelder Weber** nach Möglichkeit eifrig in Umlauf zu setzen, da die Ausständigen der Unterstützung sehr bedürfen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Berliner Arbeiterschaft nach Kräften die streikenden Weber in ihrem 14wöchentlichen Kampfe unterstützt.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: Rud. Millarg.

An die arbeitende Bevölkerung in Rixdorf! Am Montag, den 17. d. M., findet im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50, eine Gewerkschaftsversammlung statt, die zur Zwangsinnung Stellung nehmen soll und den Ausstand der Krefelder Weber besprechen wird. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um recht rege Beteiligung gebeten. — Der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Achtung, Stockarbeiter! Bei der hiesigen Firma H. Gembicki sind Differenzen ausgebrochen, die zu einem Ausstand sämtlicher Arbeiter führten. Die Arbeiter wehrten sich gegen die Preisdrückerei, die von einem Heimarbeiter getrieben wurde, und verlangten dessen Entlassung, weil er früher als Arbeitswilliger thätig war. Der Vertrauensmann der Metallarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Buchbinderei und verwandter Geschäftszweige beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die „Buchbinder-Zeitung" veröffentlicht eine Statistik, die der Vorstand der Organisation aufgenommen hat und die sich auf 110 Orte, 1447 Betriebe, in denen insgesamt 16 552 Personen beschäftigt sind, erstreckt. Es macht das durchschnittlich 8,7 Personen auf jede Werkstatt. Im Hauptbetriebszweig, der Buchbinderei herrscht zwar noch die männliche Arbeitskraft vor, wird aber auch immer mehr durch die billigere weibliche Arbeitskraft verdrängt. Nach der Zusammenstellung stehen, die Nebenbranchen mit eingerechnet, den 46,8 Proz. männlichen Arbeitern (Gehilfen und Hilfsarbeiter) bereits 45,8 Proz. weibliche Arbeitskräfte gegenüber. In den hier in Betracht kommenden Betrieben waren beschäftigt: 6838 Gehilfen, 806 Hilfsarbeiter, 7711 Arbeiterinnen und 1197 Lehrlinge.

Die Lohnverhältnisse haben sich, wie angegeben wird, in den letzten Jahren anscheinend günstiger gestaltet. Trotzdem wurde von 37,4 Proz. der Gehilfen noch nicht oder kaum ein Wochenverdienst von 19 M. erreicht. Bei 16 Proz. beträgt der Wochenverdienst höchstens 16 M. und vielfach noch weniger. Bei den Arbeiterinnen wurden von 52,2 Proz. noch nicht oder doch kaum ein Wochenverdienst von 9 M. erreicht. Bei 26 Proz. der Arbeiterinnen betrug der Verdienst pro Woche gar nur 7 Mark und vielfach noch weniger. Da Angaben meist nur von den organisierten Arbeitern gemacht werden, die zumeist auch die besser gestellten in dem Berufe sind, so kann wohl angenommen werden, daß die Durchschnittslöhne in Wirklichkeit noch niedriger sind. Der karge Lohn hat denn auch zur Folge, daß die Arbeiter, wie angegeben wird, sehr häufig durch Ueberstunden oder Heimarbeit einen Nebenverdienst suchen, oder daß Frau und Kinder zum Erwerb mit beitragen müssen. Von den Gehilfen stehen 70,2 Proz. im Zeitlohn, 29,8 Proz. im Stücklohn, von den Arbeiterinnen 53,6 Proz. im Zeitlohn und 46,4 Proz. im Stücklohn. In den Orten mit vorherrschendem Großbetrieb ist eine langsame, aber stete Zunahme des Accordsystems zu beobachten und speciell Berlin, Leipzig und Stuttgart lassen eine teilweise sogar bedeutende Zunahme erkennen.

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 13 Stunden und nur vereinzelt in den Buchdruckereien von Parteigeschäften beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden. Wenn auch in den letzten Jahren in vielen Orten eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat, so ist doch die Thatsache vorhanden, daß in 40 von 71 Orten die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, hiervon sogar in 27 Orten 11—13 Stunden. Für die Ueberstunden-Arbeit, die wohl gelegentlich in allen Geschäften vorkommt, wird nicht in allen Fällen Mehrbezahlung geleistet und ein beträchtlicher Teil der Geschäftsinhaber, soweit Angaben gemacht sind, 23,2 Proz., gewähren die geringen Forderungen für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit nicht. Die gesetzlichen Feiertage werden nur von 32,8 Proz. der Geschäftsinhaber bezahlt.

Den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen von den 1447 in Frage kommenden Werkstuben in Bezug auf Ventilation, Licht und Beleuchtung bei Tage und des Abends nur 40 bis 45 Proz. und in sehr vielen Geschäften werden die gesetzlichen Vorschriften nicht befolgt.

In der Hausindustrie, die als solche speciell in der Lederwarenbranche in sehr ausgedehntem Maße vorkommt, sind die Preise für die einzelnen Arbeiten vielfach noch geringer, als die bei den Werkstattarbeitern üblichen Accordlöhne. In beschränkten Wohnungsverhältnissen, bei ungeregelter Arbeitszeit oft mit Zuhilfenahme der Frau und Kinder wird bis spät in die Nacht hinein die Arbeit gegen geringe Bezahlung verrichtet.

Von den an der Statistik beteiligten 6838 Arbeitern waren 70,3 Proz., von den 7711 Arbeiterinnen 18,3 Proz. organisiert. Für den Gesamtberuf ist natürlich der Prozentsatz weit geringer. Obwohl die Organisation in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hat, so gehören nach dem Mitgliederbestande vom 1. Januar 1898 der Organisation doch nur 18,5 Proz. der Arbeiter (5133 von ca. 27 800) und 9,8 Proz. der Arbeiterinnen (1452 von ca. 14 800) an. Die besten Organisationsverhältnisse sind in der Hauptbranche, in der Buchbinderei, vorhanden. Im allgemeinen bedarf es aber noch bedeutender agitatorischer Thätigkeit, und es ist die Aufgabe eines jeden Berufsangehörigen, für möglichste Ausdehnung der Organisation zu sorgen. In vielen Orten sind die Arbeitsverhältnisse noch sehr traurige, die dringend der Besserung bedürfen. Andererseits hat die Statistik ergeben, daß wohl ein bedeutender Fortschritt in Bezug auf die Arbeitszeit und Besserung der Lohnverhältnisse eingetreten ist, und zwar in denjenigen Orten, in welchen der Verband infolge seiner Mitgliederzahl im stande war, energisch für die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder einzutreten.

Der Bierboykott in Frankfurt a. M. Eine Versammlung der Wirte hat beschlossen, den Stadtverordneten Dr. Rößler und Stadtrath Dr. Flesch um eine Vermittelung der Differenzen zwischen Arbeiter und Unternehmer anzugehen. Der Ring der Brauereien hat auch einige Brauereien, die außerhalb des Ringes stehen, in seinen Bann gezogen. So erhielt dieser Tage ein Wirt von dem Vertreter der Brauerei Storchenbräu (Speyer) eine Postkarte folgenden Inhalts:

> Zu meinem größten Bedauern habe ich heute morgen Befehl erhalten, kein Bier mehr an neue Kunden während der Lohnbewegung zu liefern.
>
> Indem ich Sie hiervon in Kenntnis setze, bitte ich um ferneres Wohlwollen und zeichne stets gerne zu Ihren Diensten
>
> Hochachtend Jos. Leleithner.

Das sind die uns gut bekannten Mittel, die auch während des Berliner Bierboykotts in Wirksamkeit traten. In ihrem Widerstand werden sie die Arbeiter nicht erschüttern.

In der Maschinenfabrik von Kettling u. Braun in Krimmitschau befinden sich 21 Arbeiter von den 42 dort beschäftigten im Ausstand. Die Differenzen entstanden wegen Maßregelung eines Arbeiters.

Wegen Maßregelung einiger Arbeiter sind in der Stickerei von F. J. Kling in Augsburg sämtliche Arbeiter in den Streik eingetreten.

Ausland.

Ein Streik der Erdarbeiter an der Elsässer Bahn bei Basel ist ausgebrochen, an dem meistens Italiener, ca. 850 Mann, beteiligt sind. Sie fordern: Zehnstundentag und minimale Stundenlöhne von 55 Centimes für Maurer, 44 Centimes für Erdarbeiter, 35 und 30 Centimes für Handlanger.

Sociales.

Zur Baukontrolle. Der erste Versuch einer geordneten Baukontrolle wurde vom Stadtmagistrat Fürth gemacht. Er beschloß die Anstellung eines ständigen Bau-Controleurs, der eine fünfjährige praktische Thätigkeit im Baugewerbe nachweisen und eine Baugewerksschule absolviert haben muß.

Arbeiter-Risiko. Der bei einem Brauereibesitzer in Aschersleben in der Lehre befindliche, im 15. Lebensjahre stehende Friedrich Tränkel war beim Göpel beschäftigt und soll durch einen unglücklichen Zufall zwischen Göpel und Wand geraten sein, sodaß ihm der Brustkasten eingedrückt wurde und der Tod auf der Stelle eintrat.

Sociale Rechtspflege.

Abermals eine Tellersammlung als Kollekte. Durch Veranstaltung einer nicht genehmigten Kollekte sollten die Bergarbeiter Heinrich und Rademacher eine am 14. Februar 1891 für die Bürgermeisterei Styrum erlassene Polizeiverordnung verletzt haben, wonach ohne vorherige Genehmigung der Ortspolizeibehörde eine öffentliche Kollekte nicht veranstaltet werden darf. Heinrich hatte als Vorsitzender einer Bergarbeiter-Versammlung den Beschluß herbeigeführt, am Schlusse der Versammlung zur Deckung der Unkosten eine Tellersammlung zu veranstalten und Rademacher hatte den Beschluß ausgeführt. Das Schöffengericht in Mülheim a. d. R. und das Landgericht in Duisburg sprachen die Angeklagten frei, wogegen die Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Revision ergriff. Das Kammergericht hob denn auch die Vorentscheidungen auf und verwies die Angelegenheit zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. In der Begründung machte der Präsident folgende bemerkenswerte Ausführungen: Die Polizeiverordnung vom 14. Februar 1891 sei rechtsungiltig, weil sie eine Ortspolizeibehörde für berufen erkläre, öffentliche Kollekten zu genehmigen. Nach der Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1825 sei die Genehmigung zur Ausschreibung öffentlicher Kollekten in den einzelnen Regierungsbezirken den Oberpräsidenten übertragen worden. Es wäre unzulässig, diese Befugnisse untergeordneten Behörden zu übertragen. Wenn es in einer Verfügung der Regierung zu Düsseldorf aus dem Jahre 1876 heiße, daß auf Grund ministerieller Genehmigung die Ortspolizeibehörden ermächtigt würden, solche öffentliche Kollekten zu genehmigen, die nur einen örtlichen Charakter hätten, dann verkenne diese Verfügung die Rechtslage. Sie verstoße insofern gegen das bestehende Recht, als eine Uebertragung der Befugnisse der Oberpräsidenten hier nicht zulässig sei. Die ministerielle Genehmigung mache die Verfügung nicht zu einer rechtswirksamen, denn die Instruktion für die Oberpräsidenten habe Gesetzeskraft und könne nur abgeändert werden durch ein Gesetz. Ließe sich nun auch die Ortspolizei-Verordnung für Styrum an sich durch den § 6a des Polizei-Verwaltungsgesetzes rechtfertigen, so wäre sie dennoch unwirksam, weil sie einem anderen Gesetz, der bewußten Instruktion von 1825, widerspreche.

Gerichts-Zeitung.

Vom medizinischen Examen. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I wurde gestern ein den Aerztestand berührender Prozeß verhandelt. Der Sanitätsrat Dr. Hartmann war beschuldigt, den Geheimrat Professor Dr. Rubner mittels der Presse beleidigt zu haben. Professor Rubner gehört der wissenschaftlichen Deputation im Kultusministerium und der Prüfungskommission an, in welcher er der Station „Hygiene" vorsteht und als solcher die Examinanden in diesem Fach zu prüfen hat. Der Angeklagte hat sich um die Reform des medizinischen Unterrichts verdient gemacht und seinen Standpunkt durch Wort und Schrift vertreten. Dies geschah auch in einer Reihe von Artikeln, welche in den Nummern 46, 47 und 48 der „Berliner Aerzte-Korrespondenz, Organ des Geschäftsausschusses der ärztlichen Standesvereine" erschienen. In einem dieser Artikel berührte der Verfasser die Prüfungsmethode des Professors Rubner. Es wurde behauptet, daß Professor Rubner alle diejenigen Kandidaten durchfallen lasse, welche nicht die Tabellen und Zahlen aus dem von Rubner verfaßten Lehrbuch „Die Hygiene" auswendig gelernt hatten. In dem Vorwurf, daß Professor Rubner sich bei der Prüfung nicht von sachlichen Gründen leiten lasse, wurde die Beleidigung gefunden. Der Angeschuldigte berief sich auf den Redacteur des vorgenannten Organs, Dr. med. Joachim, darüber, daß Professor Rubner thatsächlich die geschilderte Prüfungsmethode anwende. Der Zeuge Dr. Joachim bekundete, daß ihm gegenüber verschiedene Kandidaten darüber geklagt hätten, daß ihnen die Station „Hygiene" durch die Prüfungsmethode des Professors Rubner so bedeutende Schwierigkeiten bereite. Derselbe prüfe nur nach seinem Buche und berühre mit Vorliebe einen Druckfehler, den er in seinen Vorlesungen zu verbessern pflege, um dadurch festzustellen, ob der Examinand seine Vorlesungen besucht habe. Professor Rubner erklärte als Zeuge, daß gar keine Rede davon sein könne, daß jemand alle Tabellen und Zahlen seines Buches auswendig zu lernen vermöge. Es sei auch durchaus unwahr, daß er lediglich sein Buch bei der Fragestellung zu Grunde lege. Seit 14 Jahren bekleide er das Amt eines Examinators und in dieser Zeit seien nur vereinzelte Fälle vorgekommen, daß er Kandidaten wegen ungenügender Leistungen habe zurückweisen müssen.

Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung für vorliegend. Den Auslassungen durchgefallener Kandidaten sei nicht das geringste Gewicht beizulegen und der Wahrheitsbeweis müsse als völlig verfehlt angesehen werden. Bei der Schwere der Beleidigung beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 300 M. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Justizrat Sello, bestritt zunächst, daß in objektiver Beziehung eine Beleidigung vorliege, führte sodann aber aus, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugebilligt werden müßte.

Der Gerichtshof war mit dem Verteidiger der Ansicht, daß der Angeklagte nicht die Wahrnehmung berechtigter Interessen in unstatthafter Weise überschritten habe. Es wurde deshalb ein freisprechendes Urteil gefällt.

Die Schmucksachen des bekannten Fräulein Ella Goltz spielten eine Hauptrolle in einer Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Journalisten Max Wienecke stattfand. Als Grünenthal und seine Geliebte Ella Goltz verhaftet waren, wurden die Angehörigen der letzteren vielfach von Zeitungs-Berichterstattern aufgesucht, denen darum zu thun war, aus zuverlässiger Quelle Nachrichten zu erhalten. Der Angeklagte wurde vor seinen Konkurrenten bevorzugt, die meisten Nachrichten über die Grünenthalsche Angelegenheit stammen aus seiner Feder. Er hatte sich nach und nach bei der Mutter der Ella Goltz eine Art Vertrauensstellung erworben. Als Frl. Goltz verhaftet worden war, besaß ihre Mutter nicht die Mittel, für die Verhaftete das Selbstbeköstigungsgeld einzuzahlen. Sie klagte dem Wienecke ihre Not, übergab ihm die Brillanten ihrer Tochter und bat ihn, dieselben zu versetzen und von dem Erlös einen Betrag von 60 M. für ihre Tochter einzuzahlen. Wienecke führte den Auftrag aus, er verpfändete die Schmucksachen, die einen Werth von über 1000 M. gehabt haben sollen, für 245 M. Hiervon zahlte er 60 M. für Fräulein Goltz ein, den Rest lieferte er aber nicht an deren Mutter ab, sondern verbrauchte ihn für sich. Er verkaufte dann auch noch zwei von den Pfandscheinen. Der Angeklagte hat seine strafbare Absicht stets bestritten und sich mit dem Mantel des Geheimnisvollen zu umhüllen versucht. Im gestrigen Termine stellte er auch anfangs die Behauptung auf, daß er die Wahrheit nicht sagen dürfe, um nicht zwei Personen bloßzustellen. Auf Zureden seines Verteidigers, Rechtsanwalts Wronker, ließ der Angeklagte sich dann zu der Erklärung herbei, daß er geglaubt habe, das zurückbehaltene Geld für eine Forderung, die er an Grünenthal und Genossen gehabt habe, aufrechnen zu dürfen. Er sei gewissermaßen der „juristische Beirat der Hinterbliebenen Grünenthals" gewesen, indem er ihnen einen Verteidiger besorgt und mancherlei Gänge für sie besorgt habe.

Eine zweite Strafthat des Angeklagten wurde als Urkundenfälschung aufgefaßt. Wienecke, der sich hauptsächlich mit Sportnachrichten befaßte, stand mit dem Rennbahnbesitzer Gärtner in Verbindung. Dieser beauftragte ihn, bei einer Anzahl von Zeitungen Inserate zu besorgen. Der Angeklagte vermochte diesen Auftrag bei einer Zeitung nicht auszuführen, da diese von ihrem Grundsatze, das Inserat nur auf grund eines ihrer eigenen, mit dem Stempel des Auftraggebers versehenen Formulare aufzunehmen, nicht abweichen wollte. Wienecke begab sich dann mit dem Formulare nach dem Bureau des Rennplatzes, und da er hier niemanden antraf, setzte er den frei daliegenden Stempel unter den Bestellschein. Er stellte dann den gesamten Inseratenbetrag seinem Auftraggeber in Rechnung und erhielt sofortige Zahlung. Gärtner erhielt zu seiner Verwunderung später eine Rechnung vom „Lokal-Anzeiger", derjenigen Zeitung, die den unterstempelten Bestellzettel in Händen hatte. Wienecke hatte hier den Betrag nicht abgeführt. Auch in diesem Falle berief der Angeklagte sich darauf, daß er der alleinige Contrahent mit dem „Lokal-Anzeiger" sei, mit dem er sich später habe verrechnen wollen.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten in beiden Fällen für überführt, er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wronker, führte aus, daß die Anklage aus rechtlichen Gründen nicht aufrecht zu halten sei, da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß er von der Widerrechtlichkeit seiner Handlungsweise überzeugt war.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen beider Strafthaten zu einer Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis.

Der Arbeitsnachweis der Bäckerinnung in Stuttgart wurde in einer Gerichtsverhandlung als eine außerordentlich verrostete Einrichtung erwiesen. Der Vorstand der Bäckerinnung, Kälberer, und der Sprechmeister Lanz hatten gegen den verantwortlichen Redacteur der „Schwäbischen Tagwacht", Genossen Keil, Privatklage erhoben, weil er in einem Versammlungsbericht geschrieben hatte, bei dem Sprechwesen der Bäckerinnung herrsche eine „himmelschreiende Ausbeutung".

Keil trat den Wahrheitsbeweis an. Die „Schwäbische Tagwacht" berichtet darüber:

Der erste Zeuge, ein 51jähriger Bäckergeselle, kam in Stuttgart zugereist und war in prekärer Lage; da er auf anderem Wege eine Stelle nicht bekommen konnte, wandte er sich an den Sprechmeister der Innung und zahlte diesem für Vermittlung einer Stelle 20 M. (In den bestehenden Vorschriften ist dem Sprechmeister verboten, mehr als die 50 Pf. betragende Sprechgebühr, die aber erst nach Vermittlung der Stelle zu zahlen ist, anzunehmen.) Der Zeuge hat ferner in Gesellschaft mit Lanz zahlreiche Flaschen Wein bezahlt, wozu ihn letzterer veranlaßt hat. Lanz sucht diese Thatsache wie auch die Annahme der 20 M. auf ein zwischen beiden bestandenes Freundschaftsverhältnis zurückzuführen, doch stellt sich heraus, daß die Freundschaft erst später entstand.

Ein weiterer Zeuge, Bäckergeselle, bekundet, er sei 5 Monate arbeitslos gewesen, habe aber, obgleich er sich zu Beginn der Arbeitslosigkeit beim Sprechmeister einschreiben ließ, keine Arbeit bekommen. Dann lieh er von einem Kollegen 10 M., die er dem Sprechmeister einhändigte, worauf er innerhalb 14 Tagen eine Stelle bei Bäckermeister Kälberer erhielt. Kälberer: Warum haben Sie mir von dem Schmieren nichts gesagt? Zeuge: Ich wußte, daß das in ganz Stuttgart bekannt war, und wollte den Mann nicht um sein Brot bringen. Vors.: Der Mann hat erst noch eine noble Gesinnung.

Der nächste Zeuge hat von den nicht geladenen Bäckergesellen gehört, daß der eine vom Sprechmeister wiederholt zu Meistern geschickt wurde, die gar keine vakanten Stellen angemeldet hatten, ein Meister kannte den Sprechmeister nicht einmal; trotzdem ließ sich der Sprechmeister fast in jedem dieser Fälle seine Gebühr bezahlen. Ein weiterer Bäckergeselle hat ihm erklärt, er habe 5 M., ein anderer, er habe 3 M. geschmiert, überhaupt gebe es in Stuttgart Gesellen in großer Zahl, die geschmiert haben.

Darauf zogen beide Kläger ihre Klagen zurück und der Sprechmeister übernahm sämtliche Kosten.

Ungesetzlicher Kinderschutz. Das Gesetz vom 6. Mai 1886, durch das die Schulordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen abgeändert worden ist, sagt in seinem § 3: Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1886 in Kraft, unbeschadet des Rechts der zuständigen Behörden, schon vor diesem Termin Polizei-Verordnungen zur Bestrafung von Schulversäumnissen zu erlassen. Auf Grund dieser Bestimmung sind in den genannten Provinzen Verordnungen erlassen worden, die es den Arbeitgebern bei Strafe verbieten, schulpflichtige Kinder während der Schulzeit zu beschäftigen. Gegen eine solche, am 12. August 1895 von der Königsberger Regierung erlassene Verordnung sollte sich der Amtsrat Patzig vergangen haben. Der Herr besitzt bei Allenstein große Hopfenplantagen. Er wurde in erster und zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. In seiner hiergegen eingelegten Revision focht der Angeklagte die Gültigkeit der Regierungsverordnung an und machte außerdem geltend, seine Beamten hätten die Kinder gegen seinen Willen und ohne sein Wissen beschäftigt. Das Kammergericht erklärte die Regierungsverordnung vom 12. August 1895 für ungültig und sprach deshalb den Angeklagten frei. Der Präsident machte folgende bemerkenswerte Ausführungen: Betrachte man die Regierungsverordnung als eine Polizeiverordnung, dann sei sie deshalb ungültig, weil die Polizei überhaupt **nicht** befugt sei, Vorschriften zur Regelung der Schulpflicht und über die Bestrafung von Schulversäumnissen zu erlassen. Das Polizei-Verordnungsrecht erstrecke sich nicht auf dieses Gebiet und habe durch das Gesetz vom 6. Mai 1886 nicht darauf ausgedehnt werden sollen. Wenn der (oben citierte) § 3 des Gesetzes von einem Recht zum Erlasse solcher Polizeiverordnungen dennoch spreche, dann habe hier der Gesetzgeber mit einer irrigen Annahme gerechnet, es könne dies deshalb als maßgebend **nicht** erachtet werden. Sehe man aber die Regierungsverordnung als eine Ausführungsverordnung zum § 48 II 12 Allgemeinen Landrechts an, dann wäre sie gleichfalls ungültig, denn sie gehe über den Rahmen des § 48 II 12 hinaus. Nach diesem Paragraphen könnten nur Eltern oder deren gesetzliche Stellvertreter (Vormünder 2c.) wegen der Schulversäumnisse ihrer Kinder bestraft werden, nicht aber Arbeitgeber, die schulpflichtige Kinder während der Schulzeit beschäftigten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Krakau, 15. April. (W. T. B.) In der Trainkaserne entstand auf einem Boden, welcher zur Aufbewahrung von Stroh diente, ein großer **Brand,** bei welchem zwei Militärpersonen, welche vom Feuer überrascht wurden und den Ausweg verfehlten, umgekommen sind.

Algier, 15. April. (W. T. B.) Das Zuchtpolizeigericht verurteilte den früheren Maire von Algier, Max Regis, wegen Beleidigung des Generalgouverneurs von Algerien zu vier Monaten Gefängnis.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

66. Sitzung, Sonnabend, 15. April 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Podbielski.

Die erste Beratung des Entwurfs eines **Telegraphenwegegesetzes** wird fortgesetzt.

Abg. **Singer** (Soc.):

Der Herr Staatssekretär hat sich gestern beklagt, daß die Vermehrung der Telegraphenlinien öfters durch im Wege stehende Aepfel- oder Birnbäume verhindert werde. Ich fürchte nur, daß in dieser Vorlage auch mancher Apfelbaum in diesem Sinne sich befindet, der beseitigt werden muß. Nach meiner Meinung dienen die öffentlichen Wege dem Verkehr, und da die Telegraphenlinien zweifellos im Dienste des öffentlichen Verkehrs notwendig sind, so liegt kein Grund vor, daß nicht diese Telegraphenleitungen die öffentlichen Wege ohne wesentliche Entschädigung für die Wege-Inhaber benutzen. Ganz anders stellt sich natürlich die Sache, wenn durch die Telegraphenleitungen Beschädigungen oder Einschränkungen der Nutzung für die Wegeunterhaltungspflichtigen entstehen. Dann muß selbstverständlich die Postverwaltung die entstandenen Schäden reparieren. Dagegen ist ja auch von Seiten des Reichs-Postamts kein Widerspruch erhoben worden, aber es wäre besser gewesen, dies direkt in das Gesetz hineinzubringen. Es ist ja auch möglich, daß direkte finanzielle Beeinträchtigungen durch diese Benutzung der Telegraphenverwaltung entstehen können. Bleiben wir einmal bei dem Beispiel des Apfelbaums, das der Herr Reichskanzler anführte (Heiterkeit) — der Herr Staatssekretär, aber einem preußischen General ist alles möglich, warum soll er nicht auch einmal Reichskanzler werden. (Heiterkeit.) Wenn z. B. eine öffentliche Straße, die mit Obstbäumen bepflanzt ist, in ihrem Ertrage durch die Telegraphendrähte geschädigt wird, dann hat die Reichs-Postverwaltung selbstverständlich die Verpflichtung, den Ausfall, der dadurch entsteht, dem Kreise oder der Gemeinde zu vergüten.

Das Hauptbedenken liegt aber für uns in dem § 6. Dieser kann zu einer Quelle großer Unzuträglichkeiten und Schädigungen werden. Es wird sich bei der Anlage von Telegraphenlinien weniger darum handeln die öffentlichen Straßen auf dem Niveau derselben zu benutzen, als darum, die Leitung in die Erde hineinzulegen und dieser Punkt veranlaßt uns, bei der Emanierung dieses Gesetzes sehr vorsichtig zu sein. Denn eine Kabelleitung, die innerhalb der Erde liegt, kann besonders viel Schaden anrichten. Sie hat mit der Konkurrenz von Gasröhren, Wasserleitungsröhren, Kanalisationsröhren, Kabeln seitens der Post, der Elektricitätswerke u. s. w. zu kämpfen. Da müssen unabweisbare Bestimmungen getroffen werden, damit der Schutz des einen öffentlichen Interesses für die Postverwaltung nicht zum Schaden des anderen öffentlichen Interesses, soweit die Gemeinden in Frage kommen, wird. In dieser Beziehung läßt der § 6 außerordentlich viel zu wünschen übrig. Aber es kommt noch hinzu, daß bei der gegenwärtigen Entwickelung der Elektricitätsindustrie wir ja mit der absoluten Sicherheit zu rechnen haben, daß gerade auf diesem Gebiete immer mehr entsteht. Speciell für Berlin kommt noch hinzu, daß bei der Anlage von immer mehr elektrischen Bahnen, man nach und nach auf die Anlage von Niveaubahnen verzichten muß. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir den unterirdischen Verkehr für Zwecke der Beförderung benutzen und zu einem System von Unterpflasterbahnen übergehen. Dadurch werden also wieder die Leitungen unter dem Pflaster vermehrt und man muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es zum Schutze der Gemeinden, die in dieser Frage doch auch öffentliches Interesse vertreten, durchaus notwendig ist, daß die Reichs-Postverwaltung diese Aufgaben nicht schädigend beeinflussen kann. Der § 6 giebt dazu allerdings jede Möglichkeit. Ich kann z. B. nicht zugeben, daß, wenn heute z. B. die Telegraphenverwaltung irgendwo ein Kabel in die Erde legt und einige Zeit später die Gemeinde dieses Erdreich braucht, um für ihre Zwecke Kabel- oder sonstige Anlagen zu machen, die Gemeinde nur dann diese Anlage machen darf, wenn die Telegraphenkabel an dieser Stelle nicht beeinträchtigt werden. Ich würde es in einem solchen Falle als dem Rechte und der Billigkeit entsprechend betrachten, wenn derjenige den Vorzug in dieser Frage bekommt, dem allerdings durch die Lasten, welche er für die Dinge aufgewandt hat, ein höherer Rechtsanspruch als dem anderen gebührt, und meine Herren, da die Gemeinden zur Straßenunterhaltung verpflichtet sind, so kann man ihnen unmöglich dadurch, daß eine Reichsverwaltung diese Straßen für ihre Zwecke benutzen will, die Last auferlegen, daß ihnen später die Benutzung unmöglich gemacht wird. Das ist schließlich die Konsequenz des § 6 und deswegen ist er uns in der vorgeschlagenen Form unannehmbar.

Aehnlich liegt die Sache beim § 12, welcher auch eine ganze Anzahl von Härten enthält, die, wie ich glaube, beseitigt werden können. Der einfachste Weg wäre der der Expropriation. Dann könnte die Reichs-Postverwaltung die Grundstücke, die sie auf diesem Wege erwirbt, dann noch irgend wie verwenden; denn keine andere Verwaltung kann erworbenes Terrain so gut verwerten wie die Reichs-Postverwaltung. Statt dessen wird aber das Prinzip der Entschädigung verfolgt. Ich glaube jedoch, daß man ein Recht hat zu verlangen, daß die Grundsätze, nach denen seitens der Verwaltung diesen Entschädigungsansprüchen Folge gegeben werden soll, in der Kommission bekannt gegeben werden. Schließlich finde ich hier dasselbe, was ich bei den beiden Vorlagen bereits ausgeführt habe; nämlich, daß sehr bedeutsame, wichtige Bestimmungen wieder dem Bundesrat bezw. dem Reichskanzler überlassen sind. Wenn die Reichs-Postverwaltung auf diesem Gebiete so fortfährt, dann werden unsere Gesetze künftig nur zwei Paragraphen enthalten. Der eine wird das enthalten, was die Reichs-Postverwaltung will, und der zweite wird sagen: die Ausführungen und Bestimmungen über die Art der Handhabung dieses Paragraphen bleibt dem Reichskanzler überlassen. Da kommen wir schließlich zu einer Abdankung des Reichstages, zu einem Verzicht auf die Mitwirkung der Gesetzgebung.

Wenn die von mir angeregten Bedenken, wie ich hoffe, eine Lösung finden, dann, glaube ich, muß man im allgemeinen dem Gesetz zustimmen; denn ein solches Gesetz ist zweifellos notwendig gegenüber der Bedeutung und Entwickelung, die das Telegraphen- und Fernsprechwesen genommen hat. Es ist nur fraglich, ob nicht statt dieses Telegraphen-Wegegesetzes ein Elektricitätsgesetz dem Reichstage hätte vorgelegt werden sollen, um die Frage, die in nächster Zeit in der Industrie eine große, vielleicht die bedeutendste Rolle spielen wird, in genereller Weise zu regeln.

Ich beantrage, auch diesen Gesetzentwurf derselben Kommission zu überweisen, die für die beiden anderen Postgesetze gewählt ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Podbielski**:

Die verbündeten Regierungen haben bereits vor mehreren Jahren in Erwägung gezogen, ob ein Elektricitätsgesetz wünschenswert sei. Man hat aber damals geltend gemacht, daß jedes derartige Gesetz unter den jetzigen Verhältnissen der noch jungen Industrie nur störend wirken kann, weil man noch nicht alle Verhältnisse zu übersehen vermag. Was die Ausführungen des Herrn Vorredners anlangt, so wird er es mir nicht verargen, wenn ich sage, er hat wohl nicht ganz die Materie durchgearbeitet. Was die Ermächtigung des Reichskanzlers betrifft, so vergißt der Abg. Singer, daß der Kreis dieser Ermächtigungen durch das Gesetz gegen den bestehenden Zustand wesentlich eingeschränkt wird. Der § 6 ist ja zweifellos der umstrittenste. Im Interesse der Kommune sagt doch aber der erste Absatz ganz klar: Die Verlegung oder Veränderung einer Telegraphenlinie kann verlangt werden, wenn die Herstellung einer späteren, im öffentlichen Interesse liegenden besonderen Anlage sonst unterbleiben und die Telegraphenlinie anderweit ihrem Zwecke entsprechend untergebracht werden kann. Es ist ja auch gar nicht davon die Rede, daß durch dieses Gesetz der Postverwaltung ein besonderes Recht gegeben wird. Diese ganze Einrichtung liegt doch wesentlich im öffentlichen Interesse und nicht im Interesse der Postverwaltung. Also im öffentlichen Interesse beanspruchen wir die Benutzung der Straßen und Wege. Gerade die Errichtung der Untergrundbahnen in Berlin ist uns sehr willkommen. Wenn wir unter der Erde einen Tunnel haben, dann können wir unsere Kabel oben an die Decke hängen. Die Regierung wird jedenfalls so weit entgegenkommen als möglich ist, und ich hoffe, daß wir in der Kommission zu einer Einigung auch über diesen Gesetzentwurf gelangen werden.

Abg. **v. Waldow und Reitzenstein** (k.):

Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung dieser Materie an. Die Vorlage geht ganz richtig von der Voraussetzung aus, daß die öffentlichen Wege für den Verkehr da sind, daß also im Princip auch die Anlage von Telegraphenleitungen an derselben gestattet sein muß. Nur wird das Princip nicht streng genug durchgeführt. Die Worte „Nach Möglichkeit" kehren in der Vorlage zu oft wieder und ich werde in der Kommission anregen, diese Worte nach Möglichkeit zu beseitigen. (Heiterkeit). Wir nehmen allerdings an, daß die Telegraphenverwaltung den bestehenden Baumpflanzungen überall das größte Wohlwollen entgegenbringen wird.

Staatssekretär **v. Podbielski**

meint, daß man die Worte „nach Möglichkeit" nicht entbehren könne. Sie stehen übrigens bereits im geltenden Telegraphengesetz drinne (Heiterkeit). Auf den Wunsch nach Schonung der Baumpflanzungen wird nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden.

Abg. **Stephan** (C.):

Die öffentlichen Wege sind zum öffentlichen Gebrauch da, man kann also der Telegraphenverwaltung das Recht nicht verwehren, sie ebenso zu benutzen wie andere. Aber die Gemeinden haben doch ein Eigentumsrecht an dem Wegekörper; man kann daher von ihnen, sowie auch von denen, die ihr Recht vom Eigentümer herleiten — Kleinbahnen 2c. — nicht verlangen, daß sie noch besondere Kosten tragen sollen, wenn sie ihr Eigentum benutzen wollen, und das wird gerade im § 6 verlangt. Ich hoffe, daß es in der Kommissionsberatung möglich sein wird, unberechtigte Eingriffe in das Privateigentum zu verhindern.

Direktor im Reichs-Postamt **Sydow**

erklärt, die Verwaltung werde den Eigentümern das größte Wohlwollen entgegenbringen.

Abg. **Hasse** (natl.) beantragt, diese Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.):

Das vorliegende Gesetz stellt kein Enteignungs-, sondern ein Konfiskationsgesetz dar. Im preußischen Landtag würde es eine Verfassungsänderung bedingen. Man soll sich doch nicht zu sehr auf das Wohlwollen verlassen. Redner hätte auch lieber ein allgemeines Elektricitätsgesetz.

Direktor **Sydow** bezeichnet den Ausdruck Konfiskationsgesetz als eine starke Uebertreibung.

Abg. **Siemens** (frs. Vg.) (auf der Tribüne unverständlich) hält die tiefen Eingriffe in das Privateigentumsrecht nicht für gerechtfertigt. Gewiß sei ein Schutz der Schwachstromleitungen gegen die Starkstromleitungen notwendig, aber auf Kosten der Postverwaltung.

Staatssekretär **von Podbielski** erklärt, daß die Straßenbahnen viel unvollkommenere Anlagen als die Telegraphenverwaltung haben, wegen der fehlenden Rückleitung.

Damit schließt die Diskussion; die Vorlage wird an die Postkommission verwiesen. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Fleischschaugesetz, Novelle zur Gewerbe-Ordnung.)

Schluß 8¼ Uhr.

* * *

Der gestrige Reichstagsbericht enthält bei den Ausführungen Liebknechts einige Versehen. Präsident Graf Ballestrem hat nicht Liebknecht aufmerksam gemacht, daß er nur zur Geschäftsordnung das Wort habe, er ist vielmehr den Rufern der Rechten entgegengetreten, die ihm die Leitung der Geschäfte überlassen sollen.

Mordprozeß Guthmann.

Dritter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Boislp werden zunächst einige Zeugen außer der Reihe vernommen.

Ein Zeuge Zimmermann hat seiner Zeit in Plötzensee eine Strafe verbüßt und ist im Untersuchungsarrest mit dem Angeklagten zusammen gewesen. Im Gespräch soll der Angeklagte, wie der Zeuge bekundet, sich dahin geäußert: Wenn die Frauenspersonen, mit denen er verkehre, ihm nicht genug Geld geben, dann verhaue er sie und wenn sie ihn anzeigen, dann würde er ihnen den Hals umdrehen. Der Zeuge kann sich der Worte aber nicht mehr genau erinnern.

Zeugin Helene Imlau hat seiner Zeit bei der Frau Gottschalk gewohnt, wo auch die Singer wohnte. Sie hat von einem anderen Mädchen gehört, daß die Singer von „ihrem Hugo" gesprochen und hinzugesetzt, daß sie vor diesem Angst habe. Ende April oder Anfang Mai hat die Zeugin die Singer einmal mit einem Marne gesehen, der im allgemeinen eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Angeklagten hatte, aber einen Radfahranzug trug. Die Singer sei im Besitze der Photographie eines Mannes im Radfahranzuge gewesen, die auf ihrem Vertikow stand. Der Zeugin wird eine Photographie eines Radfahrers vorgezeigt, die einen Zeugen Mill darstellt; dieser wird der Zeugin auch persönlich vorgestellt, sie erklärt aber, daß dies der Mann nicht sei. Der Zeuge Mill hat, wie hier eingeschaltet sein mag, auch kurze Zeit mit der Singer verkehrt. — Daß ein Verdacht der Thäterschaft auf diesem nicht ruhen kann, geht aus dem Zeugnis des Zeugen Pichel hervor. Dieser ist gleich am zweiten Tage nach dem Morde vernommen worden und hat sofort den Nachweis führen können, daß Mill in der Mordnacht sich in seiner (des Zeugen) Wohnung befunden habe.

Der Präsident kommt sodann nochmals auf die gestrige Beweisaufnahme zurück.

„Die kenne ich."

Frau Schilling aus Frankfurt a. O. ergänzt ihre gestrigen Bekundungen dahin: Als die Zeitung mit der Nachricht von der Mordthat in Frankfurt a. O. eintraf und ihre Tochter den Bericht vorlas, sei Guthmann gerade eingetreten und habe gefragt, was denn los sei. Auf die Antwort, daß in Berlin schon wieder ein Mord passirt sei, habe er gefragt, wie denn die Frauensperson heiße und als der Name Singer genannt worden, habe er gesagt: Die kenne ich! — Präs.: Nun, Angeklagter, ist das wahr? — Angekl.: Nein, das ist nicht wahr! Als mir gesagt wurde, daß ein Mord passiert sei, habe ich geantwortet: Das ist ja nun bald nichts Neues mehr, das kommt in Berlin öfter vor, daß Prostituirte ermordet werden! — Zeugin: Nein, er hat gesagt, er kenne sie!

Zeugin Anna Schilling bestätigt diese Mitteilungen. Sie habe den Angeklagten noch gefragt, was denn die Singer für ein Mädchen sei; er habe darauf geantwortet: „Ach, sie schneidert so!", habe sein Bier rasch ausgetrunken und sich entfernt. — Präs.: Nun, Guthmann? — Angekl.: Daß das ein Irrtum von der Zeugin ist, geht doch schon aus dem angeblichen Zusatz „sie schneidert so", hervor, denn die Singer hat doch gar nicht geschneidert.

Staatsanw. Blaschke (zur Zeugin Anna Schilling): Haben Sie vielleicht im Mai Ihren Geburtstag? — Zeugin: Ja, am 11. Mai. — Staatsanw.: Ist da vielleicht auch Kuchen gebacken worden? — Zeugin: Ja, mein Geburtstag fiel aber auf einen Mittwoch.

R.-A. Dr. Schwindt findet es doch auffallend, daß die Zeuginnen Schilling, Mutter und Tochter, den von ihnen jetzt nachträglich bekundeten Umstand bei ihren früheren Vernehmungen mit keiner Silbe erwähnt haben. Die Zeuginnen erklären, daß sie sich erst nachträglich darauf besonnen haben. Sie haben sich gestern nach der Sitzung an den Kriminal-Kommissar Braun gewandt und ihm gesagt, daß sie bei ihrer Aussage etwas vergessen hätten, was sie nachholen möchten.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten auf die entfernte Möglichkeit aufmerksam, daß man von Berlin aus vielleicht unter Benutzung eines in der Nacht fahrenden Güterzuges nach Frankfurt a. O. kommen könne, oder auch, indem man nach Fürstenwalde fahre und von dort nach Frankfurt laufe. Rechtsanwalt Schwindt behält sich Anträge vor.

Eine alsdann vernommene Kellnerin, die bei Günther in Frankfurt a. O. thätig war, kann das Alibi des Angeklagten nicht bezeugen, ebenso wenig der als Zeuge herbeicitierte Geschäftsführer des Wiener Cafés in Frankfurt a. O.

Zwei Angestellte der Firma Herzberg u. Baresel, Julius Caro und Weidlich, bestätigen die gestrigen Aussagen ihrer Chefs. Sie wissen ganz bestimmt, daß der Angeklagte am Montag nach Pfingsten nicht im Geschäft zur Empfangnahme von Arbeit war, sondern erst am Dienstag erschien und erzählte, daß er in Berlin gewesen sei und sich gut amüsiert habe. — Der Angeklagte bestreitet nochmals, von Berlin gesprochen zu haben. Er habe nur gesagt, er habe eine schöne Fahrt gemacht.

Der Kriminalpolizist als Psychiater.

Kriminal-Inspektor Braun greift eine gestrige Bemerkung des Vorsitzenden auf und will aus seiner Praxis einen Fall bekunden, der beweist, daß thatsächlich Leute durch eine Art Suggestion sich fest einbilden, daß irgend welche Dinge in einer bestimmten Form sich abgespielt haben, die sich in der That ganz anders abspielten. (Dies hat Bezug auf die Behauptung der Zeugen Schilling, daß der Angeklagte bestimmt am Sonntag den 6. Juni bei ihnen gewesen sei.) — Rechtsanwalt Dr. Schwindt widerspricht entschieden dieser Bekundung, da es sich hier um Dinge handele, über die event. ein Psychiater, aber nicht ein Kriminalkommissar zu vernehmen sei. — Nach längerer Replik und Duplik zwischen Staatsanwalt und Verteidiger beschließt der Gerichtshof, die hierauf bezüglichen Bekundungen des Zeugen entgegen zu nehmen. Anträge werden hieran nicht geknüpft.

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Der Vorsitzende schreitet nun zur Vernehmung der Leumundszeugen, die das Vorleben des Angeklagten illustrieren sollen.

Staatsanwalt: Bei diesem Teile der Verhandlungen wird das Verhältniß der Zuhälter zu den Dirnen, der Dirnen untereinander 2c. zur Sprache gebracht werden und dabei Dinge berührt werden müssen, die die öffentliche Sittlichkeit gefährden. Ich beantrage deshalb für diesen Teil den Ausschluß der Oeffentlichkeit, zumal sich die Presse der Verhandlungen nicht nur in extenso bemächtigt hat, sondern die Berichte auch mit Bildern illustriert.

Der Gerichtshof beschließt hierauf, die Oeffentlichkeit bis auf weiteres — auch für die Vertreter der Presse — auszuschließen.

In der mehrstündigen Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurden die zahlreichen Zeugen vernommen, die in dem „dunklen Berlin" ihre Thätigkeit entwickeln und über das Vorleben des Angeklagten, das Treiben der Bertha Singer usw. Auskunft geben. Unter den männlichen Zeugen dieser Kategorie befinden sich mehrere, die zeitweise auch unter dem Verdachte der Thäterschaft gestanden haben.

Photographisches Beweismaterial.

Alsdann wird die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Gerichtschemiker Dr. Jeserich legt den Geschworenen die von ihm angefertigten Photogramme des vom Zeugen Silbernagel dem Gerichte unterbreiteten Abrechnungszettels vor. Auf Grund dieses Zettels hatte bekanntlich der Zeuge mit Bestimmtheit ausgesagt, daß sein Zusammentreffen mit dem Angeklagten im Wiener Café nicht am 4. Juni, sondern am 17. Mai stattgefunden habe. Der Sachverständige Dr. Jeserich hat durch seine Untersuchungen festgestellt, daß auf dem Zettel allerdings eine Veränderung vorgenommen worden ist, die aber materiell eine Aenderung nicht bedeutet. Es habe nämlich ursprünglich gestanden: „Erhalten 1898 3,20 M.", das Wort „Erhalten" ist dann weggewischt und darauf geschrieben 17. Mai 1898 erhalten 3,20 M."

Dr. Jeserich wird hierauf entlassen; da er vom Montag bis Donnerstag bei Mordprozessen in Köln und Hannover als Sachverständiger beteiligt ist, so erklärt er, daß er frühestens am nächsten Freitag wieder zur Verfügung des hiesigen Schwurgerichts stehen kann. Der Staatsanwalt betont, daß er Herrn Dr. Jeserich vor Beginn der Plaidoyers unbedingt zur Stelle haben müsse. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß man wahrscheinlich erst Mittwochabend im günstigsten Falle mit der Beweisaufnahme fertig werden dürfte, da noch etwa 50 der wichtigsten Zeugen und die Schreibsachverständigen zu vernehmen seien. Donnerstag und Freitag müsse er die Verhandlung einer größeren, schon von Leipzig zurückgekommenen Anklagesache wegen betrügerischen Bankrotts einschieben und so würde dann wohl der Sonnabend herankommen, ehe die Schlußverhandlung stattfinden kann.

Wiederausschluß der Oeffentlichkeit.

Ehe in der Beweisaufnahme fortgefahren wird, beantragt Staatsanwalt Blaschke wiederum den Ausschluß der Oeffentlichkeit, da nun erst eine größere Zahl von Zeugen vernommen werden muß, bei denen die Gründe obwalten, die vorher zum Ausschluß der Oeffentlichkeit Veranlassung gegeben haben. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt widerspricht dem Antrage des Staatsanwalts. Er sehe keinen Grund zum Ausschluß der Oeffentlichkeit, da im großen und ganzen doch nichts weiter bewiesen werden soll, als daß der Angeklagte mit verschiedenen Mädchen im Verkehr gestanden hat.

Der Gerichtshof beschließt, die Oeffentlichkeit wiederum bis auf weiteres auszuschließen.

Zu erwähnen ist noch, daß eine wichtige Zeugin, Minna Eckardt, nicht erschienen ist und ein ärztliches Attest eingereicht hat, wonach sie erkrankt sei. Der Gerichtshof beauftragt den Gerichts-Physikus Dr. Störmer, die Zeugin in ihrer Wohnung zu untersuchen, ob sie am Dienstag verhandlungsfähig sein werde. Der Staatsanwalt kann auf diese Zeugin nicht verzichten und giebt anheim, sie eventuell in ihrer Wohnung eidlich vernehmen zu lassen.

Der Ausschluß der Oeffentlichkeit dauert bis zum Schluß der Sonnabend-Sitzung fort.

Lokales.

Die Mitglieder des Wahlvereins VI werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Generalversammlung am 18. April abends 8½ Uhr in Raabes Salon, Kolbergerstr. 23 stattfindet. Mitgliedsbuch legitimiert. Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. In dieser Woche beginnen die Kurse für das II. Quartal 1899 in der Annenstr. 16, 1 Treppe. Montag, den 17. April: Nationalökonomie (Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Arbeiterversicherung in den europäischen Ländern). Vortragender: Schriftsteller Paul Hirsch.

Prozeß Guthmann.

Der wichtigste und kulturgeschichtlich interessanteste Teil des Mordprozesses gegen Guthmann wird unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. All die Momente, die ihn zu einem

Seitenstücke, zu einer Art Wiederholung des Heinzeschen Prozesses machen, werden hinter verschlossenen Thüren erörtert. Die Stellung des Zuhälters zu den Prostituierten, das Verhältnis der Mädchen unter einander, die Rolle, die die Kupplerinnen und Wirtinnen spielen als schmähliche Parasiten und Ausbeuter der Prostitution, all das verträgt nach Ansicht des Staatsanwalts, dem sich der Gerichtshof angeschlossen hat, die öffentliche Besprechung nicht. Die öffentliche Sittlichkeit soll dadurch gefährdet werden. Der Gerichtshof, vor dem sich der Prozeß gegen das Ehepaar Heinze abspielte, hat anders über diesen Punkt gedacht. Da wurde in breitester Oeffentlichkeit verhandelt, und wir haben nicht gehört, daß die socialen Gebrechen sich verschlimmerten, weil sie aufgedeckt wurden. Mit der Sorge um die öffentliche Sittlichkeit ist es ein eigenes Ding: sie wird überall gefördert, überall gehoben, überall geschützt, und es will doch nicht so recht mit ihr vorwärts gehen. Der gräßliche Untergrund der glänzenden bürgerlichen Gesellschaft bleibt bestehen, und die öffentliche Moral gewinnt nichts, wenn ihr der Anblick socialer Scheußlichkeiten auch einmal verhüllt wird.

Im übrigen steht die Verhandlung so ziemlich auf dem alten Fleck. Das gestrige Alibizeugnis der Familie des Frankfurter Gastwirts hat der Anklage offenbar einen gewichtigen Block in den Weg geworfen und sie bemüht sich mit allen Kräften ihn fortzurollen. Dabei wird ein Kriminalinspektor als Psychiater verwandt und der berichtet aus seiner Praxis über Fälle von Autosuggestion. Herr Braun mag ein gewandter Beamter sein, aber er wird nicht beanspruchen können, als Sachverständiger auf diesem dunklen und schwierigen Gebiet zu gelten.

Für Stickerei-Arbeiterinnen

ist ein Briefwechsel von Interesse, der kürzlich zwischen dem „Haupt-Steueramt für ausländische Gegenstände" und den „Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin" geführt worden ist. Einigen hiesigen Firmen ist es seit einer Reihe von Jahren gestattet, inländische baumwollene und leinene Gewebe unter Zollkontrolle zum Besticken nach Madeira auszuführen und demnächst die bestickten Gewebe zollfrei wieder einzuführen. Für die Bewilligung dieses sogenannten „Veredelungsverkehrs" in Madeira-Stickereien war seiner Zeit die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß die Zollvergünstigung dazu beitragen werde, jenem Artikel eine große Bedeutung für das Inland zu verschaffen, was im Interesse der Hebung des inländischen Handels und der inländischen Gewerbethätigkeit zu wünschen sei. Das Haupt-Steueramt hat nun die Aeltesten der Kaufmannschaft um eine Aeußerung darüber ersucht, ob auch jetzt noch ein Bedürfnis für die Fortgewährung des erwähnten Veredelungsverkehrs anzuerkennen sei und ob die Zollvergünstigung noch im Interesse der inländischen Weberei und Weißwarenindustrie liege. „Bei dem großen Angebot weiblicher Arbeitskräfte", heißt es in der Anfrage, „erscheint es höheren Ortes befremdlich, daß es noch nicht möglich gewesen sein sollte, gleich gute Stickereien im Inlande gefertigt zu erhalten, vorausgesetzt, daß sich die Fabrikanten überhaupt darum bemüht haben, inländische Arbeiterinnen hierin zu unterweisen, und daß letzteren durch die voraussichtlich sehr niedrigen Arbeitslöhne auf Madeira eine Konkurrenz nicht überhaupt unmöglich gemacht wird". Die Aeltesten der Kaufmannschaft haben darauf in ihrer Antwort erklärt, daß die Fortgewährung des zollfreien Veredelungsverkehrs für die in Rede stehenden Waren auch jetzt noch im Interesse der inländischen Weißwaren- und Wäsche-Industrie liege, da jede Verteuerung der von ihr verarbeiteten Stoffe Einfluß auf den Absatz ihrer Erzeugnisse ausüben müsse. „Die Auffassung", fährt dann der Antwortschreiber fort, „daß bei dem großen Angebote weiblicher Arbeitskräfte gleich gute Stickereien wie die in Madeira hergestellten im Inlande müßten gefertigt werden können, vorausgesetzt, daß die Fabrikanten sich überhaupt darum bemühten, inländische Arbeiter hierin zu unterweisen, können wir nicht teilen. Trotz aller Mühe ist es bisher nicht gelungen, bei uns Arbeiterinnen auszubilden, welche die feineren Madeirastickereien herstellen können; gröbere werden in einigen Teilen Deutschlands (in Pommern und den Reichslanden) gearbeitet. Die aus Madeira kommenden Stickereien sind jedoch sowohl gleichmäßiger und schöner, als auch wesentlich billiger als die deutschen Erzeugnisse. Mit den dortigen Löhnen, welche durch die billige Lebenshaltung der Arbeiterinnen auf Madeira bedingt sind, werden deutsche Arbeiterinnen nie konkurrieren können. Man wird, falls der Veredelungsverkehr aufhört, sicher die Stickereien aus Madaira weiter einführen, nur werden dieselben durch den Zoll, welcher im Durchschnitt 10 Proz. vom Werthe ausmacht, verteuert dem Konsum zugeführt werden." Die deutschen Stickerei-Arbeiterinnen werden diesen Ausführungen — wohl nicht mit Unrecht — entgegenhalten, daß auch sie es allmählich dahin bringen würden, in der Herstellung feinerer Stickereien besseres zu leisten, falls sie sich nur die Zeit zu der ruhigen und sorgfältigen Arbeit lassen könnten, die dazu erforderlich ist. Sie dürfen sie sich nicht lassen, weil sie dann mit den niedrigen Löhnen, die die Fabrikanten dafür bewilligen wollen, nicht existieren könnten. Wer gut arbeiten will, muß langsam arbeiten, und wer langsam arbeitet, kann bei Stücklohn nicht viel verdienen, — das ist eine alte Geschichte! Es wird ja auch in dem Antwortschreiben der Aeltesten zugegeben — wenn es auch mehr nur zwischen den Zeilen zu lesen ist —, daß die deutschen Arbeiterinnen im Grunde weniger an Geschicklichkeit als an Bedürfnislosigkeit hinter den Arbeiterinnen von Madeira zurückstehen.

Noch etwas von der Berliner Schulnot.

Eine „Musterschule", wie sie selbst in Berlin noch nicht dagewesen sein dürfte, ist zu Beginn des Sommersemesters auf dem Grundstück Elbingerstraße 4 und 5, nahe der Landsberger Allee, eröffnet worden. Auf dem Hinterland dieses Grundstücks wird ein neues Schulgebäude aufgeführt. Da es trotz der milden Witterung des letzten Winters nicht bis zum April fertig werden konnte, so blieb nichts weiter übrig, als auch hier wieder zu dem bekannten Notbehelf zu greifen und die Kinder in Mietsräumen unterzubringen. Zu diesem Zwecke hat der Besitzer des Grundstückes, Steinsetz-Obermeister E. Kuhlbrodt, den Seitenflügel des Wohngebäudes zur Verfügung gestellt. Den Mietern ist bereits im Winter zum 1. April gekündigt worden. Die aus Stube und Küche bestehenden Wohnungen sind dann, sobald sie leer wurden, durch Beseitigung der Zwischenwände in dreifenstrige Klassen verwandelt worden. Die Zimmer sind natürlich erheblich kleiner als die dreifenstrigen Klassen der neuen Gemeindeschulen und haben weniger breite Thüren und Fenster. Sie bieten ein klägliches, aber getreues Abbild der vollständigen Rat- und Hilflosigkeit, in der sich die städtische Schulverwaltung bei diesem Semesteranfang befindet. Man ist nicht einmal überall bis zum Wiederbeginn des Unterrichts mit der Beseitigung der Kochmaschinen fertig geworden. Die Nummern der Klassen sind zunächst mit Kreide an die Thüren geschrieben worden. Die Treppen sind steil, schmal und schon ziemlich ausgetreten; das Haus ist eben eine Mietskaserne gewöhnlichen Schlages. Wehe den Kindern, wenn hier eine Feuersbrunst ausbräche! Das Grundstück beherbergt zugleich eine Molkerei, deren Ställe ihre Düfte zu den Fenstern dieser „Musterschule" emporsenden. Am Sonnabend früh um 8 Uhr wurde gerade Mist geladen, während in etwa 20 Meter Entfernung — nur durch einen niedrigen Schuppen von dem dampfenden Misthaufen getrennt — die Kinder „lustwandelten", d. h. auf dem engen Hofe paarweis im Kreise umhergingen. So bringt die Stadt Berlin die Kinder des Volkes unter! Es heißt, daß diese unerhörten Zustände bis zu den Sommerferien dauern sollen, und wenn man das neue Schulgebäude daraufhin ansieht, dann möchte man in der That annehmen, daß es nicht vor dem 1. Juli fertig wird. Mancher wird hier denken: „Was kann die städtische Verwaltung dafür, wenn die neuen Schulhäuser nicht fertig werden?!" Ja, gewiß kann sie dafür! Wenn sie sich nicht so viele Jahre hindurch immer nur zu den allernotwendigsten Neubauten und immer nur im letzten Augenblick dazu bequemt hätte, dann brauchte sie jetzt nicht auf die Schulhäuser zu warten, wie der Hungrige beim Bäcker auf die warmen Semmeln. Unsere Leser wissen, wie oft wir in den letzten Jahren darauf hingewiesen haben, daß die Zustände schließlich unhaltbar werden müßten, wenn mit der Vermehrung der Schulgebäude in demselben langsamen Tempo fortgefahren würde.

Die Arbeiter der Berliner städtischen Betriebe beschlossen kürzlich in einer stark besuchten Versammlung, beim Magistrat die Wiedereinstellung der beiden Arbeiter zu beantragen, die im Dezember v. J. wegen ihrer organisatorischen Thätigkeit von dem Leiter des VI. städtischen Wasserwerks entlassen worden sind. Der Magistrat hat nun dem Bureau der betreffenden Versammlung die Mitteilung gemacht, daß er die Wiedereinstellung der beiden Arbeiter ablehnen müsse, da sie wegen ihres der Arbeitsordnung zuwiderlaufenden Verhaltens entlassen wären. Außerdem heißt es in dem Schreiben: „Die eingeleitete Untersuchung habe ergeben, daß der Leiter des genannten Wasserwerks, Herr Betriebsingenieur Anklamm, keineswegs dem Koalitions- und Petitionsrecht seiner ihm unterstellten Arbeiter zu nahe getreten sei." Mit diesem Bescheide werden sich, wie man uns von gewerkschaftlicher Seite schreibt, die interessierten Arbeiter nicht zufrieden geben. Einmal ist den Entlassenen sowie auch ihren Arbeitskollegen von Verstößen gegen die Arbeitsordnung, welche sie vor ihrem Austritt aus städtischen Diensten begangen haben sollen, nichts bekannt. Dann aber hat der Betriebsingenieur Anklamm den Gemaßregelten ausdrücklich bei ihrer Entlassung Vorwürfe wegen ihrer agitatorischen Thätigkeit gemacht, woraus geschlossen werden muß, daß Maßregelungen vorliegen. Wenn wirkliche Verstöße gegen die Arbeitsordnung zu der Entlassung der beiden Arbeiter geführt haben, dann hätten wenige Worte — die Nennung der Verstöße gegen die Arbeitsordnung — genügt, um die ganzen Differenzen aus der Welt zu schaffen. Da aber schon Herr Anklamm sich geweigert hat, die direkten Entlassungsgründe anzugeben, und der Magistrat in seinem Bescheide genau dasselbe thut, so werden die Arbeiter nur in ihrer Ueberzeugung bestärkt, daß man keine Verstöße gegen die Arbeitsordnung den Entlassenen nachweisen kann und daß sie lediglich wegen ihrer organisatorischen Thätigkeit aufhören mußten. Verwunderung muß ferner die Art und Weise erregen, wie der Magistrat die Untersuchung geführt hat. Obgleich die Arbeiter in ihrer Eingabe ausdrücklich darum baten, nicht nur Herrn Anklamm, sondern auch die in Frage kommenden Arbeiter zu vernehmen, hat man nur Herrn Anklamm gehört! Kein Arbeiter ist vernommen worden! Eine solche Untersuchungsmethode bietet natürlich nicht die geringste Garantie dafür, daß die fraglichen Vorgänge wirklich den Thatsachen entsprechend festgestellt worden sind.

Die Aufnahme „Auswärtiger" in die städtischen Krankenanstalten ist in Berlin in neuerer Zeit bedeutend erschwert worden, weil hier die Krankenhäuser seit langem nicht einmal für die „Einheimischen" ausreichen. Die Zahl der Auswärtigen in unseren städtischen Krankenhäusern ist denn auch infolge der Aufnahme-Erschwerung in den letzten beiden Jahren 1897/98 und 1896/97 nicht bloß relativ, sondern auch absolut niedriger geworden als im Jahre 1895/96. Bei der engen Wirtschaftsgemeinschaft, die zwischen Berlin und manchen seiner Vororte besteht (während die kommunale Vereinigung noch ein Zukunftstraum ist), wird es sich natürlich niemals völlig vermeiden lassen, daß die Berliner Krankenhäuser auch den Vorortbewohnern, eventuell unter besonderen Bedingungen, zur Verfügung gestellt werden. In einem Hausbesitzerverein hat man sich kürzlich über diesen „Mißbrauch" ereifert. Die Herren wissen wahrscheinlich nicht, daß auch das umgekehrte, die Aufnahme von Berlinern in ein Vorort-Krankenhaus, ziemlich häufig vorkommt, daß sich also auch Berlin dieses „Mißbrauchs" schuldig macht. Das ist eben nach Lage der Sache oft gar nicht zu umgehen. Im Jahre 1897/98 hatten die Berliner städtischen Krankenhäuser (drei Hauptanstalten und eine Hilfsanstalt) unter ihren von außerhalb kommenden Kranken zusammen 290 Charlottenburger, während andrerseits das Charlottenburger Krankenhaus in demselben Zeitraum 117 Berliner aufnahm. Danach waren freilich die Charlottenburger den Berlinern in dem gegeneinander verübten „Mißbrauch" noch ein Stück voraus. Im ganzen waren in Charlottenburg unter 2704 Aufnahmen 400 (= 14,8 Proz.) von außerhalb, während in Berlin unter zusammen 25 402 Aufnahmen 2748 (= 10,8 Proz.) von außerhalb waren. Im ganzen hatte also Charlottenburg verhältnismäßig noch mehr als Berlin unter der Benutzung seines Krankenhauses durch Auswärtige zu „leiden".

Das amtlich festgestellte Wahlergebniß im II. Berliner Reichstags-Wahlkreise gestaltet sich wie folgt: Eingeschriebene Wähler 76 727, abgegebene Stimmen 47 276, davon waren gültig 47 193, ungültig 83; die absolute Majorität beträgt 23 597. Es haben Stimmen erhalten: Fischer 24 320, Kreitling 17 442, Witowski 5207, Graf Pückler 148 Stimmen; zersplittert sind 16 Stimmen. Somit ist Fischer mit einer Mehrheit von 723 Stimmen über die absolute Majorität gewählt worden.

Der Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang, dessen Opfer der bei Kiesel in der Steinmetzstraße beschäftigt gewesene Böttcher Knauer am Dienstag geworden ist, ruft ein Urteil ins Gedächtnis zurück, das der Bericht der württembergischen Fabrik-Inspektion über das Jahr 1898 abgegeben hat. Darin heißt es: „Manche an Transmissionen und bewegten Maschinenteilen vorgekommenen Unfälle, welche gewöhnlich dem Zuwiderhandeln gegen die erlassenen Vorschriften oder der Unachtsamkeit der Betroffenen zugeschrieben werden, lassen sich auf unrichtige Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten zurückführen. Es giebt Arbeitgeber und Werkführer, denen nichts schnell genug gemacht werden kann, die sich gleich aufgeregt zeigen, wenn durch irgend einen Umstand der Betrieb unterbrochen wird. Bricht ein Riemen oder fällt ein solcher ab, so fürchtet sich der eingeschüchterte und dadurch urteilslos gewordene Arbeiter, die Maschine oder gar den ganzen Transmissionsstrang abzustellen, um sich nicht einem wirklichen oder auch nur vermeintlichen Vorwurfe eines aufgeregten Vorgesetzten über Zeitversäumnis, Ungeschicklichkeit oder anderes mehr auszusetzen; der Riemen wird dann bei laufender Transmission zusammengenäht und ebenso aufgelegt. Bei Eintritt eines Unfalles liegt es dann sehr nahe, dem Arbeiter die Schuld beizumessen, weil er gegen die Unfallverhütungs-Vorschrift gehandelt, auch vom Vorgesetzten keinen besonderen Auftrag erhalten hatte, die Verrichtung, durch welche sich der Unfall ereignet hat, auszuführen. Der Gewerbe-Inspektor kam einmal dazu, wie ein altes Ehepaar aus den vorangeführten Gründen in der größten Kopflosigkeit gerade einen schweren Riemen unter den gefahrdrohendsten Verhältnissen auflegen wollte, was nur durch energisches Eingreifen des Beamten verhindert wurde. Häufig werden auch die Rücksichten auf die körperliche und geistige Veranlagung eines Menschen bei Uebertragung einer Arbeit außer acht gelassen."

Es liegt uns fern, zu behaupten, daß die Worte des württembergischen Fabrikinspektors auf die Zustände in der Kieselschen Fabrik zutreffen, aber immerhin ist es zweckmäßig hervorzuheben, daß die Arbeiter dringende Ursache haben, sich die etwaige Anwendung der Hetzpeitsche mit allem Nachdruck zu verbitten gleichviel wo sie in Beschäftigung stehen. Die Pflichten gegen sich selbst und gegen die Familie erfordern solchen Widerstand, der allerdings nur dann geleistet werden kann, wenn man dem Zuchthauskurs zum Trotz einer starken Organisation angehört.

Städtische „Auskunftei". Hiesige Blätter melden: Nachdem der Berliner Anwaltsverein, wie bereits mitgeteilt, die Errichtung eines Rechtsbureaus für unentgeltliche Auskunfts- und Ratserteilung an Unbemittelte abgelehnt hat, wird die Magistratskommission zur Vorberatung der Angelegenheit, betreffend die Einrichtung einer „allgemeinen Auskunftsstelle" am nächsten Montag ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Infolge der ablehnenden Haltung der Berliner Anwaltschaft ist jetzt die Frage mehr in den Vordergrund gerückt, ob die „städtische Auskunftei" ihre Thätigkeit auch auf die unentgeltliche Ratserteilung in Verwaltungs-, Steuer-, Invaliditäts-, Krankenkassen- und ähnlichen Angelegenheiten auszudehnen haben würde.

Die Nichtbestätigung des Parteigenossen Singer als Mitglied der städtischen Schuldeputation wird den von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzten Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die anderweite Wahl eines Mitgliedes der Schuldeputation an Stelle Singers, am nächsten Dienstagnachmittag beschäftigen. In dieser Sitzung beabsichtigt, wie bereits am 27. Januar von uns mitgeteilt worden ist, der Stadtverordnete Dr. Preuß, der dem Ausschusse als Mitglied angehört, den Nachweis zu führen, daß die Regierung, vorliegendenfalles also der Kultusminister, gar nicht berechtigt war, die Bestätigung zu erteilen oder zu versagen, daß vielmehr der Magistrat von Berlin das Bestätigungsrecht kraft eigener Befugnis auszuüben hat.

Ein Postkuriosum — Kuriosum, weil es von zarter, wenn auch allerdings nur scheinbarer, Rücksichtnahme unserer mit Recht so beliebten Postverwaltung zeigt, teilt uns ein Leser mit. Der Einsender legte vor einigen Tagen einen Brief, der circa 200 Gramm wog und nach Charlottenburg bestimmt war, am Schalter eines Berliner Postamtes einem Beamten mit der Frage vor, was er an Porto koste, wobei ihm die gewiß kostbare Antwort, daß der Brief, wenn er dem Beamten zur Frankatur übergeben würde, 20 Pf., wenn er aber direkt in den Briefkasten geworfen würde, nur 10 Pf. kosten würde. Auf die gewiß nicht unberechtigte Frage, woher denn dieser wunderbare Zustand komme, wurde dem Fragesteller die Antwort, man nehme eben auf das Publikum Rücksicht.

Der Vorfall spricht Bände. Die Postverwaltung ist sich der Unmöglichkeit der postalischen Trennung Berlins und seiner Vororte bewußt, schreitet aber nicht dazu, diesem Uebel gründlich abzuhelfen, sondern nimmt den Unerfahrenen ruhig weiter 20 Pf. ab, wo für 10 Pf. dieselbe Arbeit verrichtet würde. Der Vorfall dürfte gerade jetzt, wo große Postdebatten im Reichstage zur Verhandlung stehen, auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein.

Aus dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung teilt das „Berliner Tageblatt" u. a. mit, daß in Berlin-Charlottenburg ein neues Landgericht mit der Bezeichnung Berlin III errichtet werden soll. Amtsgerichte werden errichtet in Berlin-Reinickendorf mit der Bezeichnung Berlin-Wedding, in Berlin-Schöneberg, in Groß-Lichterfelde, in Lichtenberg und in Neu-Weißensee. Diese Neueinteilung ist geeignet, einen heillosen Wirrwarr hervorzurufen, da nicht allein zu jedem der hier genannten Amtsgerichte größere Teile von Berlin geschlagen werden, sondern auch einige der in den Vororten bestehenden Amtsgerichte Stücke von Berlin zugeteilt erhalten sollen. Auch für die Aenderung der Landgerichts-Organisation soll Berlin „aufgeteilt" werden. Vielleicht ist auch dieser Gesetzentwurf eine Etappe auf dem Wege zur Straf-Provinzialisierung der Reichshauptstadt.

Die Koschemann-Affaire will nicht zur Ruhe kommen. Der verurteilte Koschemann, der beharrlich seine Unschuld beteuert, hat, wie ein hiesiges Blatt meldet, vom Zuchthause in Sonnenburg aus abermals gegen sechs in seinem Prozeß als Zeugen aufgetretene Personen die Anzeige wegen Meineids eingereicht. Die Verteidiger des Koschemann, die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Schöps, sind gegenwärtig mit der Bearbeitung des Materials beschäftigt. Auch die Verwandten des Koschemann sind eifrig bestrebt, Material zusammenzutragen, um ein Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen. Zu diesem Zweck befand sich kürzlich ein Verwandter des Verurteilten in Berlin.

Verunglückte Spazierfahrt eines Leutnants. Das „Berl. Tgbl." meldet: Das vor einen Sportwagen gespannte Pferd des Leutnants v. Behr vom Kürassierregiment Graf Wrangel ging in der Bendlerstraße infolge Zerreißens der Leine durch und rannte mit dem Wagen, in welchem der Leutnant v. Behr nebst Gattin und seinem Burschen, einem Gefreiten des Regiments, sich befanden, nach der Tiergartenstraße und in dieser in der Richtung nach dem Kemperplatz zu. Vor dem Hause Bendlerstr. 3 stürzte Leutnant v. Behr aus dem Wagen und zog sich durch den Fall eine Wunde über dem linken Auge zu. In der Tiergartenstraße wurde der Gefreite aus dem Wagen geschleudert und erlitt eine Quetschung des linken Oberschenkels. Frau v. Behr, die sich durch einen Sprung aus dem Wagen in Sicherheit gebracht hatte, kam ohne Verletzung davon.

Der durch die Berliner Kriminalpolizei aufgedeckte Danziger Geldlotterieschwindel gelangte vorgestern vor der Strafkammer zu Neidenburg in Ostpreußen zur Verhandlung. Die Hauptangeschuldigten Lipschütz und Cohn, die in Berlin Tausende von Losen drucken ließen und in Russisch-Polen absetzten, sind entkommen. Der Buchdrucker Salomon aus Sodan wurde zu 14 Tagen Gefängnis, die Kaufleute Alter aus Mlawa und Friedmann aus Berlin zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Buchdruckereibesitzer Dallmer aus Berlin wurde freigesprochen.

Zu der Kasperle-Notiz in der „Deutschen Tageszeitung" erfahren wir nachträglich, daß in einer freisinnigen Wählerversammlung, die am 7. d. M. bei Habel abgehalten worden ist, ein Freisinnskämpe neben anderen socialistentötenden Märchen auch die Geschichte des an die Armendirektion verwiesenen Agitators aufgetischt hat. Von diesem Herrn hat Kasperle die Geschichte aufgeschnappt. Die Strafe, mit dem Helden der „Deutschen Tageszeitung" an einem Strange ziehen zu müssen, ist streng aber gerecht für den Freisinnskämpen.

Auf originelle und geniale Gedanken kommt die „Große Berliner" jedesmal, wenn es gilt, eine vom Publikum geforderte Verbesserung zu hintertreiben. Kürzlich war berichtet worden, daß der Zehnpfennig-Tarif seiner Verwirklichung insoweit näher geführt werden solle, als die Gesellschaft beabsichtige, die Zehnpfennigstrecken jetzt auf 5 Kilometer auszudehnen. Demgegenüber wird jetzt bestimmt erklärt, daß sich diese Neuerung zur Zeit noch ebenso unausführbar erweise, wie die gleichfalls längst in Aussicht genommene Verbilligung der Abonnementskarten, weil eine derartige allgemeine Fahrpreisherabsetzung selbstverständlich wiederum eine ganz bedeutende Verkehrssteigerung zur Folge haben würde! Da sage noch einer, daß die Große Berliner sich nicht ihrer Aufgabe gewachsen fühlt.

Der erste Eseltransport ist auf Veranlassung des Deutschen Tierschutzvereins vorgestern Abend auf dem Schlesischen Bahnhofe in Berlin eingetroffen. Der Transport besteht aus 50 Stuten und Hengsten, die zum Ersatz für Ziehhunde bestimmt sind und sofort zum Verkauf gelangen.

Das Verschwinden von Mutter und Kind, über das wir vor vier Wochen berichteten, ist jetzt durch den Leichenfund an der Luther-Brücke aufgeklärt worden. Die beiden Leichen, die hier an einander gebunden gelandet wurden, sind die 24 Jahre alte Droschkenkutscherfrau Margarete Hockarth geb. Weißkopf und ihres am 18. Dezember 1896 geborenen Sohnes Willy. Frau Hockarth hatte diesen Knaben ihrem Manne in die Ehe mitgebracht; ein anderes Kind, das aus der Ehe hervorging, war gestorben. Die Ehe war höchst unglücklich und Ende August vorigen Jahres trennten sich deshalb die Eheleute. Frau Hockarth gab ihren Knaben einer Frau Berger in der Memelerstraße 49 in Pflege und ging wieder in Dienst. Sie erhielt eine Stellung bei dem Schankwirt Frebe, der damals in der Gneisenaustraße 64 wohnte. Von hier ging sie am 14. v. M. in ihren Sonntagskleidern mit dem Bemerken weg, daß sie zu einer Gerichtsverhandlung um 10 Uhr in Moabit erscheinen müsse, ob als Zeugin oder als Angeklagte, sagte sie nicht. Statt nach Moabit, ging jedoch Frau

Hockarth zu Frau Berger und nahm ihren Knaben mit, um ihn ihrem Manne nach Weißensee zu bringen. Erst um 6 Uhr abends kam Frau Hockarth mit dem Knaben nach Weißensee, fand aber ihren Mann nicht zu Hause. Sie sprach nun kurz mit einem andern Droschkenkutscher aus dem Hause und erklärte ihm, daß niemand sie wiedersehen werde. Ehe sie auf vier Jahre ins Gefängnis gehe, nehme sie sich lieber das Leben. Was es damit auf sich hatte, sagte sie auch hier nicht näher. Wie von anderer Seite behauptet wird, handelt es sich um Ehebruch und Erpressung. Seitdem waren Mutter und Kind verschwunden. Frau Hockarth war vermutlich noch am selben Abend mit dem Knaben in die Spree gegangen.

Der seit einiger Zeit verschwundene geisteskranke Schuhmacher Julius Adamek ist bei Köpenick als Leiche aus dem Wasser gezogen worden. Sehr wahrscheinlich ist er das Opfer eines Unglücksfalles geworden.

Falschmünzer. Einen guten Fang machte vorgestern die Berliner Kriminalpolizei, indem sie einen gewissen Samuel Kewicz aus Budapest verhaftete. So unansehnlich der Mensch mit seinem lahmen Bein aussieht, so hat er doch die „Ehre", das Haupt einer internationalen Falschmünzerbande zu sein, die nicht nur östreichische Gulden arbeitet, sondern auch deutsche Zweimarkstücke aus Zinn fabriziert. Signalisiert war K. der hiesigen Polizei von Budapest aus schon seit mehreren Wochen, aber erst vorgestern gelang es einem Kriminalbeamten, ihn auf dem Postamt Dorotheenstraße, wo er ein chiffriertes Telegramm nach Budapest aufgeben wollte, in Haft zu nehmen.

Blinder Eifer schadet nur. Aus Aerger darüber, daß er den Schlüssel nicht finden konnte, zerschlug der Arbeiter Otto W. die Glasscheibe der Eingangsthür und zerschnitt sich dabei die Pulsadern und mehrere Sehnen der linken Hand. Infolge des starken Blutverlustes brach er an der Ecke der Oudenarda- und Hennigsdorferstraße bewußtlos zusammen; ein Schutzmann brachte ihn in das Krankenhaus des Paul Gerhard-Stifts.

Straßensperrungen. Die Oberwallstraße zwischen der Jäger- und Französischenstraße wird wegen Umbaues der Geleisanlagen auf dem Kreuzdamm von heute ab und die Landsbergerstraße vom Büschingplatz bis zur Lichtenberger- und Höchstenstraße wegen Umpflasterung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Mit seinem Dienstrevolver erschossen hat sich am Sonnabendmorgen der 39 Jahre alte Kriminalschutzmann August Wernitz aus der Lindowerstr. 25, der seit 18 Jahren im Dienste und zuletzt bei Abteilung A. der Kriminalpolizei, die die Gelegenheitsvergehen und -Verbrechen verfolgt, beschäftigt war. Wernitz war seit einer Reihe von Jahren verheiratet und lebte in unglücklichen Familienverhältnissen. Diese machten ihn so mißmutig, daß er seinen Dienst vernachlässigte. Der ihm vorgesetzte Kommissar machte ihm daher häufige Vorhaltungen, Wernitz aber glaubte, daß man ihm den Dienst zu schwer mache und äußerte schon wiederholt Selbstmordgedanken. Gestern in der siebenten Morgenstunde, als seine Frau in der Küche zu thun hatte, schritt er zur Ausführung des Planes, da er gestern den Dienst wieder antreten sollte, nachdem er seit einiger Zeit eines Nasenleidens wegen dienstfrei gewesen war. Unbekleidet stellte er sich vor den Wandspiegel und tötete sich mit seinem Dienstrevolver durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

Treptow-Sternwarte. Nur noch in diesem Monat ist der Mond in den frühen Abendstunden gut zu sehen. Daher wird dies Gestirn mit dem Treptower Riesenfernrohr während der ganzen Woche von 7—12 Uhr nachts beobachtet. Sonntagnachmittag 3 Uhr spricht Direktor F. S. Archenhold über: „Die Bewohnbarkeit der Welten" und abends 7 Uhr über: „Der Mond im Treptower Riesenfernrohr", unter Vorführung zahlreicher Licht- und Drehbilder.

In Dr. Neumann's Kinder-Poliklinik, Blumenstraße 78, werden am morgigen Montag, abends 8—9 Uhr, die Vorträge mit der Besprechung der Pflege des Kindes fortgesetzt. Zutritt nur für Frauen.

Feuerbericht. Ein Küchenbrand rief die Wehr nach Greifswalderstraße 38, während Köthenerstraße 33 ein Zimmerbrand beseitigt werden mußte. Ein Kellerbrand verursachte ein Ausrücken der Wehr nach Linienstraße 219. Wusterhausenerstraße 12 brannte ein Glaslager. In der Nacht zum Freitag standen auf dem Grundstück Prenzlauerstraße 53/55 einige Pferde in einem Stalle in der Gefahr, zu verbrennen. Der Stallknecht bemerkte jedoch den Ausbruch des Feuers noch rechtzeitig und löschte ihn mit Hilfe von Hausgenossen. Zwei Pferde, die bereits schon angebrannt waren, mußten in tierärztliche Behandlung gegeben werden.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel „Die Ueberfüllung der Aufnahmeklassen" (Nr. 88, 1. Beilage) ist zu lesen: „Gerade im ersten Schuljahre trägt das dazu bei, ein Kind zu verwirren (statt: ruinieren) usw."

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet Montag, den 17. April, abends 8 Uhr, bei E. Obst, Grunewaldstr. 110, statt. (Siehe Annonce.)

Schmargendorf. Am Dienstag, abends 8½ Uhr, findet die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im „Wirtshaus Schmargendorf" statt. U. a.: Neuwahl des Vorstandes.

Zur Lokalfrage. Der Wirt vom „Kaiser Wilhelm-Garten" in Johannisthal empfiehlt auf Plakaten sein Lokal Vereinen und Fabriken, weigert sich aber, seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Genossen wollen dies beachten.

Die Lokalkommission.

Der Arbeiterverein für Pankow und Umgegend hält am Dienstag, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Blaurock, Wollankstraße 113, eine Vereinsversammlung ab. Vortrag des Genossen Sassenbach über: Die französische Revolution. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Sonntag, den 23. d. M., findet eine Partie statt. Abfahrt 7 Uhr 57 Min. vom Bahnhof Pankow-Schönhausen bis Buch, von da zu Fuß.

Der Vorstand.

Köpenick. Am 24. Februar d. J. fand hier im Lokale des Herrn Klein eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete A. Bebel über unsere politische Lage referieren wollte. Der überwachende Polizeiwachtmeister Waldow verlangte, wie das auch schon des öfteren andere Beamte vor ihm gethan, daß die Frauen den Saal verlassen sollten, da sie an politischen Versammlungen nicht teil nehmen dürften. Die Versammlung zählte nahe an 1000 Personen und die Versammelten sahen keinen Grund, dem Verlangen des Beamten nachzukommen. Der Beamte wollte weder vom Vorsitzenden noch vom Reichstags-Abgeordneten Bebel eine Belehrung annehmen und löste die Versammlung auf. Auf eine Beschwerde des hiesigen Vertrauensmannes, der die Versammlung einberufen hatte, kam endlich nach länger als vier Wochen der Bescheid, daß die Auflösung als nicht zu Recht erfolgt und daß der Beamte von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß es sich um eine Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins gehandelt hätte, deswegen hätte er den Frauen den Aufenthalt verboten. Nach den angestellten Ermittelungen habe sich jedoch herausgestellt, daß jene Voraussetzung nicht zutreffend war. Dem betreffenden Beamten seien die erforderlichen Anweisungen gegeben worden.

Wir machen nun unseren Parteigenossen zur Pflicht, auf alle Volksversammlungen die Frauen ganz besonders aufmerksam zu machen, damit sie das Versäumte nachholen. Ob nunmehr zu hoffen ist, daß die Beamten von der irrigen Annahme endlich abkommen werden?

In Weißensee tagt am Montagabend 8 Uhr in Albrechtshof, Parkstraße 13, eine Volksversammlung, in der die Gemeindevertreter Bericht erstatten.

Rixdorf. Dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, daß sich bei den von der Stadt ausgeschriebenen Arbeiten und Lieferungen Magistrats- und Stadtverordneten-Mitglieder nicht beteiligen dürfen, will, wie die „Voss. Ztg." hört, der Magistrat nicht zustimmen und die Angelegenheit an die Stadtverordneten-Versammlung zurückverweisen. Als Hauptgrund der Ablehnung des Magistrats soll hervorgehoben werden, daß zur Zeit der Abstimmung acht Stadtverordnete der ersten und zweiten Klasse, da sie zu Magistratsmitgliedern gewählt worden sind, der Abstimmung sich enthalten mußten. Der Antrag auf Ausschluß der Magistrats- und Stadtverordneten-Mitglieder sei aber nur mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen worden, so daß die acht augenblicklich noch nicht gewählten Stadtverordneten den Ausschlag geben können. Ferner wird vom Magistrat betont, daß die Rixdorfer Arbeiterschaft durch den gefaßten Beschluß Nachteile haben würde. Beispielsweise befindet sich in Rixdorf nur eine Linoleumfabrik, bei der viele Arbeiter thätig sind. Braucht die Stadt nun Linoleum, so muß sie, wenn der Stadtverordneten-Beschluß bestehen bleibt, außerhalb Rixdorfs ihren Bedarf decken, weil ein Mitbesitzer der Linoleumfabrik, Dr. Poppe, Stadtverordneter ist. Aehnlich liege es auch bei anderen Unternehmungen. Auf den Ausgang des so wunderlich motivierten Konflikts darf man gespannt sein. Die Sorge um das Wohl der Arbeiterschaft sollte der Magistrat hier nur dieser allein überlassen. Es giebt sonst für die Behörde andere Gelegenheiten genug, ihre Arbeiterfremdlichkeit zu beweisen.

Die Gemeindevertretung von Britz nahm in ihrer letzten Sitzung die Rechnungslegung für das verflossene Geschäftsjahr entgegen und stellte sodann den Voranschlag für das neue Geschäftsjahr fest. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe im Ordinarium mit 145 000 M. und im Extra-Ordinarium mit 189 000 M. ab. Es sollen erhoben werden: Zur Staats- und Gemeindesteuer 133⅓ Proz., zur Gewerbesteuer 200 Proz., zur Grund- und Gebäudesteuer 292 Proz., in Form einer Grundwertsteuer von 3 ‰ des gemeinen Wertes. Das Extra-Ordinarium weist als Einnahme an aufzunehmenden Kapitalien 189 000 M. auf, welche für Straßenpflasterungen und Ankauf von Aktien der Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahn wieder in Ausgabe gestellt sind.

Weißensee. Zu den vielerlei Projekten, welche darauf abzielen, zwischen den Vororten Berlins und deren weiterer Umgebung bessere Verbindungen herzustellen, gesellt sich in letzterer Zeit noch ein neues hinzu. Die Gas- und Elektricitäts-Gesellschaft zu Bremen plant eine elektrische Bahn zwischen den Orten Pankow und Friedrichshagen herzustellen. Nach dem der hiesigen Gemeindevertretung vorgelegten Plane würde die Bahn die Kaiser Friedrichstraße in Pankow, die Charlottenburgerstraße in Weißensee in ihrer ganzen Ausdehnung berühren, um von hier aus weiter nach Hohenschönhausen, Wilhelmsberg und Lichtenberg usw. sich auszudehnen. Die Gemeindevertretung hat dem geplanten Unternehmen, soweit der Ort in Betracht kommt, seine Zustimmung erteilt. Allem Anschein nach steckt hinter diesem neuen Unternehmen mehr als bloße Projektenmacherei. Umsomehr kann man das annehmen, als hier im Norden Berlins Grunewald und Jungfernhaide nicht in Betracht kommen.

Der hiesige katholische Pfarrer Dr. Stephan versteht es, wie selten einer, sich populär zu machen. In einer an die hiesige Gemeinde-Verwaltung gerichteten Beschwerdeschrift, in der über Zurücksetzung katholischer Schüler in Bezug auf Erhebung von Schulgeldern geklagt wird, spricht der Herr St. davon, „daß die Gemeinde Weißensee noch etwas Anstand besitzen solle." Die Sache selbst, um die es sich handelt, kann man ja ohne weiteres als berechtigt anerkennen. Es fällt uns auch gar nicht ein, als Hüter des Ansehens der hiesigen Gemeinde-Verwaltung aufzutreten. Wohl aber berührt es eigentümlich, daß der Beschwerdeführer, der der Weißenseer Arbeiterschaft so wunderliche Proben seiner Wohlanständigkeit geliefert hat, auf solche Weise seine Befähigung als Splitterrichter demonstriert. Der vorliegende Fall zeigt deutlich, daß das Wort vom Splitter und Balken hier nicht mit Unrecht angewandt werden kann.

Die vor einiger Zeit von der Gemeindevertretung festgesetzte Wochenmarktsordnung hat die Genehmigung des Bezirksausschusses zu Potsdam erhalten; einigen kleineren, durch den § 62 der Kreisordnung von 1872 bedingten Zusätzen und Abänderungen wurde zugestimmt. — Solche Mitglieder der hiesigen freiwilligen Feuerwehr, welche ihr 15 Jahre angehört haben, sollen eine „Auszeichnung" in Form einer Schnalle erhalten. Welch ein Stolz für diejenigen Gemeindemitglieder, die 15 Jahre lang unentgeltlich im Dienste der Allgemeinheit thätig sein durften!

Johannisthal. Nachdem die Gemeinde bereits zu Beginn des Jahres mit der Biersteuer in Höhe von 1 M. für jeden Hektoliter beglückt worden ist, hat man nunmehr die Gemeinde-Abgaben von 140 auf 150 Proz. erhöht und die Steuerzahler um eine, ja teilweise um einige Stufen höher angesetzt. Unser Gemeindevorsteher, der bisher 6 M. gezahlt hat, soll jetzt 21 M. blechen, obgleich sich seine Verhältnisse um nichts geändert haben. Angesichts solcher Geldkalamitäten fragen sich die Einwohner des Ortes, ob man die 100 M., die für die Oppen-Stiftung hergegeben wurden, nicht hätte nützlicher verwenden können.

Reinickendorf. In dem Neubau der Schwartzkopff'schen Schraubenfabrik gegenüber dem Amtshause hierselbst entstand am 8. November v. J. ein erhebliches Schadenfeuer. Die im Gebäude festgestellten Beschädigungen begründeten einen Feuerschaden-Anspruch in Höhe von 700 M. Der Brand war in einem Keller entstanden, in welchem Aetherlampen gefüllt wurden. Als Urheber des Brandes ward der 24jährige Arbeiter Joseph Dixon aus Neu-Weißensee wegen fahrlässiger Brandstiftung verantwortlich gemacht. Dixon hatte den Auftrag erhalten, die Aetherlampen zu füllen und anzuzünden. Er füllte auch eine brennende Lampe und goß dabei etwas von dem Leuchtstoffe über. Sofort schlugen die hellen Flammen im Keller empor und setzten ihn vollständig in Brand, so daß er mit seinem ganzen Inhalt ausbrannte. Vor der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts II bestritt der Angeklagte, daß er fahrlässig gehandelt habe; es sei stets üblich gewesen, in derselben Weise, wie er es ausführte, die Aetherlampen, auch wenn sie brannten, zu füllen; ein Verbot, nicht in der Weise das Vollfüllen der Lampen auszuführen, sei nicht ergangen. Dem Ergebnis der Beweisaufnahme folgend, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung.

Köpenick. Am Dienstag findet im Stippekohlschen Lokale eine Versammlung des Arbeitervereins statt, in welcher Herr Gedicke über die Pflege der Zähne und des Mundes sprechen wird. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich und pünktlich um 8 Uhr einzufinden.

Der Vorstand.

Ein reizender konfessioneller Hader ist in Nauen ausgebrochen. Vorige Woche verschwand dort plötzlich eine evangelische Konfirmandin am Einsegnungstage. Man fand sie im katholischen St. Afraftift wieder. Das Kind hatte eine katholische Mutter gehabt und war urplötzlich zur alleinseligmachenden Kirche „bekehrt" worden. Darob erklärlicher Zorn bei den Evangelischen in Nauen. In einer öffentlichen Erklärung beklagt sich jetzt der evangelische Geistliche zu Markau bei Nauen darüber, daß von katholischer Seite Zwietracht gesät werde, besonders seitdem der Pfarrer Kayser in Nauen amtiere. Zum Beweise dafür erwähnt er folgenden Fall: „Ich hatte 1897 in meiner evangelischen Schule einen Knaben, von dessen Eltern der Vater evangelisch, die Mutter katholisch ist; der Knabe hatte stets die evangelische Volksschule, sowie 1½ Jahr den evangelischen Konfirmandenunterricht besucht; da kam der Herr Pfarrer Kayser in diese Familie, er versprach einen Einsegnungsanzug und freie Kost in Nauen für den Knaben, wenn man ihn uns nehmen und ihm geben würde; und obgleich der Knabe ganz und gar widerstrebte, und auch die katholische Mutter entschieden dagegen war, stach das Versprechen zu sehr in die Augen der armen Leute, und der Knabe wurde ein halbes Jahr vor der Einsegnung aus der evangelischen Schule und dem Konfirmandenunterricht herausgenommen und der katholischen Kirche überwiesen. Ich kann mit Zeugen und noch mit anderen ähnlichen Fällen aufwarten."

Solche Proselytenmacherei muß dem Christentum beider feindlichen Richtungen außerordentlich förderlich sein.

Marktpreise von Berlin am 14. April 1899

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	D.-Ctr.	15,90	14,80	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,20
*)Roggen	„	14,40	13,50	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
*)Futter-Gerste	„	13,20	12,60	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,40	14,90	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,80	14,20	Eier, 60 Stück		3,60	2,40
„ gering	„	14,10	13,60	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
Richtstroh	„	4,—	3,50	Aale	„	3,—	1,80
Heu	„	6,80	4,40	Zander	„	2,60	1,—
†)Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	2,—	1,20
†)Speisebohnen	„	50,—	25,—	Barsche	„	1,60	0,80
†)Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	„	6,—	4,—	Aale	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse per Schock		12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Auf dem Produktenmarkt am 15. April machten sich größere Deckungskäufe bemerkbar, worauf Weizen ¼—¾ M., Roggen ¼ M. anzogen und somit wie gestern schließen. Hafer konnte sich behaupten. Mais besser und etwa ½ M. anziehend. Rüböl blieb unverändert still. Die Tendenz des Spiritusmarktes blieb fest und fand namentlich an der geringen Zufuhr einen Stützpunkt. Angeboten waren 73 000 Liter 70er Ware, die mit 40,20 M. (+ 0,20 M.) Käufer fanden. 50er Ware nicht zugeführt. Für Mai-Spiritus machte sich rege Kauflust geltend. — Kartoffelfabrikate. Berlin, 15. April. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. 10,30 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20,— M., do. Supra 20,50 M., do. Sekunda 16,— bis 18,50 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20,— M., do. Supra 20,50 M., do. Sekunda 16,— bis 18,50 M.

Schlachtviehmarkt am Sonnabend. Zum Verkauf standen: 4663 Rinder, 1243 Kälber, 8525 Schafe, 8261 Schweine. Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab und hinterläßt etwas Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig, es wird wohl ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird nicht ganz geräumt, fette Ware war vernachlässigt.

Vermischtes.

In Gremersdorf bei Grimmen (Pommern) brannte der Viehstall eines Hofbesitzers nieder. Bei dem Brande kamen vier Menschen ums Leben; auch vieles Vieh verbrannte. Man vermutet Brandstiftung.

Eisenbahnunglück. Aus Bamberg wird berichtet: Freitag abend 6 Uhr entgleiste der Schnellzug Nr. 36, von Bamberg nach Schweinfurt fahrend, vor der Station Schonungen. Maschine und Dienstwagen wurden zur Seite geschleudert. Lokomotivführer und Heizer sind ziemlich schwer, einige Passagiere leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Aus Halberstadt wird amtlich gemeldet: Sonnabend Nacht entgleisten auf bisher unaufgeklärte Weise die beiden letzten Wagen aus dem Schnellzuge Aachen-Berlin beim Einfahren in Station Heudeber. Personen sind nicht verletzt. Beschädigungen an Wagen und Geleisanlagen nicht erheblich. Untersuchung ist eingeleitet.

Infolge vorzeitiger Explosion von Sprengmitteln auf der Königin Luise-Grube (Ostfeld) Zabrze wurden zwei Bergleute getötet, zwei schwer verletzt.

Klaus Groth, der am 22. April seinen 80. Geburtstag feiernde niederdeutsche Dichter und Gelehrte, wurde von dem Magistrat und den Stadtverordneten zu Kiel zum Ehrenbürger der Stadt Kiel ernannt.

In dem Prozeß gegen Aufsichtsratsmitglieder der Ballenstedter Spar- und Vorschußkasse ist vorgestern in Bernburg das Urteil gefällt worden. Angeklagter Grosse wurde zu 2½ Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von einem Jahr auf die Untersuchungshaft, und 90 M. Geldstrafe verurteilt, Wittekopf zu sechs Monaten Gefängnis und 30 M. Geldstrafe, Hirsch zu drei Monaten Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Repertoire.	Sonntag 16.	Montag 17.	Dienstag 18.	Mittwoch 19.	Donnerstag 20.	Freitag 21.	Sonnabend 22.	Sonntag 23.
Königl. Opernhaus	Waffenschmied. Vergißmeinnicht	Mignon.	Mudarra.	Ein Maskenball. Vergißmeinnicht.	Prophet.	Mudarra.	Undine.	—
Königl. Schauspielh.	Julius Cäsar.	Herodes und Mariamne.	Journalisten.	Julius Cäsar.	Herodes und Mariamne.	Wilhelm Tell.	Das fünfte Rad.	—
Deutsches Theater	Hans Mutterherz.	Cyrano von Bergerac.	Hans Mutterherz.	Fuhrmann Henschel.	Hans Mutterherz.	Morituri.	Hans Mutterherz.	—
Lessing-Theater	Lumpen.	Im weißen Rößl.	Lumpen.	Lumpen.	Im weißen Rößl.	Liebestränme. Erziehung z. Ehe	Lumpen.	—
Berliner Theater	Platz den Frauen.	Faust. (I. Teil.)	Zaza.	Das Erbe.	Platz den Frauen.	Kain.	Platz den Frauen.	—
Neues Theater	Liebesheirat.	Liebesheirat.	Hofgunst.	Hofgunst.	Liebesheirat.	Hofgunst.	Hofgunst.	—
Theater des Westens	Cavalleria. Waffenschmied.	Troubadour.	Traviata. (Fohlstrom.)	Undine.	Barbier von Sevilla.	Wildschütz.	Lucia von Lammermoor.	—
Belle-Alliance Theater	Drei Paar Schuhe.	Fremd.	Drei Paar Schuhe.	Fremd.	Rosa Dominos.	Drei Paar Schuhe.	Rosa Dominos.	—
Schiller-Theater	Ehrliche Arbeit.	Große Glocke.	Mann im Monde.	Mann im Monde.	Mann im Monde.	Große Glocke.	Mann im Monde.	—
Luisen-Theater.	Feuer.	Nach berühmten Mustern.	Goldener Cylinder.	Feuer.	Feuer.	Feuer.	Feuer.	—

Unveränderties Repertoire. Residenz-Theater: Einsiedler, Schlafwagen-Kontrolleur. — Metropol-Theater: Chand d'habits. Eiserne Jungfrau. — Central-Theater: Emil amüsiert sich. — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Fuhrmann Henschel. — Alexanderplatz-Theater: Lebemänner. — Ostend-Theater: Bulgaria.

Neues Königl. Opern-Theater (Kroll). Sonntag, 16. April: Das fünfte Rad.

Nachmittags-Vorstellungen. Sonntag, 16. April: Deutsches Theater: Johannes. — Lessing-Theater: Jüdin von Toledo. — Berliner Theater: Iphigenie. — Residenz-Theater: Rose Riedel. — Neues Theater: Tartuffe. — Theater des Westens: Undine. — Belle-Alliance-Theater: Goldbauer. — Schiller-Theater: Romeo und Julia. — Central-Theater: Gadparone. — Luisen-Theater: Hüttenbesitzer. — Alexanderplatz-Theater: Hänsel und Gretel. — Ostend-Theater: Preciosa.

Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstr. 132/33. Versand-Abteilung Proben und Preislisten portofrei. **Rosenthalerstr. 27/29, 54/55. Oranienstr. 53/54.**

Putz- und Weißwaren, Damen-Handschuhe.

Garnierbänder Meter 1,35, 1,75, 2,25 Mk.
Farbige Ripsbänder Meter 25, 40, 50, 75 Pf.
Farbige Moirébänder Meter 28, 45, 60, 80 Pf.
Farbige Atlasbänder Meter 10, 15, 22, 30, 48, 70 Pf.
Poudretülle Meter 20, 45, 65, 75 Pf.
Gitterschleier Meter 35, 45, 60, 75, 95 Pf., 1,25 Mk.
Fantasiefedern, Reiher- u. Straussfedern in grosser Auswahl.
Veilchen, Dutzend 4, 18, 25, 35 Pf.
Rosen, Stück 12, 15, 30, 45 Pf.
Mohn, Stück 95 Pf., 1,35, 1,75 Mk.

Damenschleifen aus Seidenmull mit Bändchen 65 Pf.
Damenschleifen aus Chiffon mit Seidenbändchen 90 Pf.
Chiffon-Jabots mit gestickter Spitze 1,50 Mk.
Bügelschleifen aus schottischer Seide 90 Pf.
Bügelschleifen aus halbseidenem Rips 70 Pf.
Regattes aus Atlas mit Bandgarnitur 3,– und 3,75 Mk.
Selbstbinder aus halbseidenem Rips 1,– Mk.
Nackenrüschen aus Tüll-Spitze 25, 48, 60 Pf.

Englisch garnierte Damen-Hüte
1,25, 1,90, 2,25, 2,95, 3,25, 3,65 Mk.

Zwirn, farbig, weiss, mit Ausstattung 18 Pf.
Flor, Rundgewebe, farbig 60 Pf.
Flor-Zwirn mit 3 Druckknöpfen 1,10 Mk.
Halbseide, farbig, schwarz, weiss, silbergrau 65 Pf.
Seide, farbig und schwarz 1,15, 1,65, 2,45 Mk.
Glacé, silbergrau und farbig, 4 Knopf 1,35 Mk.
Glacé, silbergrau, farbig und schwarz 1,90 Mk.
Glacé, farbig, mit Druckverschluss 1,65, 2,50 Mk.
Schwedisch, farbig 1,90 2,90 Mk.
Ziegenleder, farbig, weiss und schwarz 2,75 Mk.

Die Frühjahrs- und Ausstattungs-Preisliste wird kostenfrei zugesandt.

Geschäftsgrundsatz: Grosser Umsatz, kleiner Nutzen.

Herren- und Knaben-Bekleidung
J. Brick, Thurmstr. 33.
Beste Bezugsquelle [1506L*
für Herren- und Knaben-Bekleidung
zu billigsten Preisen.
Anfertigung nach Mass unt. persönlicher Leitung.
Eigene Fabrikation.

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

„Anker"
Reederei-Gesellschaft.
Stadtcomptoir jetzt:
Alexanderstrasse 28a
(auch Sonnt. von 10–3 geöffn.)
Vermietung eleganter Salondampfer an Vereine und Gesellschaften.

Bäckerei H. Rost,
Neanderstr. 30.
Empfehle meine Backware u. Kuchen, Brot von reinem Roggen. Grösst. Lief. zu coulantesten Bedingungen. Sende Brot u. Backware frei ins Haus. *

Möbel

Kleiderspinden, einfach, v. 20 M. an, fournirt v. 36, Wäschespinden v. 30, Schlafsophas v. 30, Wohnzimmersopha v. 25, Pantelsophas v. 60, Plüschgarnituren i. all. Farb. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Ruhebetten mit Decke v. 33, Marmortoiletten v. 25, Kommoden, Ausziehtische von 16, Sophatische, Küchenspinden von 15, Rohrstühle v. 2½, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerdilligst. Vollständige Einrichtungen, besonders preiswert, transportfrei. — 1501L*

Möbel auf Theilzahlung.
unter Garantie, unter solidesten Bedingungen. **Schier,** Möbelfabrik, **Neanderstrasse 13.**

Kur-Bad Meyers-Hof.
Neu eröffnet! 72/8*
Lohtannin-, Dampf-, Heissluft-, Soolbäder, usw. Bäd. f. Krankenkassen. **Ackerstr. 132. Carl Richter.**

Jul. Michow
Berlin SW. 61
Friedrichstr. 6
ganz nahe Belle-Alliance-Platz.
Goldene Medaille und Staatspreis für hervorragende Leistungen in der Kanarienzucht, der ff. Harzer Hohl- und Klingelroller. **Lieder pfeifende Dompfaffen,** Papageien, in- u. ausländische Vögel. Hecksauer von 1,50 M. an, sowie alle Arten Käfige, Ständer u. Utensilien für Vögel. Specialität: Bestes doppelt gereinigtes Vogelfutter, Weichfutter für Insektenfresser. Ausstopfen aller Tiere.

Fahrräder erstklassige Marken, **Nähmaschinen** aller Systeme. Billigste Bezugsquelle (auch Teilzlg.) Abonnenten d. Blattes 5 Proz. Rabatt.
Lau & Co., Gräfestraße 2.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter **Inventur** gelangen größere Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Fertige Wäsche!
zu **sehr billigen Preisen** zum 14119*
Ausverkauf!!

Allerlei Anzeigen.

Seifengeschäft, nachweislich gangbar, dicht bewohnte Gegend, Cigarren, bester Nebenartikel, Erst. sich., schön. Wohn., f. nur 1600 M. verkäuflich. „Vorwärts", Postamt 33.

Ein Schanklokal
mit voller Konzession ist wegen andrer Unternehmung preiswert z. verkaufen. Näheres Invalidenstr. 10 im Lokal od. Fischerstr. 26/27 b. Ballwei. [26955b

Eck-Destillation, 2721b
gangbare, billig zu verkaufen
Auguenstr. 2. Cigarrengeschäft.

Grünkramgeschäft
weg. anderweitigen Unternehmens sehr billig zu verkaufen Fürstenstr. 2. 26996

Destillation
gutgehend, mitte der Stadt, ist wegen Krankheit sofort zu verkaufen. [2595b
Näheres in der Expedition.

Kinderwagenräder Pallisadenstr. 101.

Zusammensetzer-Werkzeug, gebraucht, zu kauf. gef. Meyer, Waldemarstr. 3.

Singermaschine, Langschiff, fast neu, verk. Skalitzerstr. 12, Milchladen.

Halbrenner, Bäcker, Frankfurterstr. 108

Rover, Tandem,
wenig gebraucht, spottbillig 2729b
Karras, Langestr. 17.

Adler-Fahrrad, 80 M., verk. umständehalber Skalitzerstr. 104, Seitenfl. I.

Fahrrad, [2730b
gut erhalten, verkauft billig
Ehrenstein, Ritterstr. 30.

Halbrenner,
Gelegenheitskauf, billig verkäuflich, Kl. Andreasstr. 10, Ganger. 2710b

Herrenrad, leichtes, 85 Mark. Grundke, Langestr. 3, p.

Kanarienh. z. verk. Rühl, Mariannenstraße 19. 2740b

Drossel, zahm, Staar, spricht, pfeift Beteranenstr. 8, Aufgang E., **Boyer.**

Kanarienhähne u. Weibchen zur Hecke verk. Beisert, Havelbergerstr. 3, v. IV.

Harzer Kanarienroller, Zuchtweibchen, billig, Kubisch, Markusstr. 26.

Kanarien-Heckpärch. m. Bauer, verschiedene andere Bauer, Gesangspinde v. Baumgardt, Michaelkirchstr. 5, IV l.

Echt Harz. Kanarien, Vorst. u. gute Mittelvögel, alle Art. j. u. sprechende Papageien Kommandantenstr. 52, Rest.

Vermiethungen.

Zimmer.

Zimmer, möbl., f. anständ. Herrn Oranienstr. 197, III l. [2735b

Möbl. Zimm. f. 1 H., sep. J. Witt, Elisabeth-Ufer 5/6, Quergeb. 3 Tr.

Möbl. Zimmer, Gartend., Michaelskirchstr. 41, H. r. 2. Aufg. Martini 9 M.

E. freundl. Zimmer f. 1 Herrn Britzerstraße 42 v. 1 Tr. l. bei Otto. 2715b

Schlafstellen.

B. Schlafst. f. 2 H., sep., Naunynstraße 90, v. 4 Tr. Wwe. Linke. [2754b

Schlafstelle für Herren Gräfestr. 93, v. 4 Tr. Wwe. Siebert. 2756b

Möbl. Schlafst. f. H., sep. Eing. (7 M.) Fürstenstr. 15, Hof 3 Tr., bei Grönke.

Möbl. Schlafstelle an 1 oder 2 Genossen zu vermieten. Eing. separat. Rogatt, Gartenstr. 44, v. 2 Tr.

Möbl. Schlafst. f. Herrn. Manteuffelstraße 51, vorn 1 Tr. rechts. [2751b

Schlafst. zu verm. Manteuffelstr. 60, vorn 2 Tr., l. Aufg., Noack. [2750b

Fr. möbl. Zimm., 1–2 H., Reichenbergerstr. 145/146, l. Aufg., v. IV. r.

Schlafst. f. Herrn, Flur-Eing., bei Hauer, Wasserthorstr. 59, 4 Tr. vorn.

Möbl. Schlafst. Wienerstr. 68, v. 3 Tr., Hemke. 2747b

Frdl. Schlafst. zu verm. Admiralstraße 40, H. 2 Tr. b. Kuhnert. [2723b

Möbl. Schlafst. f. 2 anständ. Herrn, Fr. Dünnebier, Waldemarstr. 64, v. III.

Möbl. Schlafst. bill. Skalitzerstr. 70, Hof 3 Tr. r. bei Sostmann. [2733b

Möbl. Schlafstelle zu verm. Frau Liedke, Schmidstr. 10. [2738b

Möblierte Schlafstelle
z. verm. b. Gabler, Skalitzerstr. 21, v. IV.

Schlafstelle für einen Herrn bei Witwe **Bohle,** Prinzenstr. 80, H. IV.

Frdl. möbl. Schlafst. zu verm. Neue Grünstr. 23, H. II, b. Haebringt. [2718b

Frdl. möbl. Schlafst. f. H., s. od. spät., b. anst. Ww. Porksstr. 63, Seitl. 4 Tr. r.

Frdl. Schlafst. f. anst. Hrn. b. Repke, Lausitzerplatz 17, vorn 4 Tr. 2713b

Gute Schlafst. f. jung. Mann Königstraße 64, 4 Tr. 2712b

Prinzenstr. 105 v. 4 Tr. b. Ende m. Schlf.

Arbeitsmarkt.

Achtung. Holzarbeiter!
Bei **Elsholz, Krautstr. 52,** stehen die Kollegen im Streik.
Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Drechsler!
In der Bildhauerei von R. Wolff, Fehrbellinerstraße 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14
Zuzug fernhalten.

Achtung! Stockarbeiter.
In der Stockfabrik von **Julius u. Hermann Gembicky,** Alexandrinenstraße 22, haben sämtliche Celluloidarbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie sich nicht gefallen ließen, daß ein Hausarbeiter, welcher früher den Streik gebrochen, als Preisdrücker benutzt wird.
Zuzug fernhalten!
175/19 **Der Vorstand.**

Stellengesuche.

Suche f. m. Sohn Lehrstelle b. Holzbildhauer F. Breidenbach, Gerichtstr. 17.

Stellenangebote.

Stellenlosen strebsamen Herren mit **gutem Leumund** kann Gelegenheit zu sof. Einnahme geboten werden, event. auch Anstellung mit Firm. Off. sub. **1517** Inf.-Bureau Schadowstr. 8. 26079

Schriftmaler, tüchtiger Zeichner, sofort. **Fuchslin,** Oranienstr. 124.

Tüchtiger Werkführer
für eine große Lederwarenfabrik gesucht. Derselbe muß im Entwerfen v. Mustern für Cigarren- und Cigarretten-Etuis gewandt sein. Schriftliche Offerten unter **E. L. 1644** an Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41.

Drechsler
verlangt. Alabasterfabrik, Britzerstr. 7.

Goldarbeiterlehrling 2696b
sucht Martin, Rosstraße 27, Hof part.

Lebensstellung für einen soliden tüchtigen Holzdrechsler auf Portieren u. Rosetten, der event. Werkstatt für eigene Rechnung übernimmt.
Offerten unter **A. P. 30, Postamt 95** erwünscht. 2737b

Tüchtige Chirurgie-Instrumentenmacher f. scharfe Instr., geübte Schleifer u. Orthopäd. verlangt **Medizinisches Warenhaus A.-G.,** Friedrichstr. 108, I.

Sohn anständiger Eltern, welcher Lust hat, die Vergolderei zu erlernen, kann sich melden.
Neumann, Hennig & Co.,
2755b Zeughofstr. 21.

Schneiderin. Damen- u. Kinderkleider werden billig und sauber angefertigt Manteuffelstr. 21, v. 1 Tr. **Fr. Steckert.** 2759b

Tüchtige Maschinennäherinnen finden dauernde Beschäftigung [2708b
Henoch,
Zeßdenickerstraße 5, 2 Tr.

Tüchtige Paletot- und Rock-Arbeiterinnen bei hohem Wochenlohn sowie für Aenderungen verlangt
Max Stein, Jägerstr. 38-39 I.

Aeltere Frau z. Führung kl. Wirtschaft ges. Freie Station, kl. Gehalt. 2703b. **Bode,** Fichtestr. 26.

Schneiderin verlangt 2704b
Schmidt, Skalitzerstr. 7, 3 Tr.

Blusenarbeiterin verlangt Möhs, Langestr. 23, 1. Quergeb. 3 Tr. 2701b

Säumchen-, Falten-Näherinnen, Vorderteile, in und außerm Hause.
Jannuschek, Brunnenstr. 83.

Damen-Kragen- und Manschetten-Näherinnen verlangt in und außer dem Hause **Jannuschek,** Brunnenstr. 83. 2739b

Näherinnen und Lehrmädchen auf Wäsche verl. Adam, Brunnenstr. 81.

Mädchen, 11–13 J. alt, f. nachm. verl. Peters, Franseckistr. 36, v. III.

Schürzen-Arbeiterin,
schwarz, verlangt Fiedler, Danzigerstraße 96, Portal 3. [2734b

Maschinen-Oberhemden-Näherinnen. Woche 15–18 M., auch Lehrmädchen, verlangt [2742b
Blasenfuss, Alt-Moabit 49, Seitenfl. 4 Tr.

Arbeiterinnen
(Knaben-Anzüge) im und außerm Hause. Schmiedele, Fehrbellinerstr. 79.

Zuarbeiterinnen
verl. **Reitzaus,** Markgrafenstr. 18, I.

Geübte **Karton-Arbeiterinnen** außer dem Hause verlangt Beckert, Schmidstr. 15. 2683b

Geübte Karton-Arbeiterinnen
finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung 14699*
Kartonfabrik Markusstr. 50.

Belegerin auf Leisten verlangt Joers, Skalitzerstr. 28. 2682b

Der Gesamtauflage der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Versandhauses Conrad & Kamberg in Cottbus bei.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Vom Weltmarkt.

Reichsbankvorlage — Vom Eisenmarkt — Englischer Schiffsbau — Aussichten der Zucker-Industrie — Spanische Finanzen — Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft.

Im Vordergrunde des Interesses der größeren Geschäftswelt steht die Frage, ob die Reichsbank-Vorlage in der Form, in welcher sie aus der Bankkommission hervorgegangen ist, demnächst Gesetz werden wird. In den Börsenkreisen und der von diesen abhängigen Presse finden natürlich die Abänderungen, mit welchen die Vorlage die dritte Lesung der Kommission passiert hat, herzlich wenig Anklang. Mit der Bestimmung, daß bei einem offiziellen Reichsbankdiskontsatz von 4 Proz. und mehr weder die Reichsbank selbst, noch die anderen Notenbanken unter diesem Satz diskontieren dürfen, hat man sich zwar abgefunden, und ebenso mit der Festsetzung, daß bei einem Reichsbanksatz von weniger als 4 Proz. die Privatbanken nicht unter den offiziellen Satz um mehr als ¼ Proz. (resp. ⅛ Proz. unter den sogenannten Privatsatz) heruntergehen dürfen; doch die Beschränkung der Dividende in der Weise, daß künftig nach Abzug einer Vordividende von 3½ Proz. nur noch ein Viertel des Reingewinns auf die Anteilsinhaber entfallen soll, begegnet ziemlich allgemeiner Entrüstung. Allerdings würde sich, die Erträgnisse der letzten Jahre zu Grunde gelegt, auch nach dieser Herabsetzung noch immerhin eine Dividende von 6 Proz. ergeben; aber nach dem Regierungsentwurf hätte sich doch die Verzinsung der Anteile höher gestellt — und warum sollte man nicht nehmen, was die Regierung selbst bietet. Noch erboster ist man natürlich über den von den Agrariern in der Kommission gestellten und von unseren Genossen befürworteten Antrag auf Festsetzung eines Dividenden-Maximums von 6 Proz. Ein solches Maximum, das deucht manchem der Herren schon eine halbe Verwirklichung des socialistischen Zukunftsstaats.

Gegen die vornehmlich auf Verlangen der Agrarier beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals auf 180 Millionen Mark — statt der zuerst geforderten 150 Millionen — läßt sich nichts einwenden. Die Reichsbank drohte thatsächlich gegenüber der außerordentlich schnellen Entwicklung der großen Privatbanken, speziell der Deutschen Bank, etwas ins Hintertreffen zu geraten. Nur hätte man die Frage, wann die letzten 30 Millionen zu emittieren sind, offen lassen sollen, statt die Bank durch den Beschluß zu binden, die Emission vor Schluß des Jahres 1905 durchzuführen. Vorläufig sind ja zwar die Aussichten unserer industriellen Entwickelung recht günstige; es läßt sich aber keineswegs vorhersagen, ob die wirtschaftliche Lage auch noch in einigen Jahren so rosig sein wird, und ob dann die Reichsbank sich nicht gezwungen sieht, die Emission unter Umständen vorzunehmen, die einen relativ niedrigen Emissionskurs bedingen. Die Emission würde dann lediglich im Interesse der Großfinanz liegen, der sich Gelegenheit böte, die Anteile billig zu erwerben, während die Reichsbank mit Kapitalien belastet würde, welche sie nur zu niedrigen Prozentsätzen zu verwerten vermöchte.

Vom Eisenmarkt. Die schon im letzten Jahr sehr günstige Lage des Eisenmarktes hat sich in letzter Zeit noch mehr gehoben: eine Thatsache, die deutlich darin zum Ausdruck kommt, daß an den Börsen trotz der „Geldknappheit" die Nachfrage nach Montanwerten noch immer anhält. Weder auf dem rheinisch-westfälischen, noch auf dem oberschlesischen Eisenmarkt sind nennenswerte Vorräte vorhanden, und die außerordentlich gestiegene Nachfrage nach Roheisen hat den Syndikaten und Verbänden ermöglicht, mit ihren Preisen immer weiter hinaufzurücken. Von dem Rückschlag, der im vorigen Jahre vielfach im Hinblick auf die kolossal emporschießende nordamerikanische Eisen- und Stahlproduktion prophezeit wurde, ist nirgends auch nur das geringste zu spüren.

Eine Thatsache bleibt darum allerdings die zunehmende Bedrohung des europäischen Absatzmarktes durch die amerikanische Konkurrenz doch. Es sind nur ganz besondere günstige Verhältnisse, die vorerst noch der deutschen und englischen Eisen- und Stahlindustrie so vorteilhaften Absatz sichern. Einerseits die enorme Steigerung der Eisenbahn- und Schiffsbauten in letzter Zeit, sowie die zunehmende Bedeutung der Elektricitäts-Branche, dann die starke Inanspruchnahme der amerikanischen Eisenindustrie durch den Bedarf des eigenen Landes, hervorgerufen durch den geplanten Ausbau des nordamerikanischen Eisenbahnnetzes und die neuen beträchtlichen Schiffsbauten. Hinzu kommt noch die Ablenkung vom europäischen Markt, welche die amerikanische Konkurrenz durch die wachsende Nachfrage nach Eisenfabrikaten in Südamerika, Ostasien und zum Teil auch in Australien erfährt. Speciell Ostasien hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem guten Markt für amerikanische Eisenwaren entwickelt. So hat z. B. die nordamerikanische Stahlindustrie neben verschiedenen kleineren Lieferungen für japanische und chinesische Bahnen allein 81 Lokomotiven und 75 000 Tons Stahlschienen für die russische transsibirische Bahn in Auftrag, ebenso 35 000 Tons Schienen für Australien. Den größten Konsum stellt allerdings auch hierin Amerika selbst, denn für amerikanische Bahnen sind 251 Lokomotiven in Ordre gegeben.

Wenn also vorerst auch die deutsche und englische Eisenindustrie gute Geschäfte macht und in England (Süd-Wales) sogar erst in allerletzter Zeit wieder mehrere Neugründungen von Stahlwerken stattgefunden haben, so bleibt deshalb doch die drohende Konkurrenz Amerikas bestehen. Daß selbst heute die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten schon auf dem europäischen Markt ein nicht zu verachtender Gegner ist, zeigt die einfache Thatsache, daß sie augenblicklich auch für Frankreich 10 Lokomotiven im Auftrag hat, ferner 20 für Schweden und 20 für die englische Midland-Bahn. Der letzere Auftrag ging deshalb nach den Vereinigten Staaten, weil aus Anlaß ihrer starken Beschäftigung für die Schiffswerften die englischen Werke fast viermal so lange Lieferungsfristen forderten, wie die amerikanischen. Auch Aufträge auf Materialien für Brücken-, Schiffs- und Tunnelbauten hat die amerikanische Eisenindustrie in den letzten Monaten von England übernommen. Selbst amerikanische landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge finden in England mehr und mehr Eingang, nachdem sie schon seit 1895 erfolgreich mit den englischen Maschinen auf dem deutschen Markt konkurrieren. Es entspricht nur den Thatsachen, wenn der amerikanische Konsul in Edinburg im November vorigen Jahres nach Washington berichtete: „In Amerika hergestellte landwirtschaftliche Maschinen werden vielfach auf den Farmen in Schottland gebraucht. Die meisten Arten der in den Vereinigten Staaten fabrizierten Maschinen werden schon seit längerem wegen ihres Preises, ihrer Qualität und Form vorgezogen. Obgleich die augenscheinliche Zweckmäßigkeit dieser Maschinen ihre beste Empfehlung ist, bleibt es doch wahr, daß die amerikanischen Fabrikanten vornehmlich den Markt gewonnen haben durch die Schnelligkeit, mit der sie den besonderen Anforderungen der schottischen Farmer nachkamen. Sie paßten ihre Maschinen dem Markt an. Ich spreche hier von Schottland im besonderen, aber das gleiche läßt sich allgemein von dem Vereinigten Königreich sagen."

Für die nächsten Jahre allerdings ist ein stärkerer Druck der amerikanischen Konkurrenz auf den europäischen Eisenmarkt kaum zu befürchten. Die Erweiterung des Schienennetzes und der industriellen Anlagen in Nordamerika, die rapide Entwicklung des Eisenbahnwesens in Japan und China, der zunehmende Bedarf Australiens an amerikanischen Eisenwaren, der sich vollziehende Uebergang Mexikos und Argentiniens zur industriellen Großproduktion mit der durch ihn geweckten Nachfrage nach Maschinen, das alles sind Faktoren, die vorläufig noch die amerikanische Konkurrenz vom europäischen Markt zurückhalten. Wann dann aber, wenn später die die Kaufkraft dieser Absatzgebiete gegenüber der stimulierten Produktion nachläßt? Dann ist ein Rückschlag unvermeidlich. Bei dem niedrigen Preisstand des amerikanischen Roherzes kann die deutsche, englische, belgische Eisenindustrie trotz ihrer relativ niedrigen Arbeitslöhne kaum in manchen Kreisen mit der amerikanischen konkurrieren, und zwar um so weniger, als durch Erhöhung der technischen Facilitäten im Eisenminenbetrieb sich die Produktionskosten für amerikanisches Roheisen seit etwa zwei Jahren stetig vermindern. Deshalb auch die merkwürdige Erscheinung, daß, während in England und noch mehr in Deutschland die Roheisen-Preise in letzter Zeit sich mehr und mehr aufwärts bewegen, die Preise in Amerika nur sehr wenig angezogen haben trotz der lebhaftesten Nachfrage.

Englischer Schiffsbau. In einzelnen mit der Eisen- und Stahlfabrikation eng zusammenhängenden Industriezweigen scheint indeß Englands Ueberlegenheit noch auf lange hin gesichert, so speciell im Schiffsbau. Nach Lloyds Register betrug die Total-Zunahme des Tonnengehalts der eingetragenen Handelsschiffe (also Kriegsschiffe nicht mit gerechnet) während des Jahres 1898:

1 111 768 Tons (Brutto Reg.-Tons) für Dampfschiffe
29 053 „ für Segelschiffe,

Summe 1 140 821 Tons,

und zwar waren ungefähr 90 Proz. aller neuen Schiffe in England gebaut.

Die Netto-Zunahme war allerdings — hauptsächlich infolge der starken Beschäftigung der englischen Werften für andere Länder — wesentlich geringer, denn der obigen Zunahme steht eine Abnahme gegenüber von:

696 660 Tons für Dampfschiffe,
234 868 „ „ Segelschiffe.

Summe 931 528 Tons.

Die Gesamt-Tonnenzahl der in 1898 nach dem Ausland verkauften Schiffe beläuft sich auf 588 508 Tons. Verglichen mit der schon ungewöhnlich hohen Zunahme von 1897 ein Mehr von 200 714 Tons, gegen eine Steigerung von 1896 ein Mehr von 240 233 Tons.

Von diesem Ausstoß gingen:

nach Schweden und Norwegen = 157 058 Tons
„ den Vereinigten Staaten = 118 957 „
„ Deutschland = 74 812 „

Schweden und Norwegen erhielten meist kleinere Schiffe, darunter viele Segler, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika größere Dampfer.

Die Gesamtzahl der vom Stapel gelassenen Handelsschiffe belief sich auf 761 mit einem Gehalt von 1 367 570 Tons, darunter 17 Segelschiffe mit 4252 Tons. Gegen 1897 eine Zunahme von ca. 415 000 Tons. Deren größten Anteil daran hatte Sunderland mit 258 754 Tons, darauf Glasgow mit 242 256 Tons, dann Newcastle mit 238 551 Tons (d. h. was Handelsschiffe anbelangt; rechnet man die Kriegsschiffe hinzu, so hatte Glasgow den größten Ausstoß.)

Dagegen betrug der Tonnengehalt der vom Stapel gelassenen Handelsschiffe 1898 in der nordamerikanischen Union nur 240 900 Tons, in Deutschland nur 168 405 Tons.

Wie schon aus diesen Zahlen ersichtlich, hat demnach auch im vergangenen Jahr die englische Handelsmarine sich wieder bedeutend vergrößert. Sie zählte Ende Dezember 1898:

8 835 Dampfschiffe mit 10 816 310 Tons,
11 567 Segelschiffe „ 2 552 543 „
20 402 Schiffe mit 13 368 853 Tons.

Gegen Ende Dezember 1897 haben die Dampfschiffe zugenommen um 245 mit 415 108 Tons, die Segelschiffe abgenommen um 344 mit 205 815 Tons, so daß Ende 1898 der Tonnengehalt der englischen Handelsmarine um 209 293 Tons höher stand, als zu Anfang des Jahres.

Aussichten der Zuckerindustrie. Trüber als die Aussichten der Eisenindustrie stehen die Aussichten der Rübenzucker-Industrie. Vorläufig ermöglicht zwar die erhöhte Exportprämie der deutschen Zuckerfabrikation noch immer einen verhältnismäßig guten Absatz nach außen. Die beiden ersten Monate dieses Jahres (für März fehlt noch die statistische Aufstellung) zeigten sogar gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung der Ausfuhr von 1 466 608 D.-Z. auf 1 560 974 D.-Z., wobei noch in Betracht kommt, daß diese Zunahme fast ganz auf Zucker der A-Klasse entfällt. Im übrigen aber mehren sich die Vorzeichen einer drohenden Krisis. Wie die nordamerikanische Union, will nun auch Indien Zuschlagszölle auf Rübenzucker aus Prämienländern erheben, und zugleich drängen Jamaica, Trinidad, Mauritius usw. immer stärker darauf, daß auch England, das wichtigste der heutigen Zuckerimport-Länder, zum Schutze der Konkurrenzfähigkeit dieser Kolonien, den Prämienzucker einem ausgleichenden Zoll unterwirft.

Doch nicht von dieser Seite droht die eigentliche Gefahr, sondern von den Vereinigten Staaten, in welchen sich, begünstigt durch die Dingley-Bill und die Abnahme der Konkurrenz des kubanischen Rohrzuckers in den letzten paar Jahren eine bedeutende Rübenzucker-Industrie entwickelt hat, vornehmlich in Nebrosla, Neu-Mexiko und vor allem Kalifornien. Hat doch schon in 1898 unsere Ausfuhr an Rohzucker und Raffinade nach der Union um beinahe 50 Proz. gegen das Jahr 1897 abgenommen, nämlich von rund 307 000 Tons auf 187 000 Tons, obgleich in den beiden vorhergehenden Jahren der Zuckerimport von Kuba auf ungefähr ein Drittel seines früheren Bestandes zurückgegangen war. Solchem enormen Ausfall des amerikanischen Imports gegenüber kommt kaum in Betracht, daß in 1897 vor dem Inkrafttreten der Dingley-Bill die Einfuhr eine außergewöhnliche Höhe erreicht hatte und sich von dieser zu Anfang 1898 teilweise noch Lagerbestände vorfanden.

Erhält Kuba seine frühere Stellung als Zuckerexport-Land für die Union wieder, so wird es mit der europäischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten wohl bald vorbei sein; ja es ist keineswegs ausgeschlossen, daß schon in kurzem der kalifornische Rübenzucker auf dem ostasiatischen und zugleich der kubanische Rohrzucker als Konkurrent auf dem Londoner Markt erscheint. Der Produktionspreis für kubanischen Rohrzucker wird unter den jetzigen Produktionsbedingungen auf 2¼—2½ Dollar pro Centner berechnet, man hofft aber durch Anwendung verbesserter technischer Hilfsmittel ihn auf 2 Dollar reduzieren zu können. Was können alle deutschen Zuckerproduzenten-Verbände, wie z. B. das in der Bildung begriffene „deutsche Zuckerkartell", solcher Weltmarktslage gegenüber nützen. Ihre hohe „Aufgabe" vermag nur darin zu bestehen unter dem Zollschutz den deutschen Konsumenten die Preise hinaufzutreiben, um dadurch den Ausfall auf dem internationalen Markt zu decken. Aber der einheimische Markt läßt sich nicht nach Belieben erweitern. Er wird um so weniger aufnahmefähig, je höher die Zuckerpreise steigen. Daran vermag auch eine zu Nutz und Frommen unserer agrarischen Zuckerproduzenten vorgenommene Fütterung unserer Soldaten mit deutsch-nationalem Zucker recht wenig zu ändern. Vielleicht treiben endlich die Verhältnisse uns selbst zur Einberufung einer neuen internationalen Zuckerkonferenz, die mit der unhaltbar gewordenen heutigen Exportprämienwirtschaft aufräumt.

Spanische Finanzen. Die jüngsten Preistreibereien mit spanischen „Exterieurs" an der Pariser und danach auch an der Berliner Börse haben den Blick wieder auf die spanische Finanzlage gelenkt. Zum Teil mag dieser Kurstreiberei der Rückgang des Goldagios und die Besserung in der spanischen Kohlenspekulation zu Grunde liegen, in der Hauptsache aber fußt sie auf durchaus unsicheren Spekulation. Man rechnet darauf, daß das Ministerium Silvela sich dazu verstehen wird, zur Aufbesserung der Staatsfinanzen die Pensionen seiner Beamten und Offiziere gründlich zu beschneiden, daß die Cortes neue Zollerhöhungen bewilligen, und daß vor allem die spanische Regierung unter keinen Umständen die Bank von Spanien, welcher der Staat über 2000 Millionen Pesetas schuldet, zum Bankrott treiben wird. Was den guten Willen der trotz aller Frömmigkeit recht gut kaufmännisch rechnenden Herrn Silvela, Polavieja u. Co. anbelangt, so mögen diese Erwägungen nicht ganz unrichtig sein; die Frage ist nur, ob es Spanien auch möglich sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Spanien hat infolge des Krieges — mit Einschluß der Schulden für die kubanischen und philippinischen Bonds, aber unter Ausschluß der noch an die Beamten und das Heer zu zahlenden Gehalts- und Sold-Rückstände — ungefähr 3600 Millionen Pesetas neue Schulden gemacht. Die Verzinsung dafür beläuft sich mit Hinzurechnung der durch den Krieg entstandenen Entschädigungen 2c. auf ungefähr 220 bis 225 Millionen Pesetas; während die Verzinsung der alten Schuld im letzten Budget mit 399 Millionen beziffert ist. Insgesamt würden also an Zinsen rund 620 Millionen Pesetas erforderlich sein. Nun aber ergaben die in den letzten Jahren vor dem Krieg, d. h. 1893/96, in den Budgets aufgeführten Einnahmen nur durchschnittlich 730 Millionen Pesetas, denen z. B. 1896/97 eine Ausgabe für die verschiedenen Ministerien von 415 Millionen gegenübersteht. Der Saldo beträgt also rund 315 Millionen Pesetas; doch kommt von dieser Summe noch die durch den Krieg entstandene Vermehrung der Pensionen und die Verzinsung der Gehalts- und Soldrückstände in Abzug, so daß vielleicht 260—275 Millionen Pesetas zur Deckung der sich auf 620 Millionen belaufenden Zinsforderungen übrig bleiben. Nun hat ja allerdings Silvela schon mit der Beschneidung einiger Gehälter und Pensionen begonnen und auch die aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten, die für „Spaniens Ehre" kämpften, sollen um einen Teil ihrer rechtmäßigen Forderungen geprellt werden; ferner hofft man noch aus den Staatsmonopolen, aus einer Abgabe von Wertpapieren und aus Zollerhöhungen beträchtliche Summen herauszuschlagen. — alles recht nette Projekte, die nur größtenteils an dem Fehler leiden, daß sie sich recht schlecht durchführen lassen. Bei den Zollerhöhungen 2c. haben auch die Cortes ein Wort mitzusprechen, und die Pensionsreduktionen würden gerade der Monarchie und dem jetzigen Ministerium diejenigen Elemente entfreunden, auf die es sich vorwiegend stützt; die Kreise der Beamten und Offiziere. Zudem aber ist in dieser Berechnung bisher noch nicht mit in Anschlag gebracht, daß Spanien für sein Heer und seine Marine in den nächsten Jahren große Aufwendungen machen muß; schon der diesjährige Etat fordert 15 Millionen Pesetas mehr für Militärzwecke.

An Anzeichen der Besserung in einzelnen Industriezweigen fehlt es übrigens nicht, so z. B. in der katalonischen Textilindustrie, nur wird es noch recht lange dauern, bis Spanien für die Absatzgebiete in seinen Kolonien andere Märkte gewonnen haben wird. Vorerst befindet sich Spaniens Industrie und Handel noch im Zustande der Depression, wie folgende jüngst veröffentlichte Zusammenstellung der Ein- und Ausfuhr für den Monat Januar beweist. Es betrug der Import im Januar (exklusive Gold und Silber) 60 315 405 Pesetas, ungefähr 5,6 Millionen mehr als im Januar des Vorjahres; dagegen der Export 58 458 377 Millionen, das sind 15½ Millionen weniger als im Januar 1898. Das Resultat ist um so ungünstiger, als sowohl die Zunahme des Imports wie die Abnahme des Exports fast ganz auf fertige Fabrikate entfällt, während der Wert der Rohstoff-Ein- und Ausfuhr sich nur wenig verändert hat.

Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft. Der Jahresbericht der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft für die am 27. Februar stattgefundene Generalversammlung hat auch für uns eine gewisses Interesse, da er ein typischer Beleg ist für die Rentabilität des Hamburger Reedereibetriebes im letzten Jahre und zugleich treffend darthut, was es auf sich hatte, als vor zwei Jahren zur Zeit des Hafenarbeiter-Streiks die Hamburger Großreeder versicherten, die Bewilligung der von den Schauerleuten gestellten Forderungen gefährde ihre Konkurrenzfähigkeit. Die Packetfahrt-Aktiengesellschaft besaß zu Anfang dieses Jahres 74 transatlantische Dampfer (davon 12 im Bau), 10 Flußdampfer, 9 Dampfschaluppen, 10 Schuten, 3 Petroleum-Barkassen, 33 Leichter, mit einem Tonnengehalt von insgesamt 405 689 Tons (Brutto Register-Tons); sie ist also nicht nur die weitaus größte Reederei Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Der Betriebsgewinn stellt sich bei einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark auf 11 639 522 Mark, wozu noch ein Gewinn auf verkaufte Schiffe von 3 106 307 Mark kommt, so daß nach Abzug der Zinsen auf die Prioritäts-Anleihe der Netto-Gewinn sich auf 14 205 830 Mark stellt. Trotzdem giebt die Gesellschaft nur 8 Proz. Dividende. Sie verwendet nämlich nicht weniger als 8 363 767 Mark zu Abschreibungen auf dem Dampfschiffs-Conto, 1 000 000 Mark zum Uebertrag auf das schon mit 6 568 764 Mark dotierte Reserve-Assekuranz-Conto und 499 637 Mark zum Uebertrag auf das Kesselerneuerungs- und Reparaturen-Conto. Außerdem sind noch 218 714 Mark vom Trockendock, von den Werkstätten, dem Verwaltungs-Gebäude, den Getreidehebern 2c. abgeschrieben. Bei einem derartigen Abschreibemodus erscheint allerdings der schönste Profit nur gering. Da infolge des stetigen Fortschritts der Schiffsbaukunst heutzutage Schiffe nach 10 Jahren schon halb veraltet sind, so sind in einem rationellen Betrieb bedeutende Abschreibungen durchaus notwendig; aber die Abschreibung von 8 363 767 M. entspricht beinahe einem Abzug von 18—20 Proz. Denn in die rund 71 Millionen Mark, mit welchen die Schiffe zu Buch stehen, sind auch die Aufwendungen für die im Bau befindlichen neuen Schiffe eingeschlossen, und überdies enthält der übrige Teil der Flotte eine ganze Anzahl Schiffe, die erst im vorigen oder vorvorigen Jahre nach dem neuesten Doppelschrauben-System erbaut wurden. Nimmt die Gesellschaft in den nächsten Jahren in gleichem Maße weitere Abschreibungen vor, so stehen schließlich die Schiffe nur noch beinahe mit dem dritten Teil ihres effektiven Wertes zu Buch. Schon jetzt ist der Buchwert ein weit niedrigerer, als der wirkliche Wert. Eben deshalb vermochte auch die Gesellschaft beim Verkauf von acht Schiffen, worunter nur zwei Schnelldampfer, im Laufe des Jahres einen Extragewinn von über 3 Millionen Mark zu erzielen.

Uebrigens machen es andere große Reedereien, wenn sie können, nicht viel anders. Dem Außenstehenden aber, der nur zu sehr geneigt ist, die Rentabilität des Schiffahrts-Betriebes nach den Dividendensätzen zu beurteilen, erscheinen dadurch die Verhältnisse in ganz falschem Licht. Was ist nicht zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks von der Unternehmerpresse über die Lage des Reedereigeschäfts zusammengeschrieben worden. Wer die üblichen seltsamen Profit-Berechnungen nicht kennt, der mußte glauben, die armen Reeder arbeiteten fast sämtlich mit Verlusten, nur um ihre undankbaren Arbeiter zu beschäftigen.

C.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 16. April.

Freie Volksbühne. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater: 4. Abteilung (braune Karten). Der Erbförster. Anfang nachmittags $2^3/_4$ Uhr.

Opernhaus. Der Waffenschmied. — Bergißmeinnicht. Anfang 7 Uhr. Montag: Mignon.

Schauspielhaus. Julius Cäsar. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Montag: Herodes und Mariamne.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll). Das fünfte Rad. Anf. $7^1/_2$ Uhr.

Deutsches. Hans. Vorher: Mutterherz. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Nachm. $2^1/_2$ Uhr: Johannes. Montag: Cyrano von Bergerac.

Lessing. Die Lumpen. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Montag: Im weißen Rößl.

Berliner. Platz den Frauen. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Nachm. $2^1/_2$ Uhr: Iphigenie auf Tauris. Montag: Faust. 1. Theil.

Residenz. Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Rose Riedel. Montag: Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler.

Neues. Eine Liebesheirat. Anfang $7^1/_2$ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Tartuffe. Montag: Eine Liebesheirat.

Westen. Cavalleria rusticana. — Der Waffenschmied. Anf. $7^1/_2$ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Undine. Montag: Der Troubadour.

Metropol. Die eiserne Jungfrau. Hierauf: Chand d'habits. (Der Kleiderhändler.) Anf. $7^1/_2$ Uhr. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Schiller. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Montag: Die große Glocke.

Central. Die Puppe. Anf. $7^1/_2$ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Gasparone. Montag: Die Puppe.

Thalia. Emil amüsirt sich! Anfang $7^1/_2$ Uhr. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen. Feuer. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Montag: Nach berühmten Mustern.

Belle-Alliance. Drei Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Der Goldbauer. Montag: Fremd.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr. Montag: Fuhrmann Henschel.

Alexanderplatz. Die Lebemänner von Berlin oder: Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel. Montag: Die Lebemänner von Berlin.

Wiener Volks-Theater. Lumpacivagabundus. Ihr Cousin. Anfang 7 Uhr.

Ostend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Preciosa. Montag: Die Bulgaria.

Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang $7^1/_2$ Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Feen-Palast. Specialitäten-Vorstellung.

Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde". Operntelephon. Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Erste Vorstellung im Shakespeare-Cyklus: **Romeo und Julia.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare.

Sonntag, abends 8 Uhr: **Ehrliche Arbeit.** Posse mit Gesang in 5 Bildern von H. Wilken.

Montag, abends 8 Uhr: **Die grosse Glocke.**

Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Mann im Monde.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.

Nachmittags 3 Uhr:

Preziosa.

Hauspiel mit Gesang in 4 Akten von P. A. Wolff. Musik von C. M. v. Weber.

Abends $7^1/_2$ Uhr:

Die Bulgaria.

Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang (Wahrheit und Dichtung) in 8 Akten (10 Bildern) von Hans Buchholz. Musik von M. Fall. Gesangstexte von F. Dill.

Im Tunnel von $5^1/_2$ Uhr an **Frei-Konzert.**

Im 1. u. 2. Bild: Ankunft und Abfahrt eines großen Luftballons.

Im 4. Bild: **Abfahrt der Bulgaria.** Hafen von New-York mit Freiheitsstatue. (Tag- und Nacht-Dekoration.)

Im 5. u. 6. Bild: **Das 3 Etagen hohe Schiff Bulgaria,** Querdurchschnitt, Maschinenraum, Lagerraum, Ober- und Unterdeck.

Noch nie dagewesen! Sehenswert!

Morgen und folgende Tage: **Die Bulgaria.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.

Im Theater:

Das Land der Fjorde.

Im Hörsaal:
Dr. Gralha: „Konstantinopel."
Montag: Im Theater: Dasselbe.
Hörsaal: Dr. Hellborn: „Samoa."

Invalidenstr. 57/62:

Tägl. **Sternwarte.**

Nachmittags täglich 5—10 Uhr

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit!

Das Riesenweib.

Die schöne Tätowierte.

Von $6^1/_2$ Uhr: Théâtre variété. **Excelsior,** dargestellt von 500 künstl. Menschen.

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panopticum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.

Neu umgestaltet und verschönert!!

Neu!! Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14.

Heute, Sonntag, Eintrittspreis

50 Pf.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren Reptilien etc.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.

Nachmittag 3 Uhr, zu halb. Preisen: **Gasparone.** Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Abends $7^1/_2$ Uhr:

Die Puppe (La Poupée)

Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau u. Sturges. Musik von Ed. Audran.

Morgen, Montag, zum **100.** Male: **Die Puppe (La Poupée).** Prolog gesprochen v. Direktor José Ferenczy. Souvenir-Abend.

Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.

Gastspiel **Emil Thomas.**

Emil amüsiert sich!

Schwank in 3 Akten von O. Walther u. L. Stein. Anf. $7^1/_2$ Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.

Heute Sonntag, zum 1. Male:

Die eiserne Jungfrau.

Vaudeville in 3 Akten von Clairville und Vaissier, Deutsch v. Max Schönau, Musik von Varney und Eindshöfer. Anfang $^1/_2$8 Uhr. Hierauf:

Chand d'habits

(Der Kleiderhändler).

Pantomime in 3 Bildern v. Mendès.

Pierrot . . . Mr. Séverin.

Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Mittwoch, den 19. April, z. 1. Male: **Nach dem Balle.** Pantomime von Séverin. Vorher: **Die eiserne Jungfrau.**

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.

Direktion: Richard Winkler.

Täglich mit stürmischem Jubel!

Endlich allein!

Gesangs-Posse von Joh. Eißner. Musik von Max Schmidt. In Scene gesetzt v. Otto Wendt.

Dazu das vorzügliche neue **Special-Programm,** u. a.

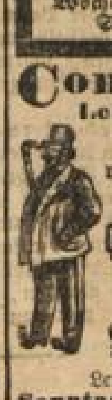
Mr. James Thomas,

Juggler on the wire.

Wochentags Entree frei! Sonntags 30 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.



Vorletzter Sonntag

vor Abbruch des Hauses

Hoffmanns Quartett- u. Humoristen

Letzte Fahrt, Liederspiel. Italiano Berolina, Posse.

Bestes **Programm der Saison**

Letzte Vorstellung am **Sonntag, den 23. April cr.**

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.

Allabendlich um $8^1/_2$ Uhr das hochinteressante aktuelle Berliner Gesangs-Volksstück

Fuhrmann Henschel.

Fuhrmann Henschel: Direktor Wilhelm Fröbel. Lene, seine Tochter, Helene Voß.

Dazu d. erfolgreiche erstklassige Specialitäten-Personal.

Gr. Riesen-Programm.

Die fliegenden Menschen. Clown Dollys, Tierfamilie. Paolo Wills Panopticum. sprechende und musicierende Automaten.

Lebende Photographien etc.

Anf. $7^1/_2$ Uhr. Sonntags 7 Uhr. Billet-Vorv. vorm. v. 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Theater-Vorstellung.

Der Wildschütz

Schwank mit Gesang in 3 Akten von A. Kotzebue.

Vorher: **Gringoire.**

Schauspiel in 1 Aufzug v. O. Randolf.

Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.

Me. et Mr. Bianca-Desroches

La Bella

Brothers Welton

Robert Steidl

Carmanellis

Professor Imanns

Ein Abenteuer im Harem

Burleske v. W. Mannstädt, Musik von Paul Lincke.

Anfang $7^1/_2$ Uhr.

Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

Mährs Theater

Oranien-Straße 24.

Täglich:

Der Klingeljunge von Bolle.

Lebensbild in 2 Akten von Paul Wolfgang.

Eine alltägliche Geschichte.

Posse in 1 Akt von G. Stand.

Anfang 8 Uhr. — Sonntags 6 Uhr. Wochentags haben Bons Gültigkeit.

Reichshallen.

Täglich:

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Kroner, Schneider und Schrader.)

Britton als **Pauken-Schulze** der Stolz vom Regiment.

Anfang heute 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Numerirter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.

Morgen, Montag: Anfang 8 Uhr **Pauken-Schulze.**

Victoria-Brauerei

Lützowstraße 111/112.

Jeden Sonntag, Montag u. Freitag Humoristische Soirée der

Norddeutschen Sänger

(Führmann, Horst, Walde).

Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, sonntags 7 Uhr.

Entree 50 Pf.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.

Täglich:

Konzert- und Specialitäten-Vorstellung.

Auftreten von Künstlern 1. Ranges.

Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung

Tanzkränzchen.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe n. Maß, Tomporowski, Schneidermstr., Neanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Auch baar Casse billigste Preise.) *

Freie Volksbühne.

IV. Abteilung: heute nachmittag $2^3/_4$ Uhr, im Friedrich Wilhelmstädt. Theater: **Der Erbförster.**

Achtung, I. Abteilung! Die erste Vorstellung der 9. Serie beginnt **nicht** am **16.,** sondern am **30. April** im **Lessing-Theater.** Zur Aufführung gelangt:

„Der Revisor" von **Gogol.**

Die Vorstellungen folgen am 7., 11. (Himmelfahrtstag, Donnerstag), 14., 21., 28. Mai.

Die VI. Abteilung ist geschlossen, einige neue Mitglieder zur IV. und V. Abteilung können sich melden.

Opernvorstellung „Der Freischütz" am Sonntag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, im Theater des Westens.

Die Verlosung der Billets beginnt um 2 Uhr. Garderobe 15 Pf.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, zu dieser Vorstellung rechtzeitig bis $2^3/_4$ Uhr, zu erscheinen, da um 3 Uhr die Eingangsthüren geschlossen werden.

229/11 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Sonnabend, den 22. April, im **Berliner Prater,** Kastanien-Allee 6—9:

3. Stiftungsfest

des 68/9

Wünschschen gemischt. Chors,

wozu alle Freunde und Bekannte freundlichst einladet

Das Komitee.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Annenstrasse 16, 1 Treppe.

Lehrplan für das II. Quartal 1899.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
National-Oekonomie.	Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Arbeiterversicherung in den europäischen Ländern.	Schriftsteller Paul Hirsch	Montag
Rede-Uebung.	Referate und Diskussion über wissenschaftliche Themates, und zwar volkswirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und anderen Inhalts.	Dr. Alfred Bernstein	Donnerstag.
Geschichte.	Die deutsche Litteratur in den letzten 50 Jahren.	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.	Freitag

Der Unterricht beginnt in **National-Oekonomie** Montag, den 17. April; **Rede-Uebung** Donnerstag, den 20. April; **Geschichte** Freitag, den 21. April. — Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um **9 Uhr** und endet pünktlich um **$^1/_2$11 Uhr.** Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von **8—9 Uhr** und in der **Pause** geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist **spätestens** am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kursus — im Schullokal **Annenstrasse 16** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz,** Admiralstr. 40a; **Heul,** Barnimstr. 42; **Schiller,** Rosenthalerstrasse 57; **Gleinert,** Müllerstr. 7a.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé,** Berlin S. 59, Hasenhaide 72, Hof l. 4 Tr., Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs,** Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Der Vorstand.

Ernst Höflichs Konzert-Garten und Specialitäten-Theater

Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.

Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Der Garten ist eröffnet.

Familien können Kaffee kochen. 3 verdeckte Kegelbahnen.

Volksbelustigungen jeder Art. 14982*

Um zahlreichen Besuch bittet **Ernst Höflich.**

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c. **Jeden Sonntag: Gr. Ball.**

Anfang 4 Uhr. Vereinszimmer sowie die Säle sind noch Sonnabends an Vereine zu Sommernachts-Bällen, sowie zu Hochzeiten, Versammlungen und jeder Festlichkeit zu vergeben.

Niefts Flora-Säle, Weberstrasse No. 17.

Sonnabend, den 22. April cr.:

Grosser Ball

zur Feier des

IX. Stiftungs-Festes

des

Vereins der Plätterinnen Berlins.

Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.

Anfang $8^1/_2$ Uhr. — Eintritt für Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. inkl. Tanz. Billets sind im Arbeitsnachweis bei **Teschner,** Gollnowstr. 6, und bei der Kassiererin Frau **Schulz,** Weinstr. 13, v. 3 Tr. zu haben. 158/2

Alle Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** I. A.: **Karl Porth,** Georgenkirchstr. 14, H. 1 Tr.

Karno.

„Der Fleischsaft Karno ist als ein Präparat zu bezeichnen, dessen organische Bestandteile im wesentlichen Stickstoffverbindungen sind. Dieselben sind nicht nur die im wesentlichen anregend wirkenden Fleischbasen, sondern bestehen etwa zur Hälfte aus wirklichen Eiweißkörpern, die in einer leicht und vollständig resorbierbaren Form vorliegen.

Die Werthe für die einzelnen Mineralstoffe lassen erkennen, daß neben etwa 16 Proz. Kochsalz vor allem Kali und Phosphorsäure, welche bekanntlich für die Ernährung wesentlich sind, vorliegen.

„Karno" ist demnach ein Präparat, welches, soweit man auf Grund der chemischen Analyse ein Urteil abzugeben vermag, gleichzeitig anregend und nährend zu wirken vermag."

Obiges Urteil über Karno ist aus dem chemischen Laboratorium von Dr. R. Fresenius.

Die Herstellung einer schmackhaften und nahrhaften Bouillon wird durch Karno erreicht besser als wie durch irgend ein anderes Präparat.

Zu haben überall.

Karno-Gesellschaft Russel & Co., Dresden.

Gesellschaftshaus

Swinemünderstr. 42.

Säle und Garten empfehle unter kulanten Bedingungen zu Festlichkeiten; einige Sonnabende sind noch frei! Jeden Sonntag: Ball und Theater-Vorstellung.

Allen Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich mein 14062*

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal

von der Wrangelstraße nach der **Manteuffelstr. 111** verlegt habe.

Großes Vereinszimmer m. Pianino zu vergeben. **Ed. Beyer.**

Urania

Wrangelstrasse 10/11.

Jeden Sonntag:

Grosser Ball.

Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagsäulen.

Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Max Kliem's

Sommertheater und Festsäle

Hasenhaide 13—15.

In den Sälen: **Jeden Sonntag Grosser Ball.**

Gleichzeitig empfehle den geehrten Vereinen mein bedeutend vergrößertes Sommertheater zu Sommerfesten. Außerdem mache hiermit bekannt, daß ich zum 1. Oktober meinen neu zu erbauenden 8. Festsaal Hasenhaide 13 (1500 Personen fassend) eröffne.

10048* **Max Kliem.**

Moabiter Klubhaus

Beusselstr. 9.

Empfehle meinen großen **Saal,** Vereinszimmer f. 20—80 Personen, Restauration. Mittags- u. Abendtisch. **Jeden Sonntag: Grosser Ball.**

5351.* **Carl Fischer.**

Tägl. v. morgens 8 bis abends 11 Uhr

Restauration zum goldenen Baeren

Warme Küche. Mittags-Tisch. Hiesiges helles Lagerbier. Münchener Bürger-Bräu.

F. Felgentreff, Dresdener Straße 33.

Graumann's Festsäle

(früher Renz)

Naunynstrasse 27.

Empfehle meine Säle mit und ohne Bühne, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen.

Einige Sonnabende sind noch an Vereine zu vergeben. Jeden Sonntag und Donnerstag: **Grosser Ball.**

Achtung Gewerkschaften! Auch der **Montag** ist für Versammlungen zu haben. 5342*

Johannisthal!

Park-Restaurant!

Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**

Tanz-Abonnement 50 Pf.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Zwei Kegelbahnen, Vereine erhalten Extra-Preise. Bestellungen für Sommervergnügen nehme schon jetzt entgegen.

Wwe. Elise Hau, früher Skalitzerstr. 126.

Johannisthaler Volksgarten

Empfehle Freunden und Bekannten mein Lokal. Im neuerbauten Saal jeden Sonntag: Tanz. Kaffeeküche. 2 verdeckte Kegelbahnen. Ausspannung zur Verfügung. 13702*

August Senftleben.

Das schönste Ziel od. Durchgangs-Station für Fuß-, Kremser- oder Bahnpartien bietet der 15080*

Paradiesgarten in Birkenwerder.

Meilenwt. Wald u. Wasser, gr. Volksbelustigungen. Besch. über 6 versch. gr. u. kl. Fußtouren m. Berühr. des Paradiesg. sendet a. Wunsch sof. mit paradiesischem Gruß **A. Burgemeister.**

Zwei Tausend

alte und neue

Formen

brauchbare Fassons

Einlagen

entrippte und unentrippte

rein amerikanische

alles am Lager

giebt preiswert ab

A. Goldschmidt

Oranienburgerstr. 2.

Kinderwagen

am billigsten

6,50, 8,—, 12,—, 15,—, bis 60,—.

Bettstellen

4,—, 8,— bis 20,—.

Sportwagen, Leiterwagen.

E. Stiassny, nur Saydelstr. 32 u. Landsbergerstr. 45 I.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 19. April 1899, abends 8½ Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Kassenbericht über das 1. Quartal 1899. 2. Vortrag des Herrn Dr. **Curt Freudenberg** über „Die Prostitution als Gefahr für die Volksgesundheit“. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.

Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei **Wilhelm Börner**, Mittelstr. 15; **Gottfried Schulz**, Admiralstr. 40a; **Emil Götte**, Brandenburgstr. 18; **Ernst Lier**, Alte Jakobstr. 129; **Gustav Flick**, Simeonstr. 23. 240/8

Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)

Dienstag, den 18. April, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Graumann, Naunynstraße Nr. 27:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Aug. Baudert** über: „Politische Zeit- und Streitfragen“. 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

242/15 **Der Vorstand.**

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 19. April, abends 8½ Uhr, im Saale des Alten Schützenhauses, Linienstrasse 5:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Thätigkeitsbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 245/5

Der Vorstand.

Achtung! Pankow und Umgegend. Achtung!

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Kenntnis, daß ich das Lokal

Gasthof zum Nordstern,

Pankow, Wollankstraße 118,

übernommen habe. Ich empfehle meinen kunstvoll gemalten **Saal** für 300 Personen, sowie mehrere **Vereinszimmer** den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zu Zahlstellen, Versammlungen und Festlichkeiten. **Jeden Sonntag nachmittags: Oeffentlicher Tanz.** Sonnabend, den 22. April: **Große Theater-Vorstellung und Ball.** Indem ich meine Räume zur gefl. Besichtigung und Benutzung empfehle, zeichne Hochachtungsvoll

14662* **Carl Blaurock.**

Schöneberg. Arbeiter-Bildungs-Verein.

Montag, den 17. April, abends 8 Uhr, bei **Obst**, Sennewaldstr. 110:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht der Bibliothekare. 3. Bericht über die Erweiterung der Bibliothek. 4. Ergänzungswahl des Vorstands. 5. Kommunale Angelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! **Achtung!**

Lichtenberg-Friedrichsberg.

Sonnabend, den 22. April, abends 9 Uhr, in Müllers Salon, Frankfurter Chaussee No. 86:

9. Stiftungsfest

d. socialdemokr. Wahlvereins f. Lichtenberg-Friedrichsberg bestehend in 14/5

Konzert, Gesang, humorist. Aufführungen u. Tanz.

Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 17. April 1899, im Lokale des Herrn **Beutling**, Kant- und Goethestraßen-Ecke:

Bezirks-Versammlung für Rummelsburg.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. 79/18

Mittwoch, den 19. April:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke u. Branchen.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Am Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstraße 21:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Streik in der Möbelfabrik von Elsholz, Kronstraße 52.
2. Stellungnahme zum 1. Mai.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

79/17 Der Vertrauensmann: **Otto Klinger**, Grüner Weg 30.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Montag, den 17. April 1899, abends 8 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen

(Stock- und Schirmarbeiter, Kammacher und Perlmutterarbeiter) im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Das neue Innungsgesetz.“ 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Aufstellung der Kandidaten zum Ausschuß. 79/16

Kollegen, es ist Pflicht eines jeden, in dieser Versammlung, wo wichtige Fragen für die Zukunft zur Erörterung kommen, zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Am Montag, den 17. April, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Graumann, Naunynstr. 27:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Kongreß in Braunschweig. 2. Bericht der Kommission über den Streikfonds. 3. Stellungnahme zum 1. Mai.

Ersuche die Kollegen, frühzeitig zu erscheinen. 141/12

Der Vertrauensmann: **Arendt.**

Achtung. Maurer! Achtung.

Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Acker-Straße Nr. 6–7:

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

(Vertrauensmänner-Centralisation).

Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands.
2. Bericht über die Konferenz der Maurer Deutschlands.
   Beides stattgehabt in Braunschweig.
3. Wahl eines ersten Vertrauensmannes als Geschäftsleiter der Maurer Deutschlands, sowie zweier Revisoren.
4. Bericht des Delegierten der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
5. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Kollegen! Die Versammlung wird präcise ½9 Uhr eröffnet und ist jeder Kollege verpflichtet, pünktlich zur Stelle zu sein, um mit raten und thaten zu können.

132/7 **Die Lohnkommission.** J. A.: Fritz Kater.

Achtung! **Achtung!**

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

(Filiale Berlin II Norden.)

Dienstag, den 18. April, abends 8½ Uhr, Berg-Straße 12:

Verbands-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Abrechnung vom Quartal und Maskenball. 3. Bericht des Vorstandes und der Kommission. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

83/4 **Der Vorstand.**

Verein deutscher Schuhmacher.

(Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 17. April, abends 8½ Uhr:

Drei Mitglieder-Versammlungen.

Osten: bei Feind, Weinstr. 11: Vortrag des Kollegen Lanlow über „Die Zünfte und Lohnarbeiter im Mittelalter“.
Südosten: bei Roll, Adalbertstr. 21: Vortrag.
Moabit: in den Sprechhallen, Kirchstr. 27: Vortrag des Kollegen Herrmann über „Wodurch kann die Lage der Schuhmacher gebessert werden?“

In allen Versammlungen als 1. Punkt der Tagesordnung: Stichwahl zwischen den Kollegen Urner-Dresden und Hampf-Magdeburg. 169/11

Die Bezirksversammlung im Norden fällt aus, an deren Stelle findet am Montag, den 24. d. Mts., eine Branchenversammlung der Filzschuharbeiter und -Arbeiterinnen statt. — Wir ersuchen die Kollegen, sich rege an den Versammlungen zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Tapezierer!

Dienstag, den 18. April 1899, abends 8½ Uhr:

Quartals-Versammlung beider Filialen.

Filiale Norden: Brunnenstr. 188. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Filiale Süden: Lindenstraße 106 bei Zubeil. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Sonntag, den 23. April: Besuch der Treptower Sternwarte. Billets in den Versammlungen und beim Kollegen Behrend. 177/9

Ortskrankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Donnerstag, den 20. April 1898, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungsbericht. 2. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Jahres 1898 und Erteilung der Decharge. 3. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 4. Regelung der Gehälter der Kassenbeamten. 5. Beschlußfassung über das zu schließende Kartell der Orts-Krankenkassen. 6. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen dringend erforderlich.

27248 M. Oeh, 1. Vors., Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 53.

Achtung! Textilarbeiter. Achtung!

Filiale Berlin III.

Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest und Maskenball. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

197/11 **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.

Am Dienstag, den 18. April, vormittags 11 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kassenbericht und Bericht des Arbeitsnachweis-Vorstehers. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Wahl des Arbeitsnachweis-Vorstehers und Bibliothekars. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 50/7

Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, 19. April, nachmittags 6½ Uhr, bei Herrn **Schiller**, Rosenthalerstr. 57: 133/7

Baudeputierten-Sitzung.

Pflicht eines jeden Deputierten ist es zu erscheinen. Jeder Bau muß vertreten sein. Auf den Bauten, wo noch kein Deputierter ernannt ist, ersuchen wir um sofortige Ernennung eines solchen. 132/7

J. A.: **Die Lohnkommission.**

Stockarbeiter!

Dienstag, den 18. April abends 8½ Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21:

Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Stock- u. Schirmarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Meyner. 2. Diskussion. 3. Kassen-Abrechnung. 4. Stellungnahme zur Maifeier. 5. Werkstattangelegenheiten. 6. Verschiedenes. 175/8

Um regen Besuch ersucht **Der Vorstand.**

Verband d. Graveure, Ciseleure

und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Filiale Berlin.

Dienstag, den 18. April, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht der Zeitungskommission. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung pünktlich eröffnet wird. [74/7] **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.

Dienstag, den 18. April,
201/1 abends 7 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Kasse

(Arbeitnehmer und Arbeitgeber) i. Lokale d. Hrn. **Lange**, Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Anträge zur Generalversammlung.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Dienstag, den 18. April 1899, abends 8 Uhr,

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten,

(Arbeitgeber und Arbeitnehmer) i. Lokale d. Hrn. **Lange**, Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1898 u. Bericht des Prüfungsausschusses. 2. Anträge von Mitgliedern. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand:
O. Greiner, Vorsitzender. Rud. Schmidt, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.

Dienstag, den 25. April 1899 abends präc. 8 Uhr

Ordentliche Generalversammlung

in den **Armin-Hallen** Kommandanten-Straße Nr. 20.

Tagesordnung:

In getrennter Wahlversammlung. Für die Vertreter der Arbeitnehmer: Wahl von 1 Mitglied zum Vorstand.

In gemeinschaftl. Versammlung.
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1898.
   Bericht der Revisoren.
   Decharge-Erteilung.
2. Bericht des Vorstandes über die Statutenänderung vom 15. November 1898.
3. Verschiedenes.

Berlin, den 15. April 1899.
20276] **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse d. Handschuhmacher u. verwandt. Gewerbe Berlins.

Ordentliche General-Versammlung

Sonntag, den 23. April, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Hrn. **Schiller**, Rosenthalerstr. 57.

Tagesordnung:
1. Bericht des Rendanten für das Rechnungsjahr 1898. 2. Bericht der Revisoren (Decharge-Erteilung). 3. Verschiedenes. 25926

Die Mitglieder u. Arbeitgeber werden ersucht, pünktl. u. zahlreich zu erscheinen.

Berlin, den 16. April 1899.

Der Vorstand. J. A.: H. Hinz.

Vereinszimmer mit Pianino z. verg. **Zudse**, Müncheberger Str. 9

Ortskrankenkasse der Weber und verwandter Gewerbe.

General-Versammlung sämtlicher Delegierten.

Sonntag, 23. April, vorm. 10 Uhr, in **Thiels Saal**, Fruchtstr. 36a.

Tagesordnung:
1. Vorlage der Jahresrechnung pro 1898.
2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Erteilung der Decharge.
3. Wahl eines Kassenführers und dessen Stellvertreters.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes nach § 38 des Statuts letzter Absatz.
5. Wahl eines Stellvertreters des Kassierers.
6. Abänderungen der §§ 12, 33, 40 und 48 des Statuts.
7. Verschiedenes.

Achtung!

Sollte die vorstehende Tagesordnung aus irgend einem Grunde nicht erledigt werden können, so findet in demselben Lokal und zur selben Stunde, am Sonntag, den 30. April, die Fortsetzung der General-Versammlung behufs Erledigung der übrig gebliebenen Punkte statt. Eine weitere Bekanntmachung hierzu findet nicht statt. 2098b

Berlin, den 16. April 1899.

Der Vorstand.
J. Riesmeier, Vorsitzender. G. Berndt, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.

Ordentl. Generalversammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber

am **Sonntag, 23. April**, vormittags 9½ Uhr, im **Dresdener Garten**, Dresdenerstr. 45.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht pro 1898. 2. Bericht des Rechnungsausschusses und Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung. 3. Antrag der Kassenbeamten auf Erhöhung des Gehalts. 4. Antrag von 5 Ortskrankenkassen zur Abstellung einiger Härten des Krankenversicherungs-Gesetzes. 5. Verschiedenes. — Die Herren Vertreter werden ersucht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 70/1

Berlin, den 15. April 1899.

Der Vorstand.
E. Davidshäuser, Vorsitzender. E. Rabe, Schriftführer.

Ortskrankenkasse d. Bildhauer, Stuccateure u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Die ordentliche Generalversammlung findet nicht am Dienstag, 18. April, sondern am **Mittwoch, 26. April 1899** statt. [20/10

Der Vorstand.
J. A.: J. Söhner, Vorsitzender.
Berlin, den 15. April 1899.

Volkstheater im Welt-Restaurant
Dresdenerstr. 97.
Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Anfang sonntags 6 Uhr. [27065

Buss' Salon
Große Frankfurterstraße 85.
Empfehle meine Säle nebst Garten noch für einige Sonnabende an Vereine
20901] **Otto Theel.**

Achtung!

Wegen Aufgabe meines Geschäfts, mein Lager in **Stoffen und Futtersachen** zu räumen, fertige Anzüge nach Maß, reiner Woll-Cheviot, für 27 Mk., Kammgarn für 36 Mk., Hosen für 8 Mk., Paletots für 20 Mk. Auch wer Stoff hat, fertige Anzüge nach Maß, beste Zuthaten, garantiert guter Sitz, für 18 Mk. 8829*

Weberstrasse 63, Laden.

Neu eröffnet! Großes Lager in
Kinderwagen
Sportwagen und Kindermöbel.
Billigste Preise.
Emil Hummel, Oranienstr. 64, Hof.

Bildungsverein „Mehr Licht!“

Heute Sonntag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstraße 27c:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn **Dr. Friedeberg** über: „Die Schwindsucht, mit besonderer Berücksichtigung der Volksheilstätten.“ Diskussion. Nachdem: **Geselliges Beisammensein und Tanz.** 120/13

Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Zur Beachtung für die Mitglieder! Montag, den 17. April, abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: General-Versammlung.

Steinarbeiter!

Dienstag, den 18. April 1899, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Bauarbeiterschutz-Kongreß. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Regelung der Krankenunterstützung. 4. Verschiedenes.

172/9 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Kutscher, Hausdiener, Packer, Möbeltransporteure, Speicherei- und Kohlenarbeiter!

Sonntag, den 16. April cr., abends 6½ Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung: 1. Der Kongreß zu Leipzig und die Stellung der Berliner Lokalisten zur Einigungsfrage. 2. Diskussion und event. Beschlußfassung über die weiter zu unternehmenden Schritte.

Die Vertrauensmänner: **Rob. Oertel. Paul Wolf.**

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16/17. *Belle-Alliancestrasse 1/2.*

Schuhwaaren.

Damen-Knopfschuhe, braun Ziegenleder . 2,90 Mk. 4,75 Mk.
Damen-Knopfschuhe, Rossleder . . . . . 2,90 Mk.

Damen-Schnürschuhe, braun Ziegenleder 2,90 Mk. 4,75 Mk.
Damen-Schnürschuhe, Rossleder . . . . . 2,90 Mk.

Damen-Spangenschuhe, braun Ziegenleder 2,90 Mk. 4,75 Mk.
Damen-Spangenschuhe, Rossleder . . . . . 2,90 Mk.

Damen-Hausschuhe, m. Absatz braun Ziegenleder 2,10 Mk.
Damen-Hausschuhe, m. Absatz Rossleder . . . 2,10 Mk.

Kleiderstoffe.

Köper-Loden, doppeltbreit, Meter . . . 50 Pfg.
Crèpe royal, neue Farben, Meter . . . . 1,20 Mk.

Natté-Caro, waschbar, doppeltbreit, Meter . 60 Pfg.
Wipcord-Beige, neue Melangen, Meter . 1,35 Mk.

Changeant, dunkel gemust., doppeltbr., Meter 75 Pfg.
Wipcord, schwarz, gute Qualität . . . . . 1,50 Mk.

Schürzen.

Knaben-Spielschürzen, grau Leinen, roth besetzt, 2 Taschen,

Länge ca.	45	50	55	60	65 cm
Preis	65	75	90 Pf.	1,05 Mk.	1,15 Mk.

Knaben-Spielschürzen, marine, mode und blau, farbig besetzt, 2 Taschen,

Länge ca.	45	50	55	60	65 cm
Preis	45	53	60	65	70 Pf.

Kinder-Hängeschürzen, Satin, gestreift, farbig garnirt

Länge ca.	45	50	55	60	65	70	75 cm
Preis	85	1,00 Mk.	1,15 Mk.	1,25 Mk.	1,40 Mk.	1,55 Mk.	1,70 Mk.

Kinder-Hängeschürzen, roth und blau Köper mit farbig. Soutache garnirt,

Länge ca.	45	50	55	60	65	70	75 cm
Preis	1,15 Mk.	1,30 Mk.	1,45 Mk.	1,60 Mk.	1,70 Mk.	1,85 Mk.	1,95 Mk.

Mädchen-Schulschürzen, schwarz Panama, farbig besetzt,

Länge vom. Gurt ca.	50	55	60	65	70	75 cm
Preis	1,75 Mk.	1,90 Mk.	2,00 Mk.	2,15 Mk.	2,25 Mk.	2,40 Mk.

Hausschürzen, kräftiges imit. Leinen, extra weit mit Tasche . . Stück 95 Pf.

Hausschürzen, extra weit, weiss gepaspelt, mit Volant und Tasche Stück 1,30 Mk.

Schirme.

Damen-Sonnenschirme, farb. Halbseide, mit Schleife garnirt . . . . . 1,85 Mk.
Damen-Sonnenschirme, Halbseide, schwarz-weiss, schwarz-roth u. weiss-blau karrirt . . . . 2,85 Mk.

Damen-Sonnenschirme, Köper-Halbs., moderne Farben mit breiter Schleife . . . 2,85 Mk.
Damen-Sonnenschirme, Halbseide, mit Futteral, mod. Farben m. passend. Seiden-Portemonnaie . . 3,60 Mk.

Damen-Sonnenschirme, Halbseide mit Futteral, weiss mit farbig karrirt . . . . . 4,60 Mk.
Damen-Sonnenschirme, gestreifte Halbs., mit Futteral und Schleife . . . . . 4,85 Mk.

Elegante Neuheit.
Damen-Sonnenschirme { in weiss mit farbiger / in farbig mit schwarzer } **Seidenrüsche** garnirt **3,85 Mk.**

Kleiderstoff-Reste und Roben
zu ausserordentlich billigen Preisen.

Kaufhaus Gebrüder Joseph

Berlin-Gesundbrunnen, Badstrasse 32, 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit für Frühjahr und Sommer

Kleiderstoffe.

Neuheiten für solide Hauskleider.
Melierte Loden-, karierte, gestreifte, gemusterte Fantasiestoffe, Mohair- und Lustre-Stoffe, glatt und gemustert, ganz Wolle, einfarb. Cheviots, Breite 90—100 Ctm., Mtr. 175, 88, 74, **48 Pf.**

Neuheiten für praktische Strassenkleider.
Ganzwollene Covert-Coats, Zwirn- und Moulinó-Stoffe in vielen Melangen, schönen Streifen, kleinen Karos, ferner englische Neuheiten, Noppe-Stoffe, sowie gediegene einfarbige Qualitäten, Breite 100—130 Ctm., ... Mtr. 210, 196, 135, **95 Pf.**

Neuheiten für leichte Sommerkleider.
Einfarbige Batiste, Etamine, Grenadine, glanzreiche Mohair- und halbseidene Stoffe, Breite 95—120 Ctm., Mtr. 245, 198, 165, **88 Pf.**

Neuheiten für elegante Promenadenkleider.
Halbseidene und ganzwollene Stoffe, Crepons, Matelasses- und Fantasie-Gewebe, glanzreiche Alpakas und feinfädige Kammgarn-Stoffe, neue effektvolle Farbenstellungen, Breite 110—120 Ctm. . . . . Mtr. 115, 95, 73, **76 Pf.**

Neuheiten für hochelegante Kleider.
Neue Fantasie-Stoffe in den neuesten Bindungen und Farbenstellungen in dicht, klar und halbklar, in- und ausländische Fabrikate zu Promenaden- und Gesellschaftskleidern, Breite 100—120 Ctm. . . . Mtr. 275, 198, 150, **125 Pf.**

Neuheiten für Blusen und Kinderkleider.
Karierte u. gestreifte Fantasie-Stoffe in Glanzwolle u. Halbseide, sowie Lawn-tennis- und flanellartige Blusenstoffe.

Grosse Sortimente farbiger und schwarzer Seidenstoffe. ✻ **Reste** in Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Leinen, Baumwollwaren, sowie einzelne Tischtücher, Handtücher, Steppdecken u. Gardinen werden jeden Montag u. Donnerstag zu fabelhaft billigen Preisen z. Verkauf gestellt.

Gr. Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.
Liebehenschel, Mariannenstr. 48.

Empfehle mein Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal, fr. Bill. Vereinszimmer zu verg. Franz Ehrlich, Fürstenwalderstr. 5.

Achtung!
Am 19. April beginnt ein neuer **Abendkursus** für Praktiker zur Ausbildung von **Elektromonteuren, Installateuren, Maschinisten u. Zeichnern.**
Vorkenntnisse nicht nötig. Dauer 5 Monate, monatlich 6 Mark.
Tüchtige Lehrkräfte. Gediegene Ausbildung. Stellennachweis.
G. Jacksons Elektrotechnikon, Alte Jakobstr. 24.
Telephon IV 2042 und 2202.
Lehrer: Herr Elektro-Ingenieur **Giller.** 2700b

Musik
Grosses Lager in **Zithern, Violinen, Guitarren, Flöten, Mandolinen** usw., sowie alle mechanischen Werke zum drehen und selbstspielend, **Automaten** stets vorrätig bei
Aug. Kessler, Lausitzerstr. 52.
Musikwerke-Verleih und Reparatur-Werkstatt.

Echte Kornbranntweine aus reinem Roggen und Malz gebrannt.
Wiekscher Liter 65 Pf., Richtenberger 95 Pf., Münsterländer 1,10 M., Breslauer 1,25 M., Steinhäger, Doornkaat, Aquavit 2c., in Originalfüllung. Cognac in großer Auswahl, Fl. 1,10—25,00 M. **Feinste in- und ausländische Liqueure, Ungarweine 2c.** empfiehlt die Weinhandlung von **F. Willumeit,** Alexanderstraße 62, Potsdamerstraße 48 (Eingang Kurfürstenstraße), und Skalitzerstraße 135.

Möbel auf Teilzahlung. **J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre.**

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst Frankfurter Allee 110 I, Ecke Königsbergerstr.

Für wenig Geld den schönsten Hut für Damen und Kinder
Carl Schloss,
Wiener-Strasse 22.
— direkt am Görlitzer Bahnhof. —

Karol Weils Seifenextrakt
darf zu keiner Wäsche und niemals in der Küche fehlen.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Berliner Gewerkschafts-Kommission. In der am Freitag abgehaltenen Delegiertenversammlung wurde zunächst über den Geschäfts- und Kassenbericht für 1898 diskutiert. (Derselbe ist in Nr. 62 von uns besprochen und in der vorigen Delegiertenversammlung von Millarg mündlich erläutert worden.) In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner anerkennend über den Bericht aus, andererseits wurden hinsichtlich der Form und des Inhalts desselben einige unerhebliche Ausstellungen gemacht und Wünsche bezüglich der Abfassung zukünftiger Berichte ausgesprochen. Unter anderen bemerkte Winkler, das reichhaltige und gute Material, welches die Maurer und Holzarbeiter zum Bericht beigetragen haben, sei für diesen zu umfangreich, es sei in der Fachpresse am Platz, aber nicht in diesem Bericht. Um in den Angaben, betreffend die Verhältnisse der einzelnen Gewerkschaften, eine größere Einheitlichkeit zu erzielen, möge der Sekretär in Zukunft den Gewerkschaften mitteilen, welcher Art das von diesen zu liefernde Material sein solle. — Zu einem, in dem Bericht enthaltenen Referat über eine Delegiertenversammlung ist ein die Frau Gubela betreffender Passus enthalten. Klavierarbeiter Arend und Maurer Metzke protestieren gegen denselben, weil sie darin eine Verunglimpfung der Lokalorganisationen erblicken. Demgegenüber bemerkte Millarg, sowie die Ausschußmitglieder Link und Busse, daß die Auffassung eine irrige sei, und der Ausschuß in der Organisationsfrage eine vollkommen unparteiische Stellung einnehme. — Auf Antrag des Revisors Danziger wurde dem Sekretär einstimmig Decharge erteilt. —

Hierauf referierte Millarg über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Neueinschätzung der Gewerkschaften. Er sagte: Nachdem die Delegierten durch die im Dezember erfolgte Zustimmung zur Erweiterung des Bureaus und Anstellung eines zweiten Beamten ihre Gewerkschaften verpflichtet haben, auch für die hieraus entstehenden Mehrkosten aufzukommen, habe der Ausschuß eine Aufstellung gemacht über die Höhe der Beiträge, welche die einzelnen Gewerkschaften zu leisten haben. Bisher hätten die laufenden Ausgaben durch die Beiträge der Gewerkschaften nicht völlig gedeckt werden können. Um das Entstehen solcher Defizits zu verhindern und gleichzeitig die durch die Erweiterung entstehenden Mehrkosten zu decken, müßten die Einnahmen um 4500 M. jährlich erhöht werden. Die Gesamtkosten des Bureaus, einschließlich des Gehalts für zwei Beamte würden pro Jahr 7300 M. betragen. Bei der Neueinschätzung sei man von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß es doch notwendig sei, die größeren Gewerkschaften zu den Beiträgen stärker heranzuziehen, als es nach dem bisher üblichen Einschätzungsmodus der Fall war. Redner verliest die neue Einschätzungsliste und ersucht die Delegierten, sich darüber zu äußern. — Bezüglich der Erhöhung des Beitrages für die größeren Gewerkschaften bemerkte Körsten, er könne vor Rücksprache mit seiner Gewerkschaft über diesen Punkt keine bindende Erklärung abgeben, er meine aber, wenn die größeren Gewerkschaften mehr zahlen sollen, dann müßten ihnen hinsichtlich der Vertretung in der Kommission auch mehr Rechte eingeräumt werden. Tischendörfer hält ein solches Verlangen nicht für gerechtfertigt. Ferner schlug er vor, man könne einen Teil der Bureaukosten dadurch decken, daß man von den durch das Bureau gehenden Geldern einen gewissen Prozentsatz erhebe. Massini meinte, den größeren Gewerkschaften müsse für die höheren Beitragsleistungen ein Aequivalent geboten werden. Dasselbe solle darin bestehen, daß bei wichtigen Abstimmungen den Delegierten für je 500 Mitglieder ihrer Gewerkschaft eine Stimme eingeräumt werde. Die höheren Beiträge würden die Buchdrucker gern zahlen, aber sie wünschen, daß bei wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. Bewilligung von Streiks, die großen Gewerkschaften, welche doch die meisten Kosten dafür tragen müssen, gegen eine Majorisierung durch die Vertreter der kleinen Gewerkschaften geschützt werden. — Gegen diese Ansicht machte sich ein Widerspruch einzelner Delegierter bemerkbar. — Ferner wurde angefragt, ob denn bei dem Kostenanschlage das bisherige Beamtengehalt von 1800 Mark zu Grunde gelegt, oder mit einer Gehaltserhöhung gerechnet worden sei. — Nachdem Millarg bemerkt hatte, daß die Berechnung auf einem Anfangsgehalt von 1800 M. fuße, bezeichneten mehrere Redner diesen Satz als ungenügend, da man für ein solches Gehalt eine tüchtige Kraft nicht bekommen würde, und auch in anderen Städten die Gewerkschaftssekretäre mit einem Jahresgehalt von 2000 M. angestellt werden. — Busse erklärte, der Ausschuß sei sich auch darüber einig gewesen, daß man den Beamten ein Gehalt von 2000 M. bewilligen müsse, wenn das in der Berechnung nicht berücksichtigt sei, so liege nur ein Versehen vor. — Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Winklers angenommen: Die Neueinschätzung nochmals an den Ausschuß zu verweisen und demselben aufzugeben, bei seinen Berechnungen ein an beide Beamte zu zahlendes Gehalt von je 2000 M. zu Grunde zu legen. — Winkler hatte seinen Antrag damit begründet, daß vor der endgültigen Regelung der Gehaltsfrage die Finanzlage erst klar dargestellt werden müsse und die Delegierten sich darüber informieren könnten, ob ihre Gewerkschaften mit den auf sie entfallenden Beiträgen einverstanden sind.

Hierauf wurde zur Wahl des zweiten Beamten geschritten. Busse berichtete, es hätten sich auf die Ausschreibung der Stelle 18 Bewerber gemeldet, von denen der Ausschuß nach reiflicher Prüfung der Qualifikation der Betreffenden den Delegierten vier Personen zur Wahl stelle.

Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel. Abgegeben wurden 71, darunter sechs unbeschriebene Zettel. 40 Stimmen fielen auf den Former Albin Körsten, derselbe ist somit gewählt.

Körsten dankte für das ihm bewiesene Vertrauen, er werde dasselbe durch seine Thätigkeit zu rechtfertigen suchen.

Nach Erledigung der Tagesordnung bemerkte Körsten: In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Kuratoriums des Centralvereins für Arbeitsnachweis habe Dr. Freund bestätigt, daß in jener Sitzung, welche den Anlaß zu den letzten Debatten in der Gewerkschafts-Kommission gab, eine schriftliche Resolution nicht vorgelegen habe, und der vielbesprochene Zeitungsbericht nur im Sinne der in jener Sitzung gemachten Ausführungen abgefaßt worden sei.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 8. April seine außerordentliche Versammlung ab, in der der Kassierer Hensel die Abrechnung vom ersten Quartal 1899 gab. Danach beträgt die Einnahme 686,20 M., die Ausgabe 511,— M. Mit einem Bestand vom 4. Quartal in Höhe von 1184,70 M. ist ein Vereinsvermögen von 1259,90 M. vorhanden. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Darsow, erster, Böttcher, zweiter Vorsitzender; Haffner, erster, Dahlgrün, zweiter Schriftführer; Hensel, erster, G. Wagner, zweiter Kassierer; Schennemann und Schliffke, Beisitzer; Piepenhagen, Bibliothekar. Die drei Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch drei Kollegen aufgenommen und auf die öffentliche Versammlung am 17. d. M. hingewiesen worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Möbelpolierer (Filiale Norden) nahmen zur Lehrlingsfrage in ihrer Versammlung am 10. April folgende Stellung ein: In Anbetracht, daß durch das wilde Anlernen von Möbelpolierern der Beruf sowie die Berufsgenossen geschädigt werden, weil eine ganze Anzahl nicht genügend vorgebildete Kräfte auf den Arbeitsnachweisen erscheinen und dieses gemeinnützige Institut in Mißkredit bringen, beschließt die Versammlung: 1. Das Recht einen Lehrling zu halten haben nur diejenigen Polierer, welche einer Werkstatt mit mehr denn 5 Gehilfen vorstehen. In der Regel soll nur auf je 5 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden. 2. Der Lernende darf nicht über 21, der Lehrende nicht unter 25 Jahre sein. Die Lehrzeit soll mindestens ein Jahr betragen, bei schlechter Leistung auch länger. Der Wochenlohn wird so zu vereinbaren sein, daß er den Lernenden ermöglicht, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. 3. Alle Abmachungen sind kontraktlich abzuschließen.

Spandau. In der General-Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau, welche am Dienstag im Wehe'schen Lokale tagte, erstattete Rieger den Geschäftsbericht. Aus demselben ging hervor, daß dem Verein im verflossenen Halbjahr 32 Mitglieder neu beigetreten und 7 ausgeschlossen worden sind. Zur Zeit gehören dem Verein 93 Mitglieder an, welche sich auf folgende 21 Berufe verteilen:

Beruf	Mitglieder des soc.-dem. Arbeitervereins	Gewerkschaftlich organisirte Angehörige des Berufes	Abonnenten von Parteiblättern
Brauer und Hilfsarbeiter	17	48	22
Maurer	10	211	35
Zimmerer	7	100	26
Böttcher	7	10	2
Bau- und Erdarbeiter	6	71	5
Restaurateure	6	—	6
Schneider	4	26	4
Schriftsetzer	3	—	—
Schuhmacher	4	10	2
Korbmacher	3	—	—
Klempner u. sonst. Metallarbeiter	4	—	—
Töpfer	2	23	10
Bäcker	2	16	3
Tapezierer	2	—	1
Tabakarbeiter	2	24	5

Je ein Mitglied stellen die Maler, Tischler, Kürschner, Porzellanarbeiter, Bureau-Angestellten. Von acht Mitgliedern fehlt die Berufs-Angabe. In vorstehenden Zahlen figurieren auch 16 Kleingewerbetreibende. Hierauf wurde von dem Kassierer Schorler der Kassenbericht erstattet und von den Rednern allgemein die mangelhafte Beteiligung an der politischen Organisation des Ortes bedauert.

Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen Schröer als Vorsitzender, Duckch als Kassierer und Rieger als Schriftführer hervor. Schröer gab alsdann den Mitgliedern ein Bild der Parteibewegung in Spandau und appellierte an die socialdemokratischen Arbeiter, nunmehr die Ruhepause, in die uns die letzte Reichstagswahl versetzt, endlich zu beenden und frischen Mutes wieder an die Agitation für unsere Ideen zu gehen. Mit stürmischen Bravos wurde am Schlusse der Versammlung das den Sieg des socialdemokratischen Kandidaten im zweiten Berliner Wahlkreise verkündende Resultat der abgegebenen Stimmen aufgenommen.

Der Verein der Plätterinnen nahm in seiner Versammlung am 11. April den Bericht der Kassiererin vom letzten Vierteljahr entgegen. Danach ist ein Bestand von 267,44 M. vorhanden. Als Revisoren wurden Frl. Woldt, Frl. Siebert und Frau Stubert gewählt. Unter Verschiedenem wurde die Firma Hammerstein u. Hirschberg, Jüdenstr. 59, einer scharfen Kritik unterzogen und einige Vorkommnisse in der Krankenkasse für Wäschefabrikation besprochen.

Deutscher Senefelder-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Riegel, Stralauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Berliner Arbeiter-Verein. Montag, den 17. April, abends 8½ Uhr, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Max Steinschneider über: „Ed. Bernsteins neueste Stellung zur socialen Frage." Gäste haben Zutritt.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 17. April, abends 9 Uhr, bei Neumann, Brunnenstr. 150: Vortrag des Herrn Dr. Barow über „Gesundheitsregeln in der Häuslichkeit". Gäste willkommen. — Die Mitglieder, welche noch Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, werden gebeten, dieselben bis zur Generalversammlung abzuliefern. Die Generalversammlung findet am 24. April, abends 9 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20, statt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verw. Berufsgenossen Deutschlands. (E. H. Nr. 91.) Montag, den 17. April, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20: Mitgliederversammlung. Die Zahlstellen sind an diesem Abend geschlossen. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung der Fliesenleger am Dienstag, den 18. April, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht der Vertrauensmann.

Achtung, Sattler! Das Versammlungslokal der Filiale I befindet sich nicht mehr Alexanderstr. 27c, sondern Neue Roßstr. 3 im „Englischen Hof" bei Herrn Büsching.

Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und der Umgegend. Dienstag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gerth, Tempelhof, Dorfstraße: Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

H. Becker, London. Wir erhielten von Ihnen per Postanweisung 9,18 M.; für wen und was ist der Betrag?

Quärulo. Sie scheinen die alten Quärulierparagraphen zu meinen. Wir können dieselben nicht innerhalb des Raumes eines Briefkastens zum Abdruck bringen. 2. Nach Ansicht des Kammergerichts ja, sonst bestritten. — **A. B.** Klagen Sie auf Zahlung der 10 M. und des zu Unrecht abgezogenen Klebebetrages, das ist des für mehr als ein halbes Jahr berechneten. — **A. Z.** 1. Nein. 2. Nach keinem. — **Gahl.** 1. Ist nicht zu empfehlen, warten Sie bis zum Oktober, November. 2. und 3. Ja. — **Tilsit.** Die Pfändung des Arbeitslohns ist in Ihrem Fall nicht zulässig, wohl aber die Pfändung des Ringes, der kein Trauring ist. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. — **G. T. T. 99.** Ja. — **Kratzmann.** 1. Nach richtiger Ansicht ja. 2. Der Bauherr. 3. Ja, ebenfalls alle und der Bauherr. — **Alter Abonnent Rixdorf.** 1. und 2. ohne nähere Darlegung des Vertragsverhältnisses nicht zu beantworten. 3. Am Abend. — **Schule.** Die Antwort des Lehrers entspricht dem Gesetz. — **A. Oehmchen.** Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben. — **H. B. 35.** Ja. — **H. Sch. 12.** Nein. — **D. H. 40.** 1. Ja. 2. Nein. — **Aust.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Gleiches Erbrecht besteht.

Hussitenstr. 40. Wenden Sie sich persönlich an den Vorsitzenden des Vereins der Maschinisten und Heizer: Herrn Arno Holz, Sipsstr. 9, Berlin C., oder an Herrn Ingenieur P. Grempe, Schönleinstr. 10, I, Berlin S. Im Briefkasten lassen sich technische Fragen dieser Art nicht ausführlich beantworten.

Witterungsübersicht vom 15. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.
Swinemünde	750	W	3	wolkig	7	Haparanda	757	NW	4	wolkenl.	−6
Hamburg	748	S	4	bedeckt	8	Petersburg	759	W	1	bedeckt	−1
Berlin	750	SW	3	heiter	7	Cork	749	NNO	3	wolkig	7
Wiesbaden	751	SW	2	heiter	8	Aberdeen	750	NO	6	wolkig	5
München	753	SO	3	heiter	5	Paris	747	S	4	Regen	6
Wien	754	Still	—	wolkenl.	5						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 16. April 1899.
Mild und vielfach heiter, zeitweise wolkig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Sohn, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Silberpresser

Karl Pankow,

am Donnerstag, den 13. d. M., morgens 5 Uhr, im Alter von 28 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Wittwe **Ottilie Pankow**
geb. Suhren u. Geschwister.
Die Beerdigung wird später bekannt gemacht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Hermann Peschel

am Donnerstag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 17. ds., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Louisenstädtischen Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
79/19 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken- u. Begräbnis-Kasse d. Berl. Gürtler u. Bronceure
(E. H. 60.)
Die Beerdigung des am 13. d. M. verstorbenen Mitgliedes Gürtler

Otto Schulz

findet am Sonntag, den 16. April, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Dieffenbachstr. 32 aus statt. Um rege Beteiligung bittet 2753b
Der Vorstand.

Sonnabend verschied der Kaufmann
Karl Gawehn
im Alter von 32 Jahren. Die Beerdigung findet Dienstagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle Wilhelmsberg statt. 2744b

2719b) **Danksagung.**
Allen denen, welche meinem Manne, dem Händler **Albert Kiehn**, die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere seinen Kolleginnen und Kollegen der Markthalle IX für die zahlreichen Kranzspenden, sowie dem Gesang-Verein „Waldesgrün" sage ich meinen herzlichsten Dank. **Ww. M. Kiehn.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines mir unvergeßlichen lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, Schwieger- und Großvaters **Fritz Nöckel** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. [2763b
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Ww. Luise Nöckel.

Männergef.-Verein f. stimmbegabte Mitgl. Zu meld. Dienstag 9—11 bei **Drahtschmidt**, Stalitzerstr. 102.

Achtung! Neu-Weißensee.
Meinen Genossen und Freunden mache ich bekannt, daß ich mein [2347b
Tabak- und Cigarren-Geschäft
seit dem 1. April von der Sedanstr. 33a nach der König-Chaussee 39a verlegt habe. **Julius Schillert.**

M. Schmerberg
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 127
Uhrmacher u. Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äuß. bill. Preisen. **Optische Artikel.** [15092*
Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Vergnügungs-Vereine.
Vereinszimmer, event. mit Bühne, Sonntags frei geworden. **Altmann**, Neue Hochstr. 49. 2746b

Hurra! Hurra! Hurra!
August Kross
ist wieder da!
Weiß- u. Bayrischbier-Lokal
Marienburgerstr. 2. [2727b
Vereinszimmer. Kegelbahn.

2734b
Saal,
Vereinszimmer u. Kegelbahn
sind noch einige Tage zu vergeben; auch Räume zum Arbeitsnachweis u. zur Abhaltung von Festlichkeiten.
Fernspr.-A. 1a, Nr. 5148. **Pinzer**, Schützenstr. 18/19.

Eine Million!
Wanzen ohne Gnade mitsamt der Brut sofort und gründlich beseitigt mein Wanzentod in Fl. 50 Pf. und 1 Mk. Spritzapparat 50 Pf.
Schwaben mitsamt der Brut schnell und für immer beseitigt mein Schwabentod. 50 Pf. und 1 Mk. per Dose. Radikaler Erfolg garantiert nur direkt beim Erfinder **Georg Pohl**, **Droguerie Berlin, Brunnenstr. 157.**

Foenum graecum-Seife
(System Kneipp)
Aufseh. erregend. Schönheitsmitt.

Fahrradhändler
kaufen sämtliche Zubehör- u. Rohteile sowie Gestelle, gespannte Räder sehr vorteilh. Oranienstr. 47, Fahrradart. Engr.

Fahrräder
verpfändet gewesene, gebrauchte u. neue erstklassige Damen- u. Herrenräder verkauft spottbillig 72/2*
Konzess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Echt chinesische
Mandarinendaunen
das Pfund Mk. 2.85
natürliche Daunen wie alle inländischen, garantirt neu und staubfrei, in Farbe ähnlich den Eiderdaunen, anerkannt füllkräftig und haltbar; 3 Pfund genügen zum großen Oberbett. Tausende Anerkennungsschreiben. Verpackung umsonst. Versand gegen Nachn. von der **ersten Bettfedernfabrik** mit electrischem Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin S., Prinzenstraße 46.
Man verlange Preisliste.

Teppiche, gute Qualität Druckfehler, spottbillig.
Steppdecken, Wollatlas 3,50 Handarbeit, 6,25 an.
Sophabezüge, 4,00—6,00. 8,00 — 12,00, 15—25 M.
Gardinen, Fenster 1,25 an, **Reste** spottbillig
F. Stoehr, Alte Schönhauserstr. 32 u Königsgr., Ecke Münzstr. 17

Schlaf-Sophas
mit Auszug 33 Mark, **Divan** mit Satteltaschen u. Plüscheinfassung 68 M. (Konkurrenz annonciert solche m. 85 M.) **Ruhebett** 28 M., Garnitur gewebtes Muster u. Seidenplüsch-Einfassung 120 M. **Gebrauchtes Sopha**, neu bezogen 18 M. 5jähr. Garantie.
Polstermöbel - Fabrik
Müllerstr. 3a (am Weddingplatz), Hof, Fabrikgebäude part. [11822*

Fahrräder verpfändete
für ⅓ des Wertes, sowie 500 Stück von Aktien-Gesellschaft wegen Geldregulierung auf Probe und Garantie
nur 130 Mark.
Prospekt gratis! **Berlin**, Augustst. 41.

Kinderwagen, 6,8, hochfeine 15 M., vernickelt 16-60 M., **Kinderbettstell.** von 8 M., Kinderklappstühle, Sport- und Puppenwagen, bill. Preise, nur *
Prinzenstr. 55,
Ecke Dresdenerstr.
Gust. Linke.

Möbel, einzeln wie in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, solid und billigst. Gebrauchte u. verliehen gewesene Möbel zu besonders niedrigen Preisen jetzt 72/1*
Oranienburgerstr. 91 im Laden.

Habe Waldemarstraße 32 ein **Cigarrengeschäft** übernommen und bitte werte Genossen um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll **Max Schön.**

Steppdecken Reine Wolle
am billigsten 14339*
M. 3,50, 4,00, 5,50, 6,75
bis zu den elegantesten
R. & S. Moses,
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle.

Billigste Bezugsquelle, grösste Auswahl in chic garnierten **Damenhüten.**
Geschw. Meyer, Alte Jakobstr. 100, III.

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner,
Jerusalemerst. 12,
Brunnenstr. 6.
Großartige Auswahl von Kinder-, Sport- u. Puppenwag., best. Fabrikat, billigst. Abzahlung gestattet. [*

Cigarre **Damp 5½ Pfg.** v. Sk. milde.
Sumatra u. importirt. Tabaken hergestellt. **10 Stück 55 Pf., bei Kisten Rabatt. Ernst Damp, Friedrichstr. 200,** auch: **Oranienburgerstr. 50,** Ecke Linienstr., auch: **Friedrichstrasse 99,** a. d. Stadtbahn. [49/14*

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

J. Jurke & Co., Kloster-Strasse 98 part.
en gros **Manufakturwaren, Wäsche,** en gros
Schürzen, Jupons etc.
Einzelverkauf zu niedrigsten Engrospreisen.
Reste spottbillig. 2604b

Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmandel, Berlin S.,** 72, Wall-Strasse 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 13499*

Reinhold Werner, Schneidermeister,
Kleine Andreasstrasse 12, I., Ecke Andreasplatz und **Grosse Frankfurterstrasse 70,** im Laden.
Elegante **Anzüge** und **Paletots** nach **Maß** von **30 M.** an bis zu den feinsten. Für eleganten Sitz und elegante Ausführung bürgt meine seit 16 Jahren bestehende Firma. Grosses Tuchlager. Teleph. VII. 4678 u. 23.
Fracks und **Gesellschaftsanzüge** werden verliehen. [14179*
Filiale: **Friedrichshagen, Friedrich-Straße 105.** Telephon: 28.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131. Coulante Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

Wer keinen Stoff hat zum Anzug, Paletot oder Hose, kauft bei Tuchfabrikanten, da ich große Posten Partie-Waaren per Kasse nur billiger, wie beim (pottbillig) einkaufe. **Stoff zum Herren-Anzug 9 Mark,** neueste Muster, ff. Tuch-Kammgarnstoffe, nie glänzend werdend, in schwarz, **Hosen-Reste,** schöne Muster, zu 4—5—6 Mark. **Reste zu Knaben-Anzügen,** — Gleichzeitig Schneiderei! Anzug zu fertigen 20 Mark. — Gelernte Zuschneider, zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz.
Ludwig Engel, Herren-Bekleidung, **Münzstr. 26 part.** [1241L*
Fernsprecher: Amt III Nr. 1815.
Kein Kaufzwang. Wem versuche. Freie Besichtigung des Lagers.

Man verlange **gratis und franco** mein neues **Preisbuch 1899.**

Fabrik-Versand und Kaufhaus
Jacques Raphaëli, Inh. Th. Büsing, **Berlin C., An der Spandauer Brücke 2.**
Fahrgeld wird jedem Käufer vergütet.

Wochentage bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Herren-Frühjahrs- und Sommer-Paletots, nur beste Qualität, saub. Verarbeitung, Mk. 10, 14, 19, 24 etc.
Herren-Anzüge, ein- u. zweireihig, in hochmodernen Façons, tadelloser Sitz, peinlich saubere Ausführung. Mk. 10, 14, 19, 24 etc.
Herren-Beinkleider, hell-, mittel- u. dunkelfarb., Mk. 2,80, 3,80, 4,80, 5,80 etc.
Herren-Anzüge nach Maass Mk. 32,— 38,— 43,— etc.
Sommer-Paletots nach Maass Mk. 23,— 27,— 32,— etc.
Herren-Hosen nach Maass Mk. 8,75 10,75 13,50 etc.

Schuhwaaren.
Täglicher Eingang von Neuheiten in farbigen u. schwarzen Kinder-, Damen- und Herrenschuhen und Stiefeln.
Garantie für Haltbarkeit durch gedruckte Garantie-Scheine.

Für Herren:
Segeltuch-Schnürschuh Absatz, Lederbesatz 3,10
Rindleder-Zug- oder Schnürschuh, reine Lederzuthaten . . . 3,90
Echt Ziegenleder Braun Schnürschuh 5,75
Zugstiefel ohne Naht, Rindleder . . . . . 5,—
Zugstiefel ohne Naht, Wildkalbleder, genäht 6,75

Für Damen:
Segeltuch-Schnürschuh Absatz, Lederbesatz . 2,60
Rossl. Schnür- od. Knopfschuh 3,75
Echt Ziegenleder braun Schnür- od. Knopfschuh 4,25
Echt Ziegenleder, Schnür- oder Knopfstiefel . . 6,75, 7,50
Grösstes Lager der besten Schuhwaaren der Welt „Goodyear".
Kinderschuhe von 0.50 an.

Sonntag von 8—10, 12—2 Uhr geöffnet.

Cigarren, denkbar grösstes Lager in jeder Preislage per Mille Mk. 14,— 17,— 19,— 21,— 23,— 25,— etc.
Höchste Leistung! Mexico-Havana, Marke St. Andres, Qualitäts-Cigarre, milder Geschmack.
In echten Cedern-Blockkisten verpackt Preis per 100 Stück für nur Mk. 5,50

Dampfdestillation, Fruchtsaftpresserei, Essenzenfabrik im eigenen Hause.
Rum pr. Ltr. v. 1.— an. **Cognac** pr. Ltr. v. 1.25 an. **Eiercognac** pr. 1/1 Ltr. Fl. 2.—. **Bergamott** pr. 1/1 Ltr.-Fl. 1,50.

Man verlange **gratis und franco** mein neues **Preisbuch 1899.**

Unerreicht an Billigkeit sind **Beutler's** echt chinesische **Mandarinen-Daunen,** Pfund nur 2 Mk. 50 Pf. Um sich von der Billigkeit und Güte zu überzeugen, verlange man **Proben gratis und franko.** Umtausch oder Rücksendung gestattet. Versandt gegen Nachnahme. **Bettfedern,** neue, gereinigte, Pfd. 50 und 75 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,00 bis 1,50 Mk. **Fertige Betten,** großer Stand (Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit neuen gereinigten Federn u. rothen Inlets 10 Mk., bessere Sorten 12—15, 18, 24—30 Mk., hochfeine Brautbetten 40—45 Mk. empfiehlt das große Spezialgeschäft 1081U*
L. Beutler, Berlin,
Hauptgeschäft: **Ackerstr. 28,** Ecke Invalidenstraße.
2. Geschäft: Mariannenstr. 10.
3. Geschäft: Kurfürstenstr. 25.
4. Geschäft: Reinickendorferstr. 64c.

Specialität für Bruchkranke
empfiehlt Bruchbänder, Leibbinden aller Art, Geradehalter.
Gummistrümpfe, Gummibinden 2c. Unterlagen für Kinder und Wöchnerinnen. Apparate zur Krankenpflege. Auch Frauenbedienung.
A. Reiche, Bandagist **Berlin C.,** Seydelstr. 15.
Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Unserm neuesten Kurs.

März:

1. **Frankfurt a. M.** Wegen Beleidigung Erfurter Richter Genosse Quarck 300 M. Geldstrafe.
2. **Dortmund.** Genosse Tigges wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 25 M. Geldstrafe.
3. **Spandau.** 2 bezw. 1 Woche Gefängnis die Maurer Borchert und Pollehne wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
7. **Dresden.** Der Maurer Horter 1 Woche Gefängnis wegen Beleidigung eines Nichtorganisierten.
" **Ludwigshafen.** 50 M. Geldstrafe Genosse Wenzel wegen Beleidigung des früheren Vorsitzenden der Ortskrankenkasse.
" **Meiningen.** Wegen Bedrohung rc. zwei Glasbläser 3 Wochen, fünf je 14 Tage und einer 10 Tage Gefängnis.
" **Leipzig.** Wegen des gleichen Vergehens der Textilarbeiter Glanzmann 2 Wochen Gefängnis.
" **Duisburg.** 6 Wochen Gefängnis der Maurer Müller wegen Richterbeleidigung.
8. **Dresden.** Genosse Beyer wegen Beleidigung des Gemeinderats in Trachau 50 M. Geldstrafe.
" **Halberstadt.** 1 Monat Gefängnis Genosse Berlau wegen Beleidigung von Gefängnisbeamten.
13. **München.** Wegen Beleidigung eines Gemeinderats Genosse Schmid 60 M. Geldstrafe.
" **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Pistorius Magdeburg wegen Verletzung des § 131 des St.-G.-B. 4 Monate Gefängnis.
" **Chemnitz.** 2 Monate Gefängnis Genossen Lessen wegen Beleidigung des Stadtrats.
" **Pyritz.** 3 Maurer wegen Beleidigung von Streikbrechern 2, 4 und 6 Wochen Gefängnis.
14. **Erfurt.** Genosse Rudolph wegen Beleidigung eines Hotelbesitzers in Gotha 1 Monat Gefängnis.
" **Nürnberg.** Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Gärtner 100 M. Geldstrafe.
15. **Gotha.** 60 M. Geldstrafe Genosse Joos wegen Beleidigung eines Superintendenten.
" **Leipzig.** 3 Maurer wegen thätlicher Beleidigung 2 je 14 Tage und einer 9 Tage Gefängnis.
" **Frankfurt a. M.** Wegen Beleidigung von Polizeibeamten Genosse Bernhard 100 M. Geldstrafe.
" **Dresden.** 7 Tage Haft Genosse Schöne wegen unerlaubten Sammelns.
16. **Berlin.** Der Putzer Müllrose wegen Nötigung rc. 3 Monate Gefängnis.
" **Frankfurt a. M.** 300 M. Geldstrafe Genosse Quarck wegen Beleidigung einer Militärbehörde.
20. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Müller-Schkeuditz wegen Beleidigung des Generalsekretärs Bueck 100 M. Geldstrafe.
" **Altenburg.** Wegen Beleidigung eines Kammerherrn Genosse Stücklen 3 Monate Gefängnis.
21. **Marburg.** 8 Tage Gefängnis der Schreiner Klöcker wegen Nötigung.
21. **Hamburg.** Genosse Pessier wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
" **Chemnitz.** 30 Mark Geldstrafe Genosse Lessen wegens Aufforderns zu einer unerlaubten Kollekte.
24. **Bautzen.** In der Berufungsinstanz Genosse Kant aus Reidau 14 Tage Haft wegen Verübung groben Unfugs.
25. **Dessau.** Wegen Beleidigung eines Unteroffiziers Genosse Günther 150 Mark Geldstrafe.
27. **Frankfurt a. M.** 4 Monate Gefängnis Genosse Quarck wegen Majestätsbeleidigung.
28. **Rostock.** Genosse Starossjon wegen Beleidigung des Ministeriums 2 Monate Gefängnis.
29. **Erfurt.** Wegen Beleidigung der Postbehörde Genosse Pappe 1 Monat und Genosse Rudolph 14 Tage Gefängnis.
30. **Berlin.** 300 M. Geldstrafe Genosse Jacobey wegen Beleidigung des Polizeipräsidiums, der Staatsanwaltschaft und der Richter in Magdeburg.
" **Aachen.** Zwei Weber wegen Veranstaltung einer öffentlichen, nichterlaubten Kollekte je 3 M. Geldstrafe.
" **Rostock.** Genosse Starossjon wegen Beleidigung eines Pfarrers drei Monate Gefängnis.

Insgesamt wurden erkannt auf 3 Jahre, 1 Monat und 4 Tage Gefängnis und 1571 M. Geldstrafe.

Berlin, den 7. April 1899.

Der Parteivorstand.

Der Veredlungsverkehr in der Handschuh-Fabrikation.

Die Handelskammer in Brandenburg hat an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie bittet, den Veredlungsverkehr mit Glacéhandschuhen auch über die östreichische Grenze zuzulassen. Die Kammer führt aus, daß in ihrem Bezirke mehrere Glacéhandschuh-Fabriken bestehen, die vorzugsweise auf Export ihrer Fabrikate nach England und den Vereinigten Staaten angewiesen seien und deshalb den Ansprüchen des Weltmarkts auf gleichmäßige und schöne Naht peinlichst Rechnung tragen müßten. Um Fabrikate zu erlangen, die den stark konkurrierenden französischen und belgischen annähernd gleich kommen, können nur Arbeitskräfte Verwendung finden, die durch jahrelange in den betreffenden Familien fortgeerbte Beschäftigung geschult seien und dabei die nötige Behändigkeit und Geschwindigkeit der Finger erreicht haben. Solche hervorragend geeignete hausindustrielle Arbeiterinnen seien in den belgischen und böhmischen Grenzdistrikten herangewachsen und werden durch Vermittlung von Faktoreien, die teils im Auslande, teils auf preußischem Boden entstanden seien, mit Arbeit versehen. Versuche, deutsche Arbeiterinnen anzulernen, seien ohne den gewünschten Erfolg geblieben. Da über die belgische Grenze zollfreier Veredlungsverkehr gestattet ist, geraten die Faktoreien an der böhmischen Grenze, die auf österreichische Arbeiterinnen angewiesen seien, in eine bedrängte Lage.

Hiernach sollte man meinen, daß die Hände der deutschen Mädchen und Frauen sich durch besondere Ungelenkigkeit und ihre Finger sich durch Ungeschmeidigkeit auszeichnen, während die der Böhminnen und Belgierinnen eine wunderbare Geschmeidigkeit und Behändigkeit in ihren Familien geerbt haben.

Sieht man sich aber die Umstände etwas näher an, unter denen obige Eingabe gemacht wurde, so muß zunächst daran erinnert werden, daß vor etwa 1½ Jahren in den neun Handschuhfabriken in Brandenburg nach verweigerter Lohnerhöhung ein Streik ausbrach, der etwa 12 Wochen dauerte und mit einer geringen Lohnerhöhung von ca. 5 Proz. endete, während die 120 Arbeiter eine solche von 20 Proz. gefordert hatten. Diesen Lohn, der je nach der Menge gelieferter Arbeit auf 12—16 M. pro Woche steigen kann, brauchte der Unternehmer den Böhmen und Böhminnen allerdings nicht zu bezahlen, indem dort die Löhne für erwachsene Arbeiter 1 fl. 2—3 Kr. betragen und selten 1 fl. 14 Kr. erreichen, welcher niedrige Lohnstand übrigens die ca. 100 Arbeiter von 6 Prager Handschuhfabriken neuerdings veranlaßt hat, auch ihrerseits eine Erhöhung des Lohntarifs zu verlangen. Aber die Brandenburger spekulieren allerdings nicht auf die Prager Handschuhnäherinnen, sondern auf die Arbeit der Kinder der kleinen Orte oben im Gebirge, in Johannisthal, Graslitz, Schönbach rc., wo die Kinder von jeder Gewerbe-Aufsicht unbehelligt mit ihren kleinen Fingern von früh bis in die sinkende Nacht bei der feinen Arbeit sitzen können und dafür vielleicht 30 Kr. per Tag erhalten. Zum Handschuhnähen hat man übrigens in letzter Zeit auch die billige Arbeitskraft der oberschlesischen Frauen und Kinder herangezogen, indem nach dem Berichte der Fabrikinspektion im Bezirk Oppeln im Jahre 1893 570 und im Jahre 1895 730 Personen daselbst mit Handschuhnähen beschäftigt waren und zwar bei einem Tagesverdienst von 30 bis 80 Pf., wobei ersterer Satz für Kinder gilt. Wohin aber die angestrengte Heimarbeit mit Glacéhandschuh-Nähen bei jungen Mädchen führt, zeigt der letzte Bericht der Fabrikinspektion in Hannover, in dem auf den elenden Gesundheitszustand vieler Handschuh-Näherinnen hingewiesen wird, die oft 14 bis 17 Stunden pro Tag bei der Arbeit sitzen und wo die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 b der Gewerbe-Ordnung auf die Werkstätten in Handschuh-Fabriken empfohlen wird.

Was den Hinweis auf die feine Arbeit betrifft, die der belgische Veredlungsverkehr liefert, so verhält es sich damit gerade umgekehrt, wie oben angegeben. Diese in Flandern angefertigte Waare kann sich mit der in Chaumont, Paris und Grenoble, aber auch mit der im Erzgebirge angefertigten nicht vergleichen. Aber sie ist wesentlich billiger; in den flandrischen Dörfern und Klöstern ist, wie auf dem dritten internationalen Handschuharbeiter-Kongreß in Paris mitgeteilt wurde, der Arbeitslohn 50 Proz. niedriger als in Chaumont. Deshalb beziehen auch die amerikanischen Handschuhhandlungen ihre feinen Handschuhe nicht aus Belgien, noch lassen sie sie in Amerika selbst anfertigen, sondern beziehen sie, trotz des Wertzolles von 100 Proz., den der Dingley-Tarif auf dieselben gelegt hat, nach wie vor aus Deutschland und Frankreich. Auch ist von deutscher Seite schon wiederholt die Aufhebung dieses Veredlungsverkehrs mit Belgien nachgesucht worden, auch die sächsische Regierung hat sich im Interesse der sächsischen Handschuhfabrikanten darum bemüht, bis jetzt freilich vergeblich, und nun möchten die Brandenburger Herren zu der Konkurrenz der billigen belgischen Handschuhnäherinnen noch die der böhmischen zufügen. Eine besondere Hoffnung knüpfen die Brandenburger Fabrikanten noch an den Veredelungsverkehr mit Böhmen, indem sie dadurch gern die straffe Organisation der deutschen Handschuhmacher erschüttern möchten, von denen 82 Proz. gewerkschaftlich organisiert sind. Aber diese Hoffnung wird sich ebenso wenig erfüllen, wie die der französischen Fabrikanten, welche gern italienische Handschuharbeiter an sich ziehen möchten, denn die östreichischen und italienischen Handschuhmacher sind ebenso gut organisiert, wie die deutschen, wenn ihre Löhne auch noch geringer sind.

Uebrigens dürfte der Veredlungsverkehr mit Böhmen schon deshalb keinen großen Umfang annehmen, weil in der Handschuhfabrikation überhaupt in der neueren Zeit die Heimarbeit immer mehr durch die Fabrik- und Maschinenarbeit verdrängt wird. Das Zuschneiden der Handschuhe, die Etavillonage, die Herstellung der Naht, der Säume, der Knopflöcher und das Annähen der Knöpfe geschieht jetzt immer mehr unter Verwendung der verschiedenartigsten Maschinen. Die Benutzung dieser Maschinen in der Hausindustrie stößt schon deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Arbeiterinnen selten im stande sind, etwa notwendige kleine Reparaturen an den Maschinen selbst vorzunehmen, daher sich auch die Teilarbeit in dieser Fabrikation immer mehr ausbildet.

Aus vorstehenden Darlegungen wird man entnehmen, daß eine Ausdehnung des Veredlungsverkehrs mit Böhmen weder für eine Vervollkommnung der deutschen Fabrikation nötig, noch für die Lage der Arbeiter wünschenswert ist, und nur Veranlassung zu neuen Kämpfen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geben würde.

Apollo-Theater
RIXDORF
früher **Victoria-Säle,** Herrmannstrasse 48—50.
Meinen prachtvollen Saal, der grösste und schönste in Rixdorf und Umgegend, ca. 2000 Personen fassend, nebst grossem schattigen Garten, halte ich den Vereinen, Gesellschaften und Gewerkschaften zur Abhaltung von **Sommerfestlichkeiten, Vergnügungen** und **Versammlungen** bestens empfohlen. 1420L*
Hochachtungsvoll
Philipp Thomas, Gastwirth, Rixdorf.

Muxfeldt's Ballsäle
Dresdenerstrasse 96. [11869*
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Empfehle meine Lokalitäten zu Versammlungen u. Festlichkeiten.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
Herrlicher Garten und große Säle.
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Oeconomie: Martin Berndt
Vorzügliche Küche, Wurstpavillon, Schießstand, Kegelbahnen u. sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
5262*] Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Sonnabend, den 29. April Saal zu vergeben.
494L*] **H. Brüder.**

Charlottenburg.
Bismarckstr. 23, Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 94.
Im neu gebohnten Saale jeden Sonntag
Grosser Ball bei freiem Entree.
Säle in verschiedener Größe zu vergeben. Prachtvoller **Sommergarten.**
14512* **Gustav Beyer.**

Achtung! Vereine und Familien! Achtung!
Hoffmanns „Volksgarten" Westend
früher **Klubhaus,**
am Spandauer Berg, vis-à-vis den Wasserwerken, 5 Min. v. Bahnhof.
Herrlicher Aufenthalt in dem 4—5000 Personen fassenden Naturgarten. 5 Parkett-Säle, 2 elegante Kegelbahnen, 2 Billards, große Sommerbühne stehen zur Verfügung. Die große Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Einige Sonnabende und Sonntage sind noch zu Sommerfesten zu vergeben. Zehn eingerichtete Sommerwohnungen auf Tage und Wochen zu vermieten. **Jeden Sonntag: Grosser Ball. Volksbelustigungen aller Art.** Halteplatz für ca. 300 Wagen.
14542*] Inh.: **Carl Hoffmann, Alexanderstr. 27c.**

Künstl. Zähne 2 M. an, vorzügl. 10jährige Garantie Plomben 1,50 an. Schmerzloses Zahnziehen. **Goldstein, Oranienstr. 123.**

Großer
Möbelverkauf
Oranienstraße 73, an der Kommandantenstraße (früh. Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der theuren Ladenmiethe bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den koulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 18, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschelkleiderspind 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Nußbaum u. Mahagoni fournirte Kleiderspinden, Vertikow 32 M., Waschbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Säulentrumeaux 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneelsophas mit Satteltaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitztes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. [*

Gustav Milbrodt's Festsäle, Müller-Strasse 7.
Jeden Sonntag: Großer Ball, große Ballmusik.
Empfehle meinen **großen Saal** zu **Versammlungen** und **Festlichkeiten** sowie **Vereinszimmer** und **Restaurant.** 8442*

Maitrank
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
à Fl. **60 Pf.,** 10 Fl. **M. 5,50,** 50 Fl. **M. 25,—** exkl.
Ungarwein med. ½ Ausbruch à Liter M. **2.—**, 5 Literkorbfl. M. **8.75.**
Johannisbeer-Wein, weiß u. rot, herb u. süß, 10 Ltr. M. **8,** 100 Ltr. **75.**
à Fl. **75** Pf., 10 Fl. Mk. **7.—**, 50 Fl. Mk. **30,—** exkl.
Wermut-Wein à Fl. M. **1.60,** aus deutschen Früchten für Diabetiker.
Gesetzlich geschützt! [13772*
Brombeer-Wein à Flasche Mark **1,—.**
Apfelwein zur Kur laut Analyse versenden 10 Fl. M. **3,50,** 50 Fl. M. **15.—** exkl. Fl., in Gebinden v. 30 Litern aufwärts à **35** Pf. pr. Liter.
Grösste Obst- u. Beeren-Wein-Kelterei Berlins.
Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 5a, Amt IV 3679. Wilsnackerstraße 25, Amt II 2632.
Neue Friedrichstraße 81. — Oranienstraße 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Elsasserstr. 19.
Schöneberg: Hauptstr. 129. — **Charlottenburg:** Kaiser Friedrichstr. 48.

Rohtabak! Emil Berstorff
Brunnenstr. 182 — Koppenstr. 9 und Skalitzerstr. 129. [539L*

Rohtabak! 8576*
Karl Roland, Kottbuserstr. 3a, empfiehlt sein Lager flott brennender, äußerst deckfähiger Sumatra-Tabake von **Mk. 1,60** bis **Mk. 4,20,** Java von **Mk. 0,95** bis **Mk. 1,30.** Alle anderen Tabake zu billigsten Preisen.

Rohtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche
Fabrikations-Utensilien.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1,40 M.) Man verlange Preis-Verzeichniß. 5389*
Heinrich Franck,
Nr. 185. Brunnenstr. Nr. 185.

Neues Rohtabak-Lager
bietet **Fabrikanten** besondere Vortheile in guten Qualitäten zu billigsten Preisen. — En gros. En detail.
A. Fischer, Augustsstraße 39, nahe Rosenthalerstraße.

Roh-Tabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne, [*
Brunnenstr. 16 Hof rechts.

Roh-Tabak
Billigste Preise [5378*
Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.

Reell! **Cigarren** Reell!
Direkter billigster Bezug.

4 Pf. Cig.	2,50	2,80	3,—
5 " "	3,30	3,50	3,80
6 " "	4,20	4,50	4,80
7½ " "	5,—	5,50	5,75
10 " "	6,—	6,50	7,50

M. Preis loco franko, pr. 100 St.
Händlern, welche in Fabrik. verkaufen, kurz. Ziel. Uebern. ganz. Geschäftseinr.
Heinzelmann & Co. Begr. 1868.
Berlin SW., Schützenstr. 3. Hof I.
Filiale Brandenburgstr. 44.

Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1 M. rc. **E. Fuhrmann,** Dentist, **Schwedterstr. 245 a.** Ecke Kastanien-Allee. 13990*

Asthma.
Die Heilkraft des **Pohl's Brombeerwein** ist erprobt bei **Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Kehlkopfleiden, Verschleimung, Influenza, Erkältung u. Schlaflosigkeit.** Preis per Fl. 1 M. Fabrikant Drog. **Pohl,** Brunnenstr. 157. 523L*

Dr. Lehrich,
Spezialarzt f. Haut- u. Harnld., Beingeschwüre und Lupus.
An der Stadtbahn 24,
(am Bahnhof Alexanderplatz.)
Sprechst.: 9—12 und 3—6.
Freitags keine. 5429*
Poliklinik: Montag Donnerstag } 9—10½.

Spezialärztl. Institut
Dr. B. Lasker
42 Alexanderstr. 42
(am Alexanderplatz).
Spez. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsstörung für
Beinleiden.
Erprobte Methoden bei Flechten, Lupus und anderen 5446*
Hautleiden.
Tägl. 9—12, 3—6. Freitag und Sonntag 9—12.

Zahn-Klinik Vr. beliebige Theilzhlg.
Frau Olga Jacobson, Dent.
Invalidenstr. 145. *

Zähne 1 M., aus. haltb., festsitz., Gar. Bezahl. erst bei vollst. Zufriedenh., keine Nebenunk. Spezial.: weiche Gaumenpl., ohne Platte, Aluminiumpl., Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse. Rep., schmerzl. Plomb. Dresdenerstr. 105, **Arend'sches Zahnatl.**

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

Friedrich Lange, gepr. Heilgehilfe u. Krankenwärter
Choriner str. 18, empfiehlt sich auf Grund nachweisl. 20jährig. prakt. Erfahrung zu allen i. Fach schlagend. Diensten, speciell antiseptischer Wundbehandlung.

Fahrräder,
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert **Carl Karras,** Langestr. 17, part., kein Laden. Eigene Lehrbahn. Teilzahl. Sämtl. Zubehör.

Zur Aussteuer!
Grosse Betten 11,50 M.
Kompletter Stand, enthaltend:
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen
für 11,50, 13,50, 16,50, 19,50,
Doppeltgereinigte
Bettfedern und Daunen
von 50 Pf. pro Pfund an
bis zu den feinsten Qualitäten.
Bettstellen zu allen Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle. [14329*

Fahrräder
Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf [14129*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den koulantest. Zahlungsbedingungen. Kataloge gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 481.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollten
Cichorie, Feigenkaffee und viele andere Kaffee-Surrogate mit hochklingendem Namen für sich allein zu kochen und zu probiren, so würden Sie sicher von dem Geschmack enttäuscht sein! — Eine Kochprobe mit Kathreiner's Malzkaffee dagegen beweist Ihnen, daß dieses Fabrikat, infolge seiner patentirten, eigenartigen Herstellungsweise, in hohem Grade Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees besitzt und ein angenehmes, vorzüglich mundendes und dabei bekömmliches Getränk gibt. Für Kinder und schwächliche Personen ist der „Kathreiner" als Ersatz des gesundheitsschädlichen Bohnenkaffees gar nicht mehr zu entbehren! — Ein vollständiger Kaffee-Ersatz vermag natürlich auch als Zusatz zum Bohnenkaffee vorzügliche Dienste zu leisten.

Stroh-Hüte
in größter Auswahl für Damen, Herren u. Kinder, garnirt u. ungarnirt, zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte.
W. A. Peschke, Berlin, 1. Geschäft Lützowstraße 30, 2. Geschäft Lützowstraße 39.
Eigene Stroh- u. Filzhutfabrik bei den Geschäftsräumen.
Gegr. 1871. Fernspr. Amt 9, 6341.

Kinderwagen
von 8 bis 90 Mk.
Kinderbettstellen, Polsterbettstellen, Puppen-, Kasten-, Leiter- und Sportwagen, Kindermöbel, Riesenlager. Bestes Fabrikat, billigste Preise.
Schutzvorrichtung „Ideal" verhindert das Herausfallen der Kinder. Versand nach Außerh. ab Fabrik. Musterb. gratis.
Theilzahlung gestattet, Woche 1 Mk.
F. Bergmann, Andreasstraße 53, part. u. 1. Etage.
Aeltestes Geschäft Berlins.

Auf Theilzahlung!
Schlag-Regulat., 14 T. geh., 18 M.
Silb. Herren-Remont.-Uhr 15 „
Uhrmacher 5219*
Charlottenstraße Nr. 15.
Kein Abzahlungsschwindel.

Carl Zobel, Berlin SO., Köpenickerstrasse 121,
Ecke Michaelkirch-Strasse.
Herren- und Knaben-Garderoben in reicher Auswahl und in allen Größen.
Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt. 11859*
Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern, als die sogen. Ausverkäufe und Reklamegeschäfte.
Anerkannt nur gute Arbeit, eigene Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz.
Für Bestellungen nach Maass reichhaltigste Auswahl **der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland.**
Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit erledigt. Werkstatt im Hause.
Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. Lade ergebenst zur Besichtigung meiner Geschäftsräume ein.

Gold. Damen-Uhren von 16 M. bis 300

Silberne Herren-Uhren von 9 M. bis 80 M.

Reelle 3jährige schriftliche Garantie für guten Gang.
Herren-Remont. Repetir-Uhr, 14kar. Gold m. 1/1 u. 1/4 Schlag, Sprungdeckel M. 180,—.
Specialität: Opal- und Türkis-Schmuck.
!! Höchste Leistung !!
Ring mit echtem Brillanten, 14kar. mass. Goldfassung M. 10,—,
do. **Ohrringe** v. M. 30 an.
Gold. Ringe von 2 M. an
Gold. Broches v. 6 M. an
Trauringe, 2 Duk., 21 M
Bruchgold und **Silber** werd. zu Courspreisen gekauft und in Zahlung genommen.
Versand nur gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme.
Kein Risiko, da Umtausch gestattet. Kataloge gratis u. franko.
Auf Wunsch für Berlin Auswahl frei ins Haus.

Frage (die oft an uns gestellt wird): „Wieso annonciren Sie noch bei dem bedeutenden Umsatz und der gewaltigen Auswahl Ihres Geschäftes?"
Antwort: Wie kann Jemand wissen, dass wir etwas Gutes zu verkaufen haben, wenn wir es ihm nicht sagen!
Besichtigen Sie daher, wenn Sie gut und billig **Goldwaaren** und **Uhren** kaufen wollen, unsere permanente
Muster-Ausstellung
mit
Original-Preisnotirung
(da jedes Stück deutlich sichtbar in Zahlen ausgezeichnet) vor dem Hause [1320L*
Königstr. 22.
Goldwaaren-Industrie
Belmonte & Co.
elektrischer Kraftbetrieb. Grosshandel, Export, Versand sämmtlicher Artikel der Gold-, Silber- und Uhrenbranche.
Einzelverkauf **nur Hof part.**
Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwilligst gezeigt. Ueberzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Reellität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Diesmal Nachdruck verboten.

Halb und Halb
Mampe mit Pomeranzen
kostet **1 Mark 25.**

Ein Jeder rauche
„Sulima's Ideal des Kenners"
Cigaretten. 100 Stück 3 M. [1323L*
„Sulima's Perle für Berlin"
Cigaretten. 100 Stück 2 M.
In allen renommirten Cigarrengeschäften käuflich.
General-Vertretung: **Carl Bayer,** Friedrichstr. 34.
Ideal! Perle! Perle! Ideal!

J. Baer,
Berlin N., [540L*
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
Herren- u. Knaben-Garderobe,
– Arbeitssachen. –
Anfertigung nach Maass.
Elegante Paletots. Elegante Einsegnungs-Anzüge.

Nach beendeter **Inventur** u. vollständiger **Umgestaltung** meines Teppich-Kaufhauses
Preis-Herabsetzung für
Teppiche
Gardinen, Portièren, Möbelstoffe, Steppdecken
reellste Fabrikate in Sopha- u. u. s. w.
Salon-Teppichen à 3,75, 5, 6–500 M. [1046L*
Illustrirt. Pracht-Katalog
148 Seiten stark gratis und portofrei.
Vermerk des festen Preises auf jedem Stück.
Emil Lefèvre, Berlin S., **Oranienstraße 158.**

Kinder-Wagenhaus
August Götze [9289*
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr.
Kinderwagen 7,50 M., vernickelte 10–60 M., Kinderbettstellen 7,50–40 M., Kinder-Klappstühle 4,75–16 M., Sportwagen 5,50–20 M., Puppen-, Leiter- und Kastenwagen, Kindermöbel, Triumphstühle, Feldstühle. Riesen-Auswahl. Bestes Fabrikat. Reizende Neuheiten. Billigste Preise.
Theilzahl. gestattet. Woche 1 M.

Arkonabad Lohtannin-Bäder
34, Anklamerstr. 34, (schrägüber der Zionskirchstraße)
Wannen- u. medizinische Bäder sowie **russisch-römisch u. vorzügliche Kastendampfbäder** (Kohlensäure) mit Einpackung, Massage &c. Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Orts-, Innungs-, Fabrik- und freien Hilfs-Krankenkassen Berlins und Umgegend. [14289*

Kinderwagen- u. Schlafmöbel-Bazar Baby,
I. Invalidenstrasse 160, an der Brunnenstrasse.
II. **Gr. Frankfurterstr. 115,** Ecke Andreas-Strasse.
III. **Oranien-Strasse 70,** gegenüber der Jakobykirche.

von 8,00–150,00

von 9,00–80,00.
Auch Teilzahlung v. 1,00 wöchentl. an.
Bei Barzahl. Rabatt.
Amt III, 5281.
Neu

Betten, Stand von 10,00–100,00
Bettfedern u. Daunen. Schütten der Betten im Beisein der Käufer

von 6,— an.

von 6,00 an.

IV. **Chausseestrasse 8.** V. **Reinickendorferstrasse 2 D E.**
VI. **Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 55.**
Lieferant der Beamten-Vereinigungen. [6489*

Warnung!
An Stelle des allbewährten echten
DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER
werden den verehrten Hausfrauen oft minderwertige Produkte verabfolgt!
Man achte beim Einkauf auf den Namen
„Dr. Thompson"
Schutzmarke „Schwan".

Gesundheit ist Reichthum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**
Lieferung an sämmtliche Krankenkassen. 528L*
Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.
Spezialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik.

Berlin, **Andreasstr. 23,** vis-à-vis dem Andreasplatz
II. Geschäft: **Brunnenstr. 95,** vis-à-vis Humboldth.
III. Geschäft: **Beusselstr. 67** (Moabit).
IV. Geschäft: **Leipzigerstraße** (Spittel-Kolonnaden)
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.
541L*)

Färberei u. chem. Wäscherei,
Gardinen-Wäscherei u. Spannerei,
H. Bergmann, Lübeckerstr. 27. Teleph.-Amt II, 1544.
Alte Jakobstr. 80. Elsasserstr. 64/65. Landsberger Platz 5. Weinmeisterstr. 9. Rathenowerstr. 27. Kleiststr. 23. Winterfeldtstr. 21. Manteuffelstr. 10. Großbeerenstr. 28d. Jerusalemerstraße 58 (Eingang Kochstraße). 12669*
Charlottenburg: Spandauerstr. 28. Schlüterstr. 9.

Brunnenbad, Brunnenstr. 16.
Loh-Tannin-, Dampf-, Heißluft- und Sandbäder, sowie alle Bäder einzelner Körpertheile (Arme, Beine). **Kohlensaure Bäder** mit Nauheimer Mutterlauge. **Massage-Anstalt** mit neuen mech. Apparaten (1 Tr.). Masseur seit 1884. — Kein geprüfter Kursusmasseur. — Seit 10 Jahren für sämmtliche Krankenkassen. [525L*
Massage-Filiale: Thurmstr. 46, von 4–6 Uhr.
H. Mania und Frau.

Möbel und **Polsterwaaren.** Großes Lager. Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (*

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.